

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

124 · Februar 2001

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben im  
Auftrag der  
Rosa-Luxemburg-  
Stiftung durch den  
Förderverein  
Konkrete Utopien*

Editorial 99

## Essay

ERHARD CROME

Zukunft und Vergangenheit – eine Entschlingung 101

## Gesellschaft – Analysen & Alternativen

DIETMAR WITTICH

Klassenentwicklung und Klassenanalyse in  
kapitalistischen Metropolen 116

KLAUS KOCK

Zwischen Markt und Organisation.  
Arbeitsverhältnisse im flexibilisierten Kapitalismus 127

## Evolution & Ethik

KILIAN HEERKLOSS

Gentechnik aus ökologisch-ethischer Sicht 135

ERICH LANGE

Ist Fortschritt im Organismen-  
reich eine Illusion? 145

## Friedenspolitik

LOTHAR SCHRÖTER

Ein neuer Bellizismus für das 21. Jahrhundert? 156

## Lesenswert

MATHIAS IVEN

»Häuser als Refugien«.  
Günter Wirth und der »andere« Geist von Potsdam 170

## Konferenzen & Veranstaltungen

ARNDT HOPFMANN

Bildungsanforderungen im 21. Jahrhundert 176

## Festplatte

WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 178

## Bücher & Zeitschriften

Rainer Eppelmann, Dietmar Keller:  
Zwei deutsche Sichten.  
Ein Dialog auf gleicher Augenhöhe  
(WOLFRAM ADOLPHI) 180

Elisabeth Dickmann,  
Eva Schöck-Quinteros (Hg.):  
Barrieren und Karrieren. Die  
Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland  
(REGINA STÖTZEL) 183

Heinz-Dieter Haustein:  
Messen ist Macht und Menetekel.  
Weisheit der Jahrtausende zu Maß  
und Messkunst mit einem Essay zur Geschichte  
und Philosophie des Messens 184  
(THOMAS KUCZYNSKI)

Wolfgang Kersting:  
Theorien der sozialen Gerechtigkeit  
Wolfgang Kersting (Hg.):  
Politische Philosophie des Sozialstaates  
(DIRK JÖRKE) 185

Alain Lipietz:  
Die große Transformation des 21. Jahrhunderts.  
Ein Entwurf der politischen Ökologie  
(ARNDT HOPFMANN) 187

Summaries 190

An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 192

# Editorial

*Der weitere Verzehr von Leuna-Butter ist den Deutschen dank der Niederlage im Zweiten Weltkrieg erspart geblieben. Nachdem die Amerikaner die Führungskräfte aus Forschung und Wehrwirtschaft sowie die Patente erbeutet und die Sowjets den nicht zerbombten Teil des Werkes bei den Demontagen weitgehend in Schrott verwandelt hatten, war an eine Weiterproduktion dieser Spitzenleistung deutschen Forschergeistes nicht mehr zu denken. Auch nicht, als die Besatzungsmacht die Produktion dann doch wieder anfahren ließ. Denn die interessierte von der breiten Produktionspalette des BASF-Ablegers und IG-Farben-Betriebes des Führers Kunstbutter am allerwenigsten.*

*Im Falle eines Sieges der deutschen Waffe in der Hand der Mörder in Uniform hätte die Leuna-Butter alle Chancen gehabt, zum Trojanischen Pferd der Moderne zu avancieren – weniger, weil das Zeug ekelhaft schmeckte (so schmeckte der Kaffee-Ersatz auch), sondern weil seine Fettsäuren nicht abbaubar waren und so das Volk der deutschen Herrenmenschen in den Massenherzinfarkt getrieben worden wäre.*

*Das bekamen aber erst in der DDR Anfang der fünfziger Jahre Chemiker und Mediziner heraus – in Auftragsforschung. Anders als die Nazis wollten die Kommunisten vor der Verabreichung via Lebensmittelkarte etwas über die Folgen dieses Fraßes erfahren. Das Ergebnis: Die Butter kam weiter von der Kuh und damit in nicht ausreichender Menge auf den Markt. Erst 1958 endete die Rationierung; 1961 wurde die für zwei Jahre sogar wieder eingeführt, außer in Ost-Berlin und im Bezirk Halle.*

*Heute essen wir gute deutsche Butter. Und die ist gesund, völlig unbedenklich – sagen die Verbände. Aller Zweifel ist also unangebracht; schließlich haben wir nicht mehr die Nazis. Kapitalismus haben wir allerdings immer noch, gemildert durch die Selbstkontrolle der landwirtschaftlichen Erzeuger. Dachten wir wenigstens. Ein staatliches Veterinärwesen existiert de facto nicht; das Kommunismusverseuchte aus der DDR wurde abgewickelt. Unser Staat ist schlank – zumindest an dieser Stelle.*

*Erst fütterte die selbstkontrollierte Landwirtschaft Pflanzenfresser mit Tierprodukten – so lange, bis aus Wiederkäuern Fleischfresser geworden waren –, und heute kann man wirklich nicht verstehen, daß deren Organismen verrückt spielen. Man wollte den Tieren doch gar nichts Böses. Es war gut gemeint, das heißt: effektiv – dieses Zerschroten und Zerkochen von Rinder-Kadavern. Wer da von Rin-*

*der-Kannibalismus spricht, beweist nur eine bösertige Unbedarftheit. Faulige Kartoffeln werden schließlich auch gedämpft. Nichts unkommen lassen, kann nicht schlecht sein, höchstens ökologisch.*

*Daß die Rindviecher wenig Sinn für Wirtschaftlichkeit besitzen, ihnen auch die Ökologie egal ist und sie auf den neuerlichen Domestizierungsschub mit pathologischer Renitenz antworten würden, konnte wirklich niemand ahnen – sagen die Politikdarsteller. Das Rind hat versagt, seine Feuertaufe nicht bestanden. Kurz: schlachtunwertes Leben, Prädikat: Im Neoliberalismus nicht verwendungbar.*

*Heute werden die Bauern sozial und moralisch demontiert. Neben den Verbrauchern sind vor allem sie die Angemeierten. Schon seit langem wird man nicht den Eindruck los, daß die politischen Eliten der Bundesrepublik an der Abschaffung der Bauernschaft arbeiten. Durch agrar- und wirtschaftspolitische Normierungen, unsinnige Förderbestimmungen und die Regulierung der Agrarmärkte durch die Europäische Union wurden Zwänge und Bedingungen geschaffen, bei denen nur die überleben können, die sich anpassen. In möglichst kurzer Zeit muß viel produziert werden. Wo die natürlichen Prozesse das nicht zulassen, kommt Kraftfutter zum Einsatz. Bisher wehren sich nur die Rinder ...*

*Noch profitieren die Öko-Läden von der BSE-Krise – bis auch sie sich in den manipulierten DNS verheddert haben werden. Dann schlägt die Stunde des Cyber-Foods. Seit Gleiwitz basteln die Biochemiker und verwandte Tätergruppen an den Speisen der Zukunft. Die Fettsäuren haben sie unterdessen im Griff. Und für unsere DNS ist das alles ganz ungefährlich.*

*Es wird nicht lange dauern, bis man uns mit einem unerschöpflichen Werbeetat Leuna-Rindfleisch kredenzen wird. Guten Appetit.*

JÖRN SCHÜTRUMPF

• • •

*Am 7. Februar 2001 begeht Professor Dr. Helmut Steiner seinen 65. Geburtstag. Bei Menschen mit »Normalbiographien« beginnt an diesem Tag der Ruhestand. In den ist Helmut Steiner wie so viele Akademiker wegen der falschen Biographie schon wesentlich früher geschickt worden.*

*Helmut Steiner hat diesen Ruhestand nicht angenommen; er ist praktizierender Wissenschaftler geblieben. Der 65. Geburtstag wird daran nichts ändern. Er ist für ihn keine »Altersgrenze«, sondern nur ein etwas unrunder Jubiläum. Der Förderverein »Konkrete Utopien e.V.« und die Redaktion »UTOPIE kreativ« gratulieren ganz herzlich. Beide verdanken Helmut Steiner ihre Existenz.*

ERHARD CROME

## Zukunft und Vergangenheit – eine Entschlingung

*Betrachte die Herde, die an dir vorüberweidet:  
sie weiß nicht, was Gestern, was Heute ist,  
springt umher, frißt, ruht, verdaut, springt wieder,  
und so vom Morgen bis zur Nacht und von Tage zu Tage,  
kurz angebunden mit ihrer Lust und Unlust,  
nämlich an den Pflock des Augenblicks,  
und deshalb weder schwermütig noch überdrüssig.*

Friedrich Nietzsche<sup>1</sup>



Erhard Crome – Jg. 1951,  
Dr. rer. pol. habil., Mitglied  
der Redaktion der Zeitschrift  
»Berliner Debatte INITIAL«.

Ist er ausgeträumt, der Traum vom Fliegen, in den Märcen aller Völker und Zeiten mitzuträumen, der Traum von der weiten Reise durch den Raum, seit Fesselballon, Luftschiff, Flugzeug und Raumschiff erfunden wurden? Augenscheinlich nicht. Er hat sich verlagert, in die Filme über »Star Wars« und intergalaktische Kampfschiffe, in nicht enden wollende Fernsehserien über »Star Treks«. Die räumliche Dimension der Träume scheint mit dem Ausdehnen des Umfeldes alltäglichen Lebens in Proportion zu stehen. Mit der Perfektionierung der Lebenswelt verschwindet nicht der Traum vom Leben in der noch perfekteren Welt, er wandert eher in die Welt der Hyperperfektion. Den Göttern gleich zu werden, ist der Mensch angetreten seit Urzeiten. Mit Hilfe von Medizin und Technik, Gentechnologie, Atomphysik und Tiefenpsychologie hat er seine durchschnittliche Lebenszeit ausgedehnt, und wird sie weiter strecken, bis auch das letzte natürliche Herz nicht mehr zu schlagen vermag und die natürliche Struktur des Hirns Gedanken zu formulieren nicht mehr imstande ist. Aber auch dann kann man im Computer vielleicht den verstorbenen Großvater in Bild und Ton modellieren und Schach mit ihm spielen. Gibt es eigentlich eine Grenze solchen Fortschritts?

Die Zeitreise, zurückzukehren in die Zukunft, ist die andere Dimension des zeitlosen Träumens von der Unabhängigkeit des Menschen, die immer gedacht war als Unabhängigkeit in Raum und Zeit. Das 20. Jahrhundert mit all seinen Schrecken lädt nicht ein, lange in ihm zu verweilen. Wer die Zeitreise wählt, will die Atombombe entschärfen, bevor sie über Hiroshima abgeworfen wird, Hitler an der Front des Ersten Weltkrieges erschießen oder Stalin in Sibirien an Typhus verrecken lassen, bevor er auf den Weg kommt, der mächtige Mann in Moskau zu werden. Kann man wenigstens die Tür verschließen hinter diesem 20. Jahrhundert, wenn man in das 21. tritt? Eigentlich ist der Wunsch unbändig, das ganze Jahrtausend einzusargen in einen Betonklotz, ähnlich dem über dem geborstenen

Die Zeitschrift »Lettre international« hatte 1999 einen Essay-Wettbewerb ausgelobt zum Thema: » Die Zukunft von der Vergangenheit befreien? Die Vergangenheit von der Zukunft befreien?«. Dies war mir Anlaß, Überlegungen zum Thema anzustellen, die hiermit öffentlich gemacht werden.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet ... An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.  
Karl Marx, Friedrich Engels, 1848

Reaktorblock von Tschernobyl. Der flandrische Stadtführer in Brüssel sagt, zu uns kamen die Truppen des Herzogs Alba, Wilhelms II. und Hitlers – Alba war am schlimmsten. Der politischen Korrektheit heute scheint eine solche Aussage nicht zu entsprechen. Für die Geschichte der Belgier mag es aber sein, daß da etwas dran ist. Bereits die jesuitischen Folterer der Heiligen Inquisition hatten ihre Wollust am Foltern. Den Genozid als Strategie des Mordens hat schon Dschingis-Khan praktizieren lassen, als er nach einem Aufstand Persien verwüsten und die in Jahrtausenden geschaffenen Bewässerungsanlagen zerstören ließ. Der deutsche General von Trotha beendet 1904 den Krieg gegen die aufständischen Hereros in Südwestafrika mit dem Abdrängen des geschlagenen Herero-Volkes samt Frauen und Kindern in die wasserlose Wüste Omaheke, damit sie dort jämmerlich verdursteten. Das Konzentrationslager hatte Lord Kitchener im Burenkrieg erfunden; auch dort waren Frauen und Kinder die bevorzugte Zielgruppe. Die Instrumente waren schon da, bevor Hitler sie zu einem Gesamtgefüge zusammenbrachte, um Vernichtungskrieg und Terror gegen die Zivilbevölkerung, verkoppelt mit industriell organisiertem Morden, zu den bevorzugten Instrumenten seiner kontinentalen Herrschaftspläne zu machen. »Deutschland, dein Tänzer ist der Tod«, heißt der Roman vom imaginierten Widerstand gegen die Nazis, den der Dichter Paul Zech im argentinischen Exil schrieb. Waren die Deutschen die ersten Opfer von Hitlers Herrschaft, oder waren sie in ihrer übergroßen Mehrheit seine Komplizen? Jetzt, in der zweiten Generation nach dem Kriege, wird dies voller Eifer erneut diskutiert, als stünde er leibhaftig wieder vor der Tür. Waren die Deutschen als Täter des Holocaust und des »totalen Krieges« besonders fehlentwickelt durch die Geschichte, oder haben sie lediglich in die letzte Konsequenz geführt, was in der Moderne überhaupt angelegt war? Oder besser: ist? Heinrich Heine, der sich wohl wie wenige in den deutschen Mentalitäten auskannte, schrieb dereinst: »Das deutsche Volk...; ist es aber einmal in irgendeine Bahn hineinbewegt, so wird es dieselbe mit beharrlichster Ausdauer bis ans Ende verfolgen.«<sup>2</sup> Nun gibt es aber, Resultat des 20. Jahrhunderts, für die Deutschen die verschiedensten Enden, »gute« wie »schlechte«: im Wald von Compiègne, wo Deutschland am 11. November 1918 die Niederlage des Ersten Weltkrieges besiegelte; das Haus in Berlin-Karlshorst, in dem es am 8. Mai 1945 erneut kapitulierte; den Fall der Mauer am 9. November 1989, da der »Sozialismus« auf deutschem Boden sein Scheitern eingestehen mußte; den 27. September 1998, als die neoliberal-konservative Regierungsmehrheit, die so fest gefügt schien, fiel.

Derlei Enden finden sich in den verschiedensten Nationalgeschichten; nur sind sie bei den Deutschen wohl besonders dick und besonders häufig, zumindest im ausgehenden Jahrhundert. Oder dies kommt mir nur so vor, hineingeboren in dieses Land und dieses Volk, zerrissen, wie es noch immer ist, in Ost und West, oben und unten, Nord und Süd, Links und Rechts. Und das Reißen will nicht aufhören. Was läge näher, zumal unter einer deutschen Perspektive, als dieses 20. Jahrhundert zu verschließen, wie in einem Käfig, um als ein gleichsam wieder auferstandener Demiurg europäischer Geistesgeschichte zurückzukehren zu den eigentlichen

Wurzeln: Goethe, Schiller, Heine, Nietzsche und Einstein, Brecht und Grass, statt Hitler, Himmler und Goebbels? Hinweg mit der Vergangenheit! Her mit der unbelasteten Zukunft! Zuweilen scheint genau dies gemeint, wenn von »Normalisierung« die Rede ist. Aber: stellt nicht Befreiung der Zukunft von dem Wissen um die Vergangenheit Zukunft eigentlich in Frage? Sagten nicht die Alten, daß zur Wiederholung des bereits Gewesenen verurteilt ist, wer von diesem nichts weiß oder nichts wissen will?

### *Über das Unbehagen an der Vernunft*

Seit Generationen war Selbstverständnis aufklärerischen Bewußtseins: »Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer.« Am Ende des 20. Jahrhunderts scheint ein Meinen um sich zu greifen, daß die bereits sichtbaren, die sichtbar gewesenen wie die prognostizierten Ungeheuer Resultate der Vernunft seien. Das hehre Aufklärungsdenken habe sich zur Zweckrationalität abendländischer Profitwirtschaft gemausert, und das nazistische Konzentrationslager sei dessen letzte Konsequenz. Da das warenproduzierende System nunmehr an sein Ende gelange, endige mit diesem auch das aufklärerische Denken. Wanderpredigende Untergangspropheten erklären die Aufklärung für obsolet. Das Zeitalter wurde besichtigt, und siehe, der Beschauer wendet sich mit Grausen. Diffuses Geschwätz greift um sich, Gerede vom kommenden Weltende. Die Legenden berichten, vor der vorigen Jahrtausendwende sei es auch so gewesen: Die Welt, die die Zeitgenossen kennen, sei zum Untergang verurteilt, Umkehr nötig. Damals hatte es ausschließlich religiöse Gestalt. Gegenwärtig gibt es die religiösen Gestalten der Untergangsstimmung auch noch – Sektensüchtige vergiften sich gegenseitig, und neben den Sterbebetten stehen die gepackten Reisetaschen für die Fahrt hinter dem Kometen. Verbreiteter jedoch ist heute die aufklärerisch daherkommende antiaufklärerische Variante des Weltuntergangsglaubens, etwa in der Figur der vulgärmarxistischen Prophezeiung des kommenden Endes – wegen der »Überakkumulation« des Kapitals, der Extrapolation ökologischer Überbeanspruchung der Ressourcen oder der vorausgesetzten Unfähigkeit von Politik und Wirtschaft, anstehende Probleme zu bewältigen. Nichts davon ist ernsthaft durch Analysen der heutigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verhältnisse untersucht. Es sind Glaubenssätze, Exegesen von ererbten Texten, Annahmen und Unterstellungen, für deren Plausibilität nichts spricht, nicht einmal die Rabulistik ihrer Autoren. Es gibt kein linkes Großkonzept mehr nach dem Staatssozialismus. Wie ein tanzender Schamane fordert der seherische Eiferer in hoher Tonart wenigstens die hohe Tugend. Der Zukunft der Idee eines ganzheitlichen Sozialismus allerdings muß die Vergangenheit seiner realen Existenz in der Tat im Wege stehen.

Andererseits, kaum ein Wort wurde so rasch zu Asche, wie das vom vermeintlichen »Ende der Geschichte«. Die selbsternannten »Sieger der Geschichte« bliesen sich auf, plusterten und preßten, wie der Frosch in der Fabel von Krylow, der mit dem Ochsen um die Größe wetteifern wollte und am Ende zerplatzte. So zerbrach auch die Fama vom »Ende der Geschichte«. Nicht in Kategorien des Sieges ist die Weltsituation an der Jahrtausendwende zu beschreiben,

Einfach das Ziel zu predigen, wäre wirkungslos geblieben; eine Analyse des sozialen Prozesses hätte nur ein paar hundert Spezialisten interessiert. Aber im Kleid des Analytikers zu predigen und mit einem Blick auf die Bedürfnisse des Herzens zu analysieren, dies schuf eine leidenschaftliche Anhängerschaft und gab dem Marxisten jenes größte Geschenk, das in der Überzeugung besteht, daß das, was man ist und wofür man einsteht, niemals unterliegen, sondern am Ende siegreich sein wird. Joseph A. Schumpeter, 1942

sondern in solchen des Überlebens und der Überlebensfähigkeit. Gewiß, zuzeiten brechen scheinbar fest gefügte Welten zusammen. Aber das Ende eines Systems ist nicht das Ende aller Systeme. Der ›Fortschritt‹, dialektisch genannt, aber linear in die Geschichte fortgedacht, war die Berufungsinstanz der Gralshüter des Realsozialismus. Nach dessen Ableben ist im Denken nicht an die Stelle abstrakten Fortschritts eine abstrakte Marktwirtschafts-Demokratie zu setzen. Die das wollten, zielten darauf, daß alles im Westen bleiben sollte, wie es war. Den Sieger frage niemand, ob er zu Recht gesiegt habe und wie. Doch zeigte sich: es gibt keinen letzten Zustand der Geschichte, nur den immerwährenden Prozeß des Werdens von Geschichte. Die Extreme sind ausgelaugt nach all den Konvulsionen des 20. Jahrhunderts; die Mitte wird gewählt, wo die Menschen in Ruhe die Wahl haben, die Veränderung, die reformiert und nicht umstürzt, Gesellschaft von unten denkt, aber nicht zerstört. Noch nie in der Geschichte waren die Sozialdemokraten in Europa so stark wie jetzt; und was wurden sie belächelt und verhöhnt, als unentschlossene Weichlinge, Arbeiterverräter, unsichere Kantonisten, von Faschisten, Kommunisten, Konservativen aller Couleur, für die sie stets nur die »Sozen« waren. Heute kann die Mitte Gestaltungskraft zeigen, wenn sie denn will.

In seiner klassisch gewordenen Definition der Aufklärung formulierte Immanuel Kant im Jahre 1784: »Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen.«<sup>3</sup> Unmündigkeit am Ende des 18. Jahrhunderts war – wenngleich bereits damals die Komponente der Selbstverschuldung von Kant zu Recht ins Bewußtsein gehoben wurde – eine Unmündigkeit der Not, der Enge des Raumes und des Gesichtskreises sowie der Begrenztheit der Mittel, der Zeit, darunter der durchschnittlichen individuellen Lebenszeit, und der Geschwindigkeit. Unmündigkeit heute ist angesiedelt in einer transitorischen Zwischenwelt. Zuviel ist technisch erreicht und wissenschaftlich durchschaut, um noch naiv an den Gang der Dinge in der Welt im Sinne einer schlichten Aufwärtsbewegung glauben zu können. Zu wenig jedoch ist zugleich die Fähigkeit errungen, die weiteren Verläufe bewußt und tatsächlich gestalten zu können. Innerhalb der Unmündigkeit ist die Proportion wesentlich weiter zur Selbstverschuldung verschoben als vor 200 Jahren.

Dies führte zu einer eigenartigen Blockierung, verbreitet auf individueller Ebene in den westlichen Gesellschaften, auf gesellschaftlicher Ebene weltweit, insbesondere dort, wo der wirtschaftliche und kulturelle Erfolg des abendländischen Modells am größten scheint, die Entgrenzung der Entwicklung von Traditionen, Brauchtum, Einbindungen in vormoderne Verknüpfungen am weitesten vorangeschritten ist: scheinbar ist alles schon dagewesen, scheinbar sind alle Möglichkeiten ausgeprobt. »Déjà vu« wurde zur Chiffre eines Stimmungsbildes am Jahrhundertende. Da behauptet wurde, alle möglichen Melodien in Dur und Moll seien im Grunde schon komponiert,

Die Zahl der Anhänger der Leninschen Taktik nimmt rasch zu ... Das wird der Anfang vom Ende unserer Revolution sein. Der Sieg der Leninschen Taktik wird einen derart verhängnisvollen, einen derart schrecklichen ökonomischen Zerfall mit sich bringen, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Revolutionären den Rücken kehren und mehr oder weniger entschieden, mehr oder weniger konsequent die Konterrevolutionäre unterstützen wird.  
Georgi W. Plechanow,  
September 1917



ersetzen Wassergeplätscher im Eimer auf dem Podium, der schrille Schrei der Pianistin und ein resolutes Zuschlagen des Deckels des Konzertflügels die neue musikalische Idee. Brecht hatte Aristoteles' Regeln des Theaters für überholt erklärt; seine Regeln wurden hernach für erledigt angesehen, schließlich alle Regeln. Symptomatisch wurde das Masturbieren nackter Gaukler auf offener Bühne, auch wenn Shakespeare auf dem Programmzettel steht, oder die unansehnliche Schaustellerin unbestimmbaren Alters, die völlig entblößt auf der Bühne erscheint, sich wortlos einen Eimer Schweineblut über den Kopf gießt und anschließend eine Schachtel öffnet, aus der hunderte Fliegen aufsteigen und sich auf ihren bluttriefenden Kopf setzen. Wer die künstlerische Botschaft dessen nicht verstanden hat, dies etwa auch noch öffentlich bekundet, gilt als hoffnungslos altmodisch, reaktionär, verstockt. Als das Buch mit den leeren Seiten auf den Markt kam, war der Höhepunkt schriftstellerischer Freiheit erreicht: Jeder konnte sein Buch selber schreiben. Nur, hier hatte das Publikum alsbald durchschaut, daß »der Kaiser nichts anhatte«, und verweigerte den Kauf. In der modischen Kleiderordnung stehen heute alle Varianten aller Erdteile, Zeiten und Kulturen gleichsam als ein Steinbruch zur Verfügung. Wo vor einigen Jahrzehnten noch neue Ideen versucht werden sollten, wird heute kompiliert. Die Wellen lösen einander immer rascher ab, schwappen ineinander über. Am Ende trägt jeder nur noch, was er mag, und »die Mode« verschwindet.

Ähnliches geschieht in der Sphäre der Politik. Politische Symbole, Programme, Bewegungen und Verhaltensmuster werden inszeniert, ausgetauscht, ihrer Herkunft entkleidet und umdefiniert. Monarchisten erscheinen aus dem Nichts, wo seit Jahrzehnten, etwa in Rußland in den 1990er Jahren, keine gewesen. Hitlers Hakenkreuz taucht in Großbritannien oder in den USA auf, und örtliche Jugendscharen scharen sich darum. Es wurde einer subkulturellen Jugendzene zum Symbol, das sich von seinem ursprünglichen, extrem nationalistischen deutschen Kontext längst abgelöst hat. Erinnerung wird wach an Marxens berühmte These, daß sich die großen Dinge der Geschichte zweimal ereignen: einmal als Tragödie und dann als Wiedergänger in der Komödie. Letztere wird ebenfalls zu blutigem Ernst, aber eben nicht in der Gestalt der mit »deutscher Gründlichkeit« industriell organisierten Massenvernichtung von Menschen, hier jüdischer Menschen, in Auschwitz, sondern in der Form des alltäglichen oder besser: allnächtlichen Pogroms als verbreiteter Freizeitbeschäftigung in der ostdeutschen Provinz – nachdem alle greifbaren Gewaltvideos schon verkonsumiert sind. Auch im Bereich des Politischen stehen alle Programmpunkte sämtlicher Parteien aller Zeiten als eine Art »Steinbruch« zur Verfügung, wie auch all ihre Symbole.

Das umfangreiche Sortiment anscheinend beliebiger Formen von Politik ist jedoch im Wesen die »Reststrahlung« der Ur-Explosionen des 20. Jahrhunderts. Alle extremen, zuvor unerhörten Varianten öffentlichen Handelns, der Politik, des Wirtschaftens, der Führung heißer und »kalter« Kriege sowie mehr oder weniger kalter Frieden mußten offenbar erst versucht, ausgetestet werden, um am Ende als untauglich für die Realisierung der angestrebten Ziele erkannt, oder zumindest als kontraproduktiv, ja ins Verderben führend angesehen

Wie immer die sozialistische Gesellschaft gestaltet sein mag, sie wird sich nur dann behaupten, nur dann ihrer großen historischen Aufgabe gerecht werden, die Errungenschaften des Kapitalismus zu höheren Lebensformen zu entwickeln, wenn sie der Gesamtheit der Menschheit nicht bloß Brot und Sicherheit der Existenz bringt, sondern auch Kultur und Freiheit.

Karl Kautsky, 1922

Ungeachtet der Theorien von Marx, Engels und großer Teile der Sozialwissenschaften in demokratischen Ländern gilt, daß die großen Kriege und Auseinandersetzungen des zwanzigsten Jahrhunderts nicht zwischen den Klassen, sondern den Nationen dieser Welt ausgetragen worden sind. So waren die beiden Weltkriege im wesentlichen ... Kämpfe, die die deutsche Nation gegen andere Nationen führte, ein Ergebnis des deutschen Aufstiegs zur Weltmacht und des deutschen Anspruchs auf eine Vormachtstellung in Europa – im Rückblick der letzte militärische und politische Versuch einer mächtigen europäischen Nation, dieses Ziel zu erreichen.

John Lukacs, 1990

zu werden. Giftgaseinsätze im Ersten Weltkrieg, Flächenbombardements gegen zivile Städte und »totaler Krieg« im Zweiten Weltkrieg sind nur die am weitesten gehenden Ausdrucksformen extremistischen Denkens. Die »Dolchstoßlegende« – die nach dem Ersten Weltkrieg verbreitete Unterstellung, Teile der deutschen Heimatbevölkerung, vor allem die Gruppen der deutschen Linken, ja die ganze Sozialdemokratie, hätten durch revolutionäre Tätigkeit das »im Felde unbesiegt« deutsche Heer von hinten erdolcht und somit den Zusammenbruch Deutschlands am Ende jenes Krieges verschuldet – war nicht nur verbreitetes innenpolitisches Fazit des Ersten Weltkrieges in Deutschland, von der politischen Rechten exzessiv instrumentalisiert, sondern auch geistiger Boden für Hitler und Deutschlands Vom-Zaune-Brechen des Zweiten Weltkrieges. Die Verneinung, »Widerlegung« der Anmaßung der deutschen Überlegenheit mußte offenbar praktisch von den Deutschen massenhaft erlitten werden, um als Denk- oder Politikansatz nicht mehr mehrheitsfähig zu sein. Solcherart »Objektivierung« gilt für Mittel der Politik ebenso wie für politische Großsysteme und Großstrategien. Der hoffärtige, extreme deutsche Nationalismus in seiner Hitlerischen Gestalt, nachdem er weder bis 1933 noch hernach innenpolitisch in Deutschland verhindert oder beseitigt werden konnte, war nur durch das totale Niederringen 1945 durch die kriegführenden alliierten Mächte von außen zu besiegen.

Kann Analoges auch über den realen Sozialismus gesagt werden? Gemeint ist nicht die tumbe Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus, sondern die Frage, ob über die Idee lange weiter theoretisch disputiert werden konnte, ohne über eine respektive Praxis zu reden. Im Kontext der russischen Oktoberrevolution waren in Deutschland zwei kritische Stimmen geistesgeschichtlich von besonderer Bedeutung, die interessanterweise zu einem im Kern übereinstimmenden Resultat kamen, Rosa Luxemburg und Max Weber. Luxemburg warf Lenin und Trotzki die Abschaffung der Demokratie (in Gestalt der Auflösung der Konstituante) vor, die zu einem »Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande« und schließlich zu einer Diktatur, nicht des Proletariats, sondern »einer Handvoll Politiker« führen werde.<sup>4</sup> Weber verwies darauf, daß moderne Gesellschaften, wie man heute sagen würde, durch funktionale Differenzierung gekennzeichnet sind, zumindest »das staatlich-politische und privat-wirtschaftliche Beamtentum... als getrennte Körper nebeneinander stehen und man daher durch die politische Gewalt die wirtschaftliche immerhin im Zaum halten kann«, im Staatssozialismus dagegen »beide Beamtenschaften ein einziger Körper mit solidarischen Interessen und gar nicht mehr zu kontrollieren« wären.<sup>5</sup> Die Entstehung des realen Sozialismus war somit nicht in erster Linie Ausdruck fehlender theoretischer Einsichtsfähigkeit. Die Attraktivität der sozialistischen Idee war angesichts der Opfer des Ersten Weltkrieges und der damals dauerhaften Funktionsprobleme eines praktisch ungebremsten Kapitalismus beträchtlich. Es gab vor 1989/1990 zu keinem Zeitpunkt eine ausschließlich intellektuelle oder theoretische Debatte, ob der »Sozialismus« für realisierbar gehalten wurde oder nicht. (Insofern sind auch alle Einlassungen, man habe schon immer gewußt, daß das nicht gehe, in bezug auf die Analyse

der tatsächlichen Prozesse wenig hilfreich.) Der Realsozialismus stand so lange als Alternative zum real existierenden Kapitalismus zur Verfügung, wie er von relevanten Teilen der respektiven Bevölkerungen, speziell der Intellektuellen und der Arbeiterschaft, in der Tat als verwirklicht angesehen wurde. Erst die tatsächlichen Dysfunktionalitäten des Realsozialismus und sein Ende desavouierten die Idee von einem ganzheitlichen Sozialismus.

Unmündigkeit am Ende des 20. Jahrhunderts hat einerseits mit der Tatsache zu tun, daß in zum Teil rascher Folge unterschiedliche politische, wirtschaftliche, soziale und Denksysteme »ausprobiert« wurden, deren historische Spätfolgen noch lange anhalten werden. Kritik an einem der Systeme wurde stets von den Verfechtern anderer Systeme benutzt, um allein ihre Präferenz hervorzukehren. Die Debatte um die günstigste, menschlichste Ordnung des Gemeinwesens kann nicht mündig geführt werden, solange sie ideologisch ist. Andererseits sind innerhalb weniger Jahrzehnte Problemlagen in der Welt entstanden, bei denen allein schon durch ihre Kenntnisnahme Verunsicherung beim Nachdenken über eine menschheitliche Zukunft hervorgerufen wird. Unvoreingenommene Analyse der Vergangenheit kann eine lebenswerte Zukunft vorbereiten helfen. Nicht Abschied von der Vernunft öffnet Wege, sondern dezidiertes Bestehen auf ihr.

#### *Wider die Illusion von der Voraussetzungslosigkeit*

Der Umbruch im Osten Europas, das Ende der bipolaren Nachkriegsstruktur der internationalen Beziehungen, ja der Weltverhältnisse, schließlich der Zusammenbruch der Sowjetunion, nicht nur als Supermacht, sondern auch als Imperium und als einheitliches Staatengefüge, wurden vielfach als eine Tabula-rasa-Situation in der geschichtlichen und internationalen Szenerie wahrgenommen, in der die Kräfte neu gruppiert werden, neue Konstellationen und Problemlagen entstehen. Da endlich schien Vergangenheit zu sein, die ohne Zukunft bleibt. Doch bald zeigte sich: die Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung, die Verunmöglichung eines staatsbildenden Sozialismus einerseits und das Hervortreten von individueller Freiheit, pluralistischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit andererseits, wirken auf die Neuformierung der Verhältnisse im internationalen Gefüge und in den einzelnen Ländern ein, bestimmen und prägen sie in vielem. Kapitalistisches Wirtschaften schien sich als allein rationell zu erweisen. Und dies zu einer Zeit, da sich in Gestalt der ökologischen und Nord-Süd-Frage Grenzen bisheriger abendländischer Zweckrationalität abzuzeichnen schienen.

Aus den Tiefenschichten der Geschichte sind längst vergessen geglaubte Grundströmungen wieder hervorgetreten, die die Moderne konterkarieren. Extremer nationalistischer Haß hat selbst im saturiert geglaubten Europa Flammen des Krieges auflodern lassen. Religiöser, politischer und nationalistischer Fundamentalismus definiert sich als »Antwort« auf die Herausforderungen der Moderne und der marktförmigen Weltgesellschaft. Er greift nicht nur nach politischem Einfluß, sondern auch nach der lebensweltlichen Selbstbestimmung des Individuums. Stolz war der Westen auf die von ihm ausgerüsteten afghanischen Stammeskrieger, als sie die Elitetruppen der

Die Geschichte der letzten Jahrzehnte bezeugt besonders anschaulich, daß unter den Bedingungen des kapitalistischen Verfalls die zurückgebliebenen Länder unmöglich dasselbe Niveau erreichen können wie zu ihrer Zeit die alten kapitalistischen Metropolen. Selber in eine Sackgasse verrannt, versperren die Zivilisatoren den sich Zivilisierenden den Weg.

Leo Trotzki, 1936

Sowjetunion das Fürchten lehrten. Wer will auf die Taliban stolz sein, die Frauen die Finger abhacken, wenn sie Nagellack aufgetragen haben und sich damit erwischen lassen? Die Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen in der Welt von heute bedeutet offenbar, daß die Barbarei bereits dort beginnt, wo die Strukturen und Institutionen des modernen Humanismus noch nicht oder nicht mehr hinreichen. In verschiedenen Weltteilen erzeugen Armut, Hunger und schlimme Krankheiten einen Problemdruck, der nicht nur die betroffenen Länder und Regionen, sondern die gesamte Welt in Atem halten kann. Es ist keine Tabula-rasa-Situation am Ausgang des zweiten Jahrtausends. Die Akteure von Politik, Wirtschaft, Religion und aller anderen Bereiche sind nicht frei in ihren Entscheidungen, ihrem Denken und Tun. Sie sind verstrickt in die Problemknäuel aller Dimensionen, in denen menschliches Handeln sich realisiert.

Das Problem des Friedens ist mit dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht gelöst. Es taucht, im Gegenteil, in anderen Gestalten wieder auf. Die Atomraketen stehen noch in ihren Arsenalen; rosten sie schon, oder werden Computerfehler ihren Einsatz, gegen wen auch immer, befehlen? Wer hätte vor zwölf Jahren zu vermuten gewagt, daß Serben und Kroaten einen blutigen Krieg gegeneinander führen und weite Strecken Südslawiens in verbrannte Erde verwandeln würden? Welches Bild boten die römischen, venezianischen, türkischen Baudenkmäler an der dalmatinischen Küste? Wer hätte geglaubt, daß Georgier und Abhasen Suchumi, die helle Stadt am Meer, brandschatzen würden, weil sie sich auf ihr gegenseitiges Verhältnis nicht einigen konnten? Und was war geschehen mit den Menschen – hatten die zwanzigjährigen Männer schon immer diesen kalten Blick, der an das Blitzen der Stahlklinge erinnert; die Kinder diese unendliche Müdigkeit in den Augen, die sonst erst nach neunzigjähriger Lebensbahn eintritt; werden die Frauen nicht nächstens von der Erinnerung hochgerissen an den Vergewaltiger mit dem aufgedunsenen Gesicht und umgeben von Schnapsgestank?

Als die abendländischen Gesellschaften vor fünf Jahrhunderten heraustraten aus dem langsamen Trott der überkommenen Agrarverhältnisse und die kapitalistische Industrieentwicklung begannen, trat an die Stelle eines Wertehaushaltes rauflustiger Faulheit des herrschenden Adels das Ethos der Arbeit als eines gottgefälligen Werkes. Was aber passiert mit der Arbeitsgesellschaft und der Warenförmigkeit der Produktion, wenn ein Zehntel der arbeitsfähigen Weltbevölkerung hinreicht, die ganze Menschheit mit den normalen Gütern des täglichen Lebens zu versorgen? Das Ende der Möglichkeiten kapitalistischen Wirtschaftens ist während der vergangenen über 150 Jahre durch marxistische und andere Denker schon zu oft verkündet worden, als daß man derlei Prophezeiungen heute allzu schnell Glauben schenken sollte. Fest scheint aber zu stehen, daß innerhalb der reichen Nationen des Nordens der Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung, der aus der warenproduzierenden Tätigkeit dauerhaft ausgestoßen wird, langfristig im Anwachsen begriffen ist. Zunehmend weniger lebendige Arbeit ist vonnöten, um ein Gesamtprodukt zu erzeugen, das theoretisch ausreichen könnte, die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu befriedigen. Die Unmöglichkeit, dies tatsächlich zu tun, erweist sich als das eigentliche soziale Problem.

Die Tendenz zur Vereinigung der Welt ist das Hauptmerkmal unserer Zeit. Das heißt nicht, daß die Welt nicht schon früher, auf andere Weise, eine Tendenz zur Einheit gehabt hätte. Die Tendenz, die Welt mit Hilfe des Weltmarktes zu einem Ganzen zu fügen, herrschte schon in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vor. Das war eine Epoche nationaler kapitalistischer Wirtschaftssysteme und nationaler Kriege ... Die heutigen Tendenzen zur Einheit zeigen sich auf anderen Gebieten. Man muß sie in einem sehr hohen Produktionsniveau suchen, in der modernen Wissenschaft und in wissenschaftlichem Denken wie im Denken überhaupt. Die weitere Entwicklung zur Einheit ist nicht mehr auf ausschließlich nationalen Grundlagen oder durch Teilung der Welt in einzelne monopolistische Einflusssphären möglich.  
Milovan Djilas, 1957

Aus eigener Arbeit resultierende Volleinkommen und eine Situation, in der eine sozial ausreichend ausgestattete Mehrheit der Bevölkerung den Staat oder das Gemeinwesen trägt, werden immer mehr zwei verschiedene Dinge. Mit der Verwohlfleierung der Produktionsergebnisse und der weiteren tendenziellen Steigerung der Personalkosten wird sich diese Richtung noch verstärken. Die Sozialsysteme, vor allem in Europa, sind unter einen Druck geraten, der nur durch einen grundsätzlich neuen Reformansatz zu bewältigen ist. Der allerdings ist noch nicht so recht zu sehen.

Die Kluft zwischen dem reichen Norden und dem vergleichbar armen Süden klafft weiter auseinander denn je. Sie ist, trotz aller »Entwicklungsdekaden«, nicht nur nicht kleiner, sondern größer geworden. Bevölkerungsexplosion, Krankheiten, auswuchernde Armut nehmen weiter zu. Die hierarchische Ordnung der Weltwirtschaft, die selbst unter formell gleichberechtigten Bedingungen über die komparativen Kostenvorteile die Zentren bevorzugt und die Peripherien benachteiligt, verhindert eine tatsächliche Lösung des Nord-Süd-Problems. Zugleich stellen die internationalen Finanzinstitutionen und riesigen Spekulationsfonds Machtfaktoren erster Ordnung dar. Ungeachtet dessen, ob es sich hier um eine bewußte Strategie gehandelt hat oder um eine nicht-intendierte Folge reinen Profitstrebens: Die spekulativ hervorgerufene asiatische Finanzmisere hat zu einer drastischen »Abschmelzung« der Resultate mehr als zehnjähriger Industrialisierung von Volkswirtschaften wie Malaysias, Indonesiens, Thailands, Südkoreas geführt. Die abendländischen Zentren der Weltwirtschaft in Nordamerika und Westeuropa haben die »kleinen Tiger« wieder an die Kette gelegt, Japan in mittelfristige Problemzonen manövriert und den chinesischen Wachstumszentren einen Dämpfer aufgesetzt. Erst die Gefahr einer weltweiten Finanzkrise – nach der Ausweitung der asiatischen Finanzkrise auf Rußland und Lateinamerika, die zu einem neuerlichen »Schwarzen Freitag«, wie 1929, hätte führen können – brachte ein Einlenken. Die Rückstufung der »Schwellenländer« bleibt allerdings bestehen. Hinzu kommen ganze Armutsregionen, in Afrika oder Innerasien, die einfach abseits der neuzeitlichen Handelsstraßen liegen und dem Vergessen anheimfallen, wenn nicht gerade neue Mordorgien ethnischer Gruppen oder religiöser Fundamentalisten die Medien zu Wellen kurzzeitiger Aufmerksamkeit veranlassen. Die weltweite technische Entwicklung und die größere Kommunikationsdichte, wie auch das Gewinnstreben illegaler Migrationsnetze, in den Herkunftsländern, führen jedoch dazu, daß die Probleme des Südens nicht im Süden bleiben, sondern auch den Norden erfassen, sei es in Gestalt von wachsendem Einwanderungsdruck, sei es durch Übergreifen von Epidemien, sei es in Gestalt von Terrorismus. So ist das Nord-Süd-Problem für den Norden kein äußeres Problem mehr, sondern wurde zu einem der eigenen Existenz; die Bewältigung dessen nicht nur eine Frage des Humanismus, sondern eigenen Überlebensinteresses.

Nachdrücklicher rückt schließlich die Umweltfrage in das Zentrum des Problemgefüges. Immer mehr Expertisen werden vorgelegt, wonach die gegenwärtige Produktions- und Lebensweise die Ökosphäre, die natürlichen Grundlagen des Lebens zunehmend

Zwanzig Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung werden im kommenden Jahrhundert ausreichen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. Die unteren achtzig Prozent werden gewaltige Probleme bekommen.

Jeremy Rifkin, 1995

»Tittytainment«, so Brzezinski, sei eine Kombination von »entertainment« und »tits«, dem amerikanischen Slangwort für Busen. Brzezinski denkt dabei weniger an Sex als an die Milch, die aus der Brust einer stillenden Mutter strömt. Mit einer Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung könne die frustrierte Bevölkerung der Welt schon bei Laune gehalten werden.

Hans-Peter Martin, Harald Schumann, 1996

zerstört; Ozonloch, saurer Regen, Versteppung ehemals fruchtbarer Regionen, Abholzung des Regenwaldes, Überfischung der Meere, Treibhauseffekt – das sind nur einige der Stichworte. Es ertönt die Radikalforderung, aus der industriell gestützten Wirtschafts- und Konsumtionsweise auszusteigen. Bei näherem Hinsehen korreliert die Bevölkerungszunahme auf der Welt jedoch mit den Daten des Aufstiegs von Industrie, Technik und Wissenschaft. Eine Rückkehr in die Vormoderne, auf den selbstgenügsamen Bauernhof ohne industrielle Produktionsmethoden trägt nicht sechs Milliarden Menschen. Manche Schätzungen besagen, auf solcher Grundlage könnte höchstens ein Milliarde Menschen existieren. Wer wollte mit welchen Mitteln jedoch eine solche Verringerung der Zahl der Menschen bewirken wollen? Ökodiktatur mit Vernichtungslagern, Ausselektierung »unwerten Lebens«, Vertreibung der Frauen und Kinder in wasserlose Wüsten – wie gehabt? So wäre die Hitlersche Vernichtungsmaschinerie nur das Vorspiel für viel größere Verbrechen gewesen. Die Pathologien der Moderne, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre zugespitzten Ausformungen fanden, würden sich so im neuen Jahrtausend auf höherer Stufenleiter fortzeugen; die Beseitigung der Humanität unter dem Banner eines grünen Faschismus wäre die politische Konsequenz. Also bliebe nur die demokratische Lösung, im Sinne der Einbeziehung aller, nicht ihrer mehrheitlichen Ermordung, und unter der Voraussetzung der Beschleunigung der wissenschaftlichen und technischen Lösungsbestrebungen, um zu nachhaltigen, umweltverträglichen, sich regenerierenden Wirtschaftskreisläufen zu kommen. Demgegenüber haben die großen Firmen bisher zu verhindern gewußt, daß Ausgangsvoraussetzungen von Produktion, wie Wasser und Luft, tatsächlich bewertet und als Kostenfaktoren berücksichtigt werden. Zugleich ist derzeit kaum zu erwarten, daß eine Mehrheit der Bevölkerung, etwa in Deutschland oder den USA, bereit sein könnte, das Auto nicht nur zum heutigen Preis, sondern mit allen Folgekosten zu bezahlen, die die Allgemeinheit derzeit vom Straßenbau bis zur Entsorgung der Autowracks aufwendet.

Jedes der großen Probleme, vor denen die Menschen heute stehen, kann nur dann eine Lösung finden, wenn der politische Weg dazu geöffnet wird. Jedes der Probleme kann einer gewaltsamen, autoritären oder gar totalitären Lösung zuzuführen versucht werden, oder aber eine demokratische Lösung finden. Die Geschichte scheint beide Möglichkeiten bereit zu halten; beide können nicht voraussetzungslos sein. Die Vergangenheit begrenzt schon durch ihre Resultate die Spielräume der Zukunft; die Zukunft kann die Lasten der Vergangenheit zu verringern versuchen, nicht aber sie ignorieren.

#### *Ein Wechsel des Paradigmas der Politik*

Der bipolare Ost-West-Konflikt war mit einem spezifischen Typus von internationaler Politik verbunden, der allerdings nichts anderes war als die Fortschreibung einer seit Jahrtausenden geübten Praxis: Der eigene machtpolitische Vorteil wird zu Lasten und auf Kosten des anderen in den Vordergrund gestellt, und sei es auf die Konsequenz dessen Vernichtung – »Ceterum censeo Carthaginem esse delendam«, pflegte Cato der Ältere seine Senatsreden zu beenden,

auf daß denn in der Tat die römischen Truppen Karthago zerstörten. Genau diesem Muster folgte auf beiden Seiten die Blockkonfrontation des Kalten Krieges. Mit der »Nachrüstung« und »Nach-Nachrüstung« in der ersten Hälfte der 1980er Jahre hatte sich jedoch die bis dahin als rational geltende Logik des Wettrüstens erschöpft. Dabei hatten die Hauptkontrahenten Sowjetunion und USA nichts anderes getan, als dem scheinbar bewährten Verständnis zu folgen, das schon im Römischen Reich zu den Staatsweisheiten gehört hatte: Wer den Frieden wollte, war gehalten, den Krieg vorzubereiten.

Im sowjetisch-amerikanischen Bipolarismus im Rahmen des Ost-West-Konflikts hielt jede der Seiten sich für den Friedensstreiter und den anderen für den Friedensstörer. Für die Logik des Wettrüstens aber war es unerheblich, wer wirklich wen auf welche Weise und mit welchen Mitteln bedrohte, sondern wesentlich war die Perzeption einer Bedrohung durch die Entscheidungsträger, die den eigenen Planungen jeder der Seiten zu Grunde gelegt wurde. Die Militärs und die Militär-industriellen-Komplexe haben dabei gewöhnlich »Worst-Case«-Szenarios unterstellt. Die nuklearen Waffenpotentiale wurden dann jedoch allein schon durch die Anhäufung von Qualitäten und Quantitäten zu einer immer beachtlicheren Gefahr, die durch mögliche Computerfehler noch verstärkt wurde. Eine Fortsetzung des Rüstungswettlaufs nach den seit den 1940er Jahren verfolgten Mustern erschien immer mehr als kontraproduktiv; die eigenen politischen Ziele half er immer weniger zu erfüllen; die militärische Sicherheit wurde nicht gestärkt; ökonomisch verschlang das Wettrüsten immer größere wirtschaftliche Potentiale.

Der Ausweg aus der Sackgasse, in die sich die USA und die UdSSR manövriert hatten, wurde gefunden, indem sich beide zu einem entschiedenen Wechsel der Außen- und Sicherheitspolitik in ihren gegenseitigen Beziehungen entschlossen hatten. Es ist heute gleichgültig, ob der größere Anteil daran schließlich bei Gorbatschows »Neuem Denken« lag oder an der amerikanischen Politik, wie diese dann für sich in Anspruch nahm. Entscheidend war, daß beide Seiten etwa zeitgleich analoge Folgerungen gezogen hatten: (1) ein Nuklearkrieg ist weder führbar noch gewinnbar; (2) Sicherheit ist nur noch gemeinsam, nicht auf Kosten des anderen zu erlangen; (3) wer Frieden will, muß Friedenspolitik betreiben und sich für Sicherheit, Zusammenarbeit und Abrüstung einsetzen. Auf dieser Grundlage wurden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die weitreichenden Abrüstungsvereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den USA abgeschlossen. Der Abbau der militärischen Konfrontation schuf politisches Vertrauen und förderte die Zusammenarbeit der Staaten auf allen Gebieten. In Verbindung mit dem Sturz der realsozialistischen Systeme in Osteuropa entstanden so die Voraussetzungen für eine gesamteuropäische Wertegemeinschaft, wie sie auf dem Pariser Sondergipfel der KSZE im November 1990 festgeschrieben wurde.

Auf dem für die gesamte Weltentwicklung wesentlichen Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung war ein Durchbruch erzielt worden – zunächst in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen – durch den Übergang von einem machtpolitischen Typ der internationalen Beziehungen zu einem kooperativen Typ, der auf Vertrauen,

Der Entschluß, zum Mars zu fliegen, sollte als Entschluß gefaßt werden, unseren Nachbarplaneten, wenn möglich, permanent zu besiedeln. Er sollte von dem Willen getragen sein, die Menschheit auf ein neues Niveau zu heben, sie zu einer wahrhaft kosmischen Zivilisation reifen zu lassen.  
www.spiegel.de,  
Dezember 2000

Münchner Rückversicherungs-AG fordert schärfere Ökosteuer gegen Naturkatastrophen.  
Zeitungsmeldung, Mai 2000

gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit und Verflechtung der Interessen beruht. In gewissem Sinne hatte sich die Fähigkeit durchgesetzt, Entscheidungen bereits aus der Antizipation einer auf jeden Fall ungewollten beziehungsweise Gefahrensituation heraus zu treffen: Der Atomkrieg, der »nukleare Winter« mußte nicht erst stattfinden, um die Politik zu entsprechenden Schlußfolgerungen und Schritten zu führen. Hier wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre fraglos ein Präzedenzfall für die Gestaltung von Politik im Dienste der Lösung von Menschheitsfragen geschaffen. Diese Feststellung ist jedoch insofern zu relativieren, als dies erst erreicht wurde, nachdem die politischen Führungen der UdSSR und der USA, obwohl sie bereits während der Entspannungsphase der 1970er Jahre das atomare Patt konstatiert hatten, Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre versucht hatten, durch eine weitere Drehung der Rüstungsschraube einen militärischen Vorteil zu erlangen. Anders ausgedrückt: Obwohl die Sinnlosigkeit des Wettrüstens selbst unter dem Gesichtspunkt konfrontativer politischer Vorteilsgewinnung bereits in den Überlegungen zur Entspannung der 1970er Jahre eine Rolle gespielt hatte, folgten beide Seiten nochmals der scheinbar bewährten, angeblich rationalen Logik der einseitigen Aufrüstung. Erst als sich dies vollends als kontraproduktiv und für die eigene Lage als schädlich erwiesen hatte, waren beide Seiten bereit, einen Wechsel des Politiktyps zu vollziehen.

Ein anderes Feld kooperativer Politik wurde in den vergangenen Jahrzehnten das Gefüge der Europäischen Union. Sie verkörpert auf ihre Weise einen neuen Typ von zwischenstaatlichen Beziehungen. Staaten, die jahrzehntelang wieder und wieder Kriege gegeneinander geführt hatten, sind heute eng und zum gemeinsamen Vorteil miteinander verbunden. Sicherlich, dies war nicht ohne verschiedene äußere Drücke vor sich gegangen. Das Gewicht des Ost-West-Konflikts, der relative Bedeutungsverlust der alten europäischen Mächte im Vergleich zu den USA, Japan und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Zerfall der alten Kolonialsysteme hatten das ihre getan. Dennoch war eine weit in die Zukunft weisende Entscheidung getroffen, als diese Gemeinschaft geschaffen wurde. Viele Animositäten und historische Belastungen waren beiseite zu schieben. Nicht nur Großbritannien, Frankreich und Deutschland hatten mörderische Kriege gegeneinander hinter sich und standen einst als Großmächte in harter Konkurrenz. Auch Österreich, Spanien, Portugal, die Niederlande, Schweden und Dänemark waren zu unterschiedlichen Zeiten und mit Besitztümern in verschiedenen Weltteilen große Mächte, die in kriegerischen Auseinandersetzungen mit anderen europäischen Mächten standen. Alle diese Staaten arbeiten heute zusammen und sind in einen Integrationsprozeß einbezogen, in dem sie nationale Souveränität an ein gemeinsames Zentrum abtreten und eine vergemeinschaftete Politik gestalten. Der EU-Binnenmarkt wurde zu einem der bedeutendsten in der Welt; der Euro wird nach allen Voraussagen am Beginn des 21. Jahrhunderts die zweitwichtigste Reservewährung der Weltwirtschaft sein. Alle Beteiligten sind daran interessiert. Natürlich wirken auch innerhalb dieser Gemeinschaft Interessengegensätze, die ausgetragen und wahrgenommen werden. Im Unterschied zur ersten Hälfte des 20.



Jahrhunderts und zu früheren Jahrhunderten führen sie jedoch nicht zu Kriegen und zu gewaltsamen Konflikten, sondern sie werden einvernehmlich und im Rahmen des gemeinsamen Verbundes gelöst.

So wurde die Europäische Union zu einem Beispiel für die schöpferische Verarbeitung schmerzhafter historischer Erfahrungen, ein Beispiel dafür, daß in der heutigen Welt keine schicksalhafte Einbindung in vorgefundene nationale, religiöse, kulturelle, ökonomische und soziale Konflikt- und Verhaltensmuster mehr besteht. Der Gestaltungsraum von Politik bietet in der kleiner, zerbrechlicher gewordenen Welt und angesichts der großen Potenzen von Produktion, Wissenschaft und Technik qualitativ neue, gewachsene Einflußmöglichkeiten. Ihr Mißbrauch, ihre falsche, unbedachte Nutzung oder auch Nicht-Nutzung läßt sie jedoch auch höchst problematisch erscheinen.

Am Vorabend der Jahrhundertwende wird deutlich: in der internationalen Politik, in der Wirtschafts- und Umweltpolitik, in der Sozial- und Einkommenspolitik wie in der Innenpolitik der Staaten hat sich der konfrontative, herrschaftsgeleitete Typ der Politik im wesentlichen erschöpft. Der in der Abrüstungspolitik der 1980er Jahre zu konstatierende Paradigmenwechsel war möglicherweise, zumindest potentiell, ein Vorgriff auf einen allgemein anstehenden Paradigmenwechsel der Politik, hin zu einem kooperativen Typus. Hier rangieren Konsens vor Majorisierung von Minderheiten, Öffnung vor Abgrenzung, Partizipation und Interaktion vor Beherrschung. Statt Ausgrenzung geht es um Achtung der Freiheit des Andersdenkenden und Andersseienden. Die eigenen Interessen sind immer mehr nur wahrzunehmen, wenn die Interessen des anderen ebenfalls wahrgenommen werden. Die eigene Freiheit hat die Freiheit des anderen zur Voraussetzung. Die Bewahrung des Friedens und der Natur erlangen prioritäre Bedeutung. Der Paradigmenwechsel der Politik wird nicht nur zu einer günstigen, sondern notwendigen Bedingung für die Zukunft der Menschheit. Seine Schwäche aber ist: Er ist durch niemanden »mit Macht« zu erzwingen, sondern nur durch um sich greifende Einsicht, aus der Geschichte tatsächlich lernende und zugleich antizipatorische Vernunft zu erlangen.

### *Am Scheideweg*

Kann diese Richtung eingeschlagen werden, oder bleibt die weitere Entwicklung der menschlichen Gattung einem »natürlichen Ausleseprozeß« überlassen, der um so gewalttätigere Formen annimmt, je drückender die großen Probleme der Menschheit werden? Die »Reduzierung« also der Menschheit von sechs Milliarden auf eine, nicht auf dem Wege eines »grünen Faschismus« sondern einem »naturwüchsigen« Vernichtungsprozeß überantwortet, wie er in Ruanda und Burundi bereits praktiziert worden ist? Ein solches Schreckensszenario wäre Zukunft ohne Zukunft.

Als die Nahrung aus dem Urozean für die Vorläufer organischen Lebens auf der Erde nicht mehr ausreichte, wurde – so eine Vorstellung von der Entstehung des Lebens – die Photosynthese, die Produktion organischer Substanz mit Hilfe des Chlorophylls und des Sonnenlichts »erfunden«. Als das Jagen und Sammeln von Wurzeln und Beeren die frühmenschlichen Sippen nicht mehr ernährte, wurden

Jetzt hat uns unsere aufgeklärte, individualistische, anthropozentrische, soziozentrische Praxis mit der irdischen Gesamtnatur konfrontiert, von der wir stärker abhängig sind als unsere Vorfahren von der bestimmten Nahnatur, aus der sie schließlich aufbrechen konnten. Gerade unsere Vorfahren hatten diese Kriegs- und Wanderlösung gewählt – was liegt näher, als jetzt den Kosmos zu erobern, so lächerlich und lustfeindlich das auch ist? Rudolf Bahro, 1989

Ackerbau und Viehzucht entdeckt und praktiziert. Als die Agrarwirtschaft nicht mehr ausreichte, die Menschen zu nähren, wurde das industrielle Stadium eröffnet. Wissenschaft, Technik und Industrie haben jetzt die Voraussetzungen geschaffen für den Bau der ersten großen Raumstation, an dem sich die wichtigsten Weltraumfahrer- und Hochtechnologie-Nationen gemeinsam beteiligen, die USA und Rußland, die Europäische Union, Japan. Von jener Station aus werden Großraketen ins All starten können. Für die Landung auf dem Mars und seine Besiedlung gibt es bereits Planungen.

Das eigentliche Grundproblem der gegenwärtigen Entwicklung, die Scheideweg-Situation stellt sich hier auf besondere Weise, und es ist das Demokratie-Problem: Entweder greift das Modell einer antizipatorischen Vernunft, und es gibt einen breiten Konsens der politischen, sozialen und geistigen Kräfte der modernen Welt über die weiteren Entwicklungsziele und die Wege zu ihrer Realisierung, oder aber der weitere Verlauf bleibt einem blinden, scheinbar zweckrationalen Prozeß überlassen, dessen Implikationen immer unüberschaubarer werden. Die Entscheidung dieser Alternative erfordert ein Maß an öffentlicher Vernunft, das bisher zu keiner Zeit und in keinem Lande erreicht worden ist. Die Fähigkeit zum öffentlichen Gebrauch der Vernunft wird entweder einem elitären Klüngel von Politikern, Sozial- und Geisteswissenschaftlern sowie Technikern und Wirtschaftsführern überlassen, oder sie wird von einer breitesten Öffentlichkeit auf partizipatorische Weise angeeignet. Dem steht allerdings die starke Tradition der bisherigen Politikmodi der westlichen Gesellschaften entgegen (Es ist nicht ausgemacht, ob die politische Weisheit, die in den 1980er Jahren das nukleare Wettrüsten beenden ließ, nur dem Problemdruck geschuldet war, ein Krisenbewußtsein in außergewöhnlicher Lage verkörperte, und ansonsten bereits wieder der üblichen Interessenpolitik gewichen ist.), die interessengeleitete Handlungsweise, die nur an spezifischen, singulären Interessen orientiert ist und noch immer dem Glauben frönt, hinter dem Rücken derlei Teilinteressen würde sich von selbst ein allgemeines Interesse durchsetzen. Das Subjekt solcher Interessenwahrnehmung ist die Interessengruppe und ihre Lobby – wer wollte am Beginn des 21. Jahrhunderts stärker sein, als der sich formierende Hochtechnologie-Weltraum-Komplex? Verstärkt wird dies durch die Parteiförmigkeit der politischen Auseinandersetzungen. Parteiförmigkeit meint, daß eine politische Position verteidigt oder angegriffen, entfaltet oder verurteilt wird, nur weil sie der eigenen parteipolitischen Position nützen oder der der Gegenpartei schaden soll. Dieses Paradigma kann nur geeignet sein, den »blinden« Ausleseprozeß zu fördern. Hier gewinnt der Stärkste.

Nun ist hier nicht gemeint, den Schritt in das Weltall an sich verhindern oder negieren zu wollen. Die Frage ist, ob dieser eingeordnet werden kann in nachhaltige Entwicklungsziele der Erde und der Menschheit insgesamt. Wenn nicht, dann handelt es sich um den nächsten, den größten Schritt der Evolution auf der Erde: Ein elitär kleiner, auserwählter Teil der menschlichen Gattung wird in eine dauerhaft interplanetare Existenzweise eintreten. Das Ausweiden der Erde und ihrer Ressourcen und das Dahinsiechen der Mehrheit der Menschen wegen der ständigen Verschlechterung der Lebensbedin-

Die Atomwaffen in den Händen unberechenbarer Drittwelt-Potentaten oder die durch die Technik in Gang gesetzte Zerstörung unserer natürlichen Umwelt: Diese Prozesse sind absurd, weil die Menschen sie gerne aufhalten möchten, sie in Tat und Wahrheit aber beschleunigen.  
Friedrich Dürrenmatt, 1990

gungen, des Wassers, der Luft, des Nahrungsangebots und so weiter, wären der Preis für diesen Schritt in die nächste Dimension. Dann hätte die Fortsetzung hochtechnologischer und industrieller Entwicklungen ungeachtet der Folgen für Mensch und Natur ihre eigene innere, tiefere Logik, die sich hinter dem Rücken der Menschheit durchsetzte.

Sie werden, angetan mit metallic glänzenden Raumanzügen, in silberne Raketen steigen. Das Fernsehen wird ihr Abschiedswinken weltweit übertragen. Es werden die gesündesten, stärksten, gebildetsten jungen Frauen und Männer aus den teilnehmenden Nationen sein, die von großen Spezialistenkommissionen in komplizierten Auswahlverfahren ausgesucht wurden. Sie werden den Mond und den Mars besiedeln und von dort aus die Galaxis. Während weniger Jahrzehnte danach wird die Ökosphäre der Erde umkippen, weil alle akkumulierbaren Mittel der Menschheit für den Schritt in die intergalaktische Existenz investiert wurden. Spätestens in der dritten Generation der Kindeskinder der Weltraummenschen wird die Erinnerung an den Planeten verblaßt sein. Er hat seine charakteristische blaue Farbe verloren und schwebt grau und unansehnlich auf seiner Bahn um die Sonne.

Dann ist die Frage für das nächste Jahrtausend abschließend beantwortet: die in die Raketen gestiegen sind, haben die Zukunft, die von der Vergangenheit befreit ist; die Dagebliebenen haben die Vergangenheit, die von der Zukunft befreit ist.

Unsere Tätigkeiten als Sozialisten haben nur einen Sinn, wenn wir annehmen, daß der Sozialismus errichtet werden kann, doch wenn wir innehalten, um zu überlegen, was wahrscheinlich passieren wird, dann müssen wir meiner Ansicht nach zugeben, daß die Umstände gegen uns sprechen.  
George Orwell, 1947

- 1 Friedrich Nietzsche: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, Zürich 1984, S. 8.
- 2 Heinrich Heine: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, Leipzig 1970, S. 150.
- 3 Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Werke, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Band VI, Frankfurt/Main 1964, S. 53.
- 4 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Dies.: Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 362.
- 5 Max Weber: Der Sozialismus, in: Ders.: Schriften zur Sozialgeschichte und Politik, hg. v. Michael Sukale, Stuttgart 1997, S. 248.

Dienstag, den 27. März 2001 in Halle/Saale

### **Wissenschaftliches Kolloquium**

anläßlich des 100. Geburtstages des langjährigen Rektors  
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Leo Stern**

Eröffnungsvortrag: Prof. Dr. *Hans-Joachim Bartmuß*

Veranstalter:

*Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer  
Bildung in Sachsen-Anhalt e.V.  
Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen  
Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebenen e.V.  
Sachsen-Anhalt  
Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V., Berlin*

Anmeldung: Geschäftsstelle des »Bildungsvereins Elbe-Saale e.V.«  
in 06108 Halle/Saale, Blumenstr. 16, Tel.+ Fax: 0345/2025594

## DIETMAR WITTICH

# Klassenentwicklung und Klassenanalyse in kapitalistischen Metropolen



Dietmar Wittich – Jg. 1943, Dr. phil., Soziologe, Geschäftsführer der Social Data GmbH Berlin, Mitautor von »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar«, dietz berlin 1997.

### *Klassenanalyse – ein traditionelles und modernes Thema*

Wer immer sich mit Problemen von Klassenentwicklung und Klassenanalyse befaßt, der kommt an dem klassischen Text zu diesem Thema, dem »Kommunistischen Manifest«, nicht vorbei. Die Frage nach den Möglichkeiten und den möglichen Strukturen für Solidarität, für menschliche und gesellschaftliche Emanzipation ist das eine Thema, das das Kommunistische Manifest von vorn bis hinten als roter Faden durchzieht. Es mündet in der großartigen Vision einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«<sup>1</sup>. Die 150jährige Wirkungsgeschichte des Kommunistischen Manifestes wurde ganz wesentlich damit begründet, daß diese Frage nicht allgemein menschlich dargestellt wurde, sondern sozial konkretisiert wurde als Klassenfrage. Zentral ist der Nachweis, daß ein historisch spezifischer Typ sozialer Ungleichheit (einer massenhaften, einer individualisierenden, einer diskriminierenden sozialen Ungerechtigkeit) zusammenhängt mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, und daß diese soziale Ungleichheit als soziale Ungerechtigkeit nur aufgehoben werden kann, indem diese kapitalistischen Produktionsverhältnisse insgesamt aufgehoben werden. Das war gültige Diagnose in der Mitte des 19. Jahrhunderts, und das bleibt gültig an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Vorgänge neuer sozialer Differenzierungen haben dafür gesorgt, daß diese Aussage quasi selbstverständlich getroffen werden kann. Und ich wage die Prognose, die Klassenfrage wird eine der Fragen der nächsten Jahrzehnte sein.

Dies zu sagen ist heute nichts besonderes. Das war aber gerade in Deutschland nicht immer so. Noch vor wenigen Jahren galt es als ausgemacht, daß sich in den kapitalistischen Metropolen die Klassenfrage als solche erledigt habe, weggeschwemmt und/oder überlagert von der Wohlstandsentwicklung, von neuer sozialer Ungleichheit, von neuer sozialer Differenzierung, von Individualisierung und so weiter. Ulrich Beck hatte das paradoxe Bild einer »Klassengesellschaft ohne Klassen«<sup>2</sup> gezeichnet. Das war Zeitgeist, und konsequenterweise kommt das Wort »Klasse« in der politischen Programmatik linker Parteien nicht vor. Ulrich Beck hatte auch die These vom »Fahrstuhleffekt« aufgestellt, die Klassengesellschaft sei insgesamt eine Etage höher gefahren worden<sup>3</sup>. Wie ist das jetzt? Wird jetzt der Fahrstuhl wieder eine Etage nach unten gefahren? Die Wirklichkeit zeigt: Das Bild stimmt nicht, für einen (großen, vielleicht

1 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 482.

2 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986, S. 121.

3 Ebenda, S. 122.

wachsenden) Teil wird er nach unten gefahren, für einen anderen Teil nicht.

Die Tatsache, daß ein wesentlicher Aspekt der Aussagen und Visionen des Manifestes nach wie vor aktuell ist, hat eine Kehrseite. Auch und gerade bezüglich klassengesellschaftlicher Entwicklungen hat sich nicht alles so vollzogen, wie im Manifest angenommen und vorhergesagt. Vier Aspekte sind dabei zu sehen.

*Erstens:* »Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt.«<sup>4</sup> Diese Annahme, daß die Entwicklung zu einer großen, einheitlichen, in sich homogenen Arbeiterklasse führen würde, hat sich nicht bestätigt. Schon zu Ende des vergangenen Jahrhunderts zeigte sich, daß sich innerhalb der Lohnarbeiterschaft erhebliche Differenzierungen entfalten, die mit dazu beitragen, daß der Ausgleich der Interessen zunehmend verbaut worden ist.

*Zweitens:* Damit ist verbunden, daß in den kapitalistischen Metropolen die Prognose der fortschreitenden Verelendung nicht eingetroffen ist. Die Entwicklung hat sich anders vollzogen. Die Globalisierung des Kapitalverhältnisses hat weltweit zu einer Expansion der proletarisierten und halbproletarisierten Haushalte geführt, die Verelendung wurde weitgehend in die Dritte Welt exportiert. In den kapitalistischen Metropolen hat die Masse der Lohnarbeiter weit mehr zu verlieren als ihre Ketten.

*Drittens:* »Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse.«<sup>5</sup> Auch diese Annahme der fortschreitenden Formierung der Klasse als Klasse »für sich«, als revolutionäres Subjekt, hat sich so nicht bestätigt.

*Viertens:* Schließlich hat sich die Relativierung beziehungsweise die Vernachlässigung der Frauenfrage, formuliert in der Aussage, daß Geschlechtsunterschiede für die Arbeiterklasse keine gesellschaftliche Geltung mehr hätten<sup>6</sup>, als verhängnisvoll erwiesen. Auch in den staatssozialistischen Gesellschaften dieses Jahrhunderts wurden patriarchalische Verhältnisse nicht entschlossen aufgebrochen. Hier existierte die im nachhinein paradox anmutende Situation, daß Frauen ein höheres Maß an Emanzipation erfuhren, als in den Gesellschaften zuvor und danach, während die Gesellschaft insgesamt in zunehmendem Maße zu ausgesprochen patriarchalen Gerontokratien verkam. Das hat nicht wenig zur historischen Niederlage des Sozialismus am Ende dieses Jahrhunderts beigetragen.

Wir stehen gegenwärtig vor der Frage, was Klassenanalyse leisten kann und was sie nicht leisten kann. Die Existenz von Klassenverhältnissen bedeutet zunächst nichts weiter, als daß sich soziale Ungleichheiten im Zusammenhang mit und als Ausdruck von sozial-ökonomischen Verhältnissen ausbilden, das heißt den Unterschieden in der Verfügung über in gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen verwertbaren Ressourcen. Zum einen ist dabei nach wie vor an die Eigentumsverhältnisse (Eigentum an Produktionsmitteln, soziale Ungleichheit im Zusammenhang mit dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit) zu denken. Aber das Kapitalverhältnis hat die Eigen-

4 Karl Marx, Friedrich Engels, a.a.O., S. 470.

5 Ebenda, S. 472.

6 Siehe ebenda, S. 469.

7 Ebenda, S. 464.

schaft, sich auch andere gesellschaftliche Bereiche zu unterwerfen, seine Vorherrschaft hat »... kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare‹ Zahlung«<sup>7</sup>. Deshalb sind zum anderen auch andere Ressourcen »kapitalförmig« verwertbar und bewirken in ähnlicher Weise sozialökonomisch bedingte soziale Unterschiede: politische Macht, Verfügung über Verwaltungskompetenz, Macht über Informationen, hohe und Spezialqualifikation und andere. Die Klassenstruktur ist eine Dimension der sozialen Strukturen einer Gesellschaft, sie ist jene, die Ausdruck und soziale Erscheinungsform der sozialökonomischen Differenzierungen ist. Entsprechend sind Klassen große Menschengruppen, die sich im Ergebnis der sozialökonomischen Differenzierungen herausbilden und reproduzieren und durch erhebliche Unterschiede in den Soziallagen und Lebenschancen gekennzeichnet sind.

Es ist heute wieder unübersehbar, daß soziale Konflikte im Zusammenhang mit den sozialökonomischen Verhältnissen nach wie vor eine wesentliche Dimension in der Konfliktkonstellation der Gesellschaft darstellen. Das bedeutet, Klassenanalyse und Klassentheorie nicht zu verwerfen, sondern sie angesichts der neuen Entwicklungen und Verhältnisse erneut kritisch auf den Prüfstand zu stellen.

Sozialstrukturanalysen der Veränderungen der letzten Jahre bringen insgesamt widersprüchliche Ergebnisse. Zwar kann nicht die Gesamtheit der strukturellen Brüche und Veränderungen mit den Mitteln der Klassenanalyse dargestellt werden (was angesichts der Komplexität sozialer Strukturen moderner kapitalistischer Gesellschaften auch nicht zu erwarten war), aber die Vorgänge insgesamt tragen als eine Dominante deutlich klassengesellschaftliche Züge. Das zeigt sich in der Ausdifferenzierung und in den Umschichtungen von Soziallagen im Zusammenhang mit (oder dem Fehlen von) Lohnarbeit, der Herausbildung von Klassenlagen, den Verstärkungen von Klassenstrukturierung in Mobilitätsprozessen, der Befestigung marginalisierter Segmente in der Klassenstruktur, den Umbewertungen von Bildung und Qualifikation, aber auch in den konservativen Offensiven zur Umverteilung zuungunsten Benachteiligter und zugunsten des Großkapitals. Dabei zeigt sich, daß sich Ausdifferenzierungen und Individualisierung und Klassenformierung nicht ausschließen.

Speziell in Ostdeutschland haben wir es zu tun mit einer Parallelität mehrerer gleichzeitig ablaufender Prozesse: einer Entindustrialisierung, verbunden mit einer massenhaften Dequalifizierung und partiellen Entproletarisierung, einer De-Agrarisierung, einer Reduzierung der Bereiche von Wissenschaft und Forschung, verbunden mit einer tendenziellen Entintellektualisierung der gesellschaftlichen Arbeit. Erst allmählich entstehen Inseln von high-tech-production. Deutlich erkennbar steht dem gegenüber eine relative Bürokratisierung, die im Alltagsleben als absolute Bürokratisierung erfahren wird. Diese Parallelitäten schließen in sich widersprüchliche Entwicklungen ein. Wir haben auf der einen Seite die Konturierung sozialer Gruppen entlang der Achse Eigentum, vor allem die Vergrößerung der Gruppen der Unternehmer, der Manager und der Freiberufler

einerseits und die stabile Existenz nicht benötigter Arbeitskraft andererseits. Damit hängen Differenzierungen in Soziallagen und Lebenschancen zusammen. Dabei wird nicht allein die Zuweisung beziehungsweise die Erreichbarkeit eines Platzes im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß durch sozialökonomische Faktoren bestimmt, sondern gerade auch die Verweigerung eines Platzes, das Fehlen dieser Option.

Insgesamt ist die Sozialstruktur in Deutschland wie in anderen Ländern, die zu den kapitalistischen Metropolen gehören, in den letzten Jahrzehnten komplizierter geworden. Als größtes Problem erweist sich dabei die breitere Verteilung sozialer Benachteiligungen, sozialer Einschnitte und sozialer Risiken. Mit Ausnahme der kleinen Gruppe der wirklich Reichen sind nahezu alle betroffen. Für eine wachsende Zahl von Menschen sind die eigenen Soziallagen widersprüchlich: Man kann Arbeitsloser sein und Hausbesitzer und Vermieter, man kann eine gut bezahlte Stellung haben und an einer chronischen Krankheit leiden, man kann hochqualifiziert sein und ein niedriges Einkommen haben, man kann einen relativ gut bezahlten Zeitjob haben und zugleich nicht wissen, was im nächsten Jahr wird. Derartige inkonsistente Soziallagen entwickeln sich in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend zur Normalität.

Zugleich ist die gesellschaftliche Verteilung sozialer Probleme und sind soziale Disparitäten in der Wohlstandsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland so angelegt, daß sie die verschiedenen sozialen Gruppen auf jeweils spezifische Weise betreffen. Dies orientiert diese Gruppen auf jeweils spezifische (meist Verteidigungs- und Anpassungs-)Strategien und wirkt zugleich abschottend gegenüber anderen Gruppen. Die Gesellschaft erscheint gleichsam in eine Vielfalt nebeneinander existierender Segmente zerlegt. Die Segmentierung bewirkt, daß sich kaum Gemeinsamkeiten erkennen lassen. Damit verstärken sich die Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit des Ungleichheitsgefüges in der Gesellschaft.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist zugleich eine reiche und eine arme Gesellschaft. Von 1991 zu 1996 ist das Bruttosozialprodukt um 22 Prozent gewachsen, auf stattliche 3,5 Billionen DM, noch schneller gewachsen, um 24 Prozent, ist der Staatshaushalt (rund 1,8 Billionen DM). Wesentlich schneller angestiegen sind soziale Risiken und Armut. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 60 Prozent und die der Sozialhilfeempfänger gar um 90 Prozent. Beide Gruppen zusammen machen etwa zehn Prozent der Bevölkerung aus, mehrheitlich Frauen, Kinder und Jugendliche.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine zunehmend sozial ungerechte Gesellschaft. Lohnsteuern und verbrauchsbezogene Steuern machen mehr als drei Viertel des Steueraufkommens aus. Das Kapital hat sich aus der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend verabschiedet.

Die Wohlstandsmoral und die Geste der Solidarität mit den sozial Schwachen in einem sozialstaatlich verfaßten Kapitalismus sind zunehmend verlogen geworden. Sie ist zu einer Solidarität der »Nicht-Habenichtse« unter sich verkommen. Nicht Armut und Arbeitslosigkeit werden bekämpft, sondern die Armen und die Arbeitslosen.

Aber dieses Ergebnis ist gesellschaftspolitisch bemerkenswert folgenlos: Die zu konstatierende Reproduktion von Klassengesellschaft ist nicht mit einer erkennbaren Belebung von »Klassenhandeln« verbunden. Auch eine aktualisierte Klassenanalyse kann die Erklärung des Verhaltens kollektiver Akteure nicht leisten. Eher kann sie das Gegenteil nachweisen. Sie kann zeigen und erklären, warum die vielfältigen Differenzierungen, politischen Überformungen und so weiter in den sozialen Strukturen Barrieren und Blockaden gegen vereinheitlichende und vereinende Tendenzen errichten und Solidarisierung erschweren. Die gegenwärtige Situation erscheint strukturell jener vergleichbar, die Karl Marx im »18. Brumaire« für die französischen Parzellenbauern beschrieben hat: Wie »ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet«<sup>8</sup>, so sind die Angehörigen der verschiedenen Lohnarbeitergruppen in ihren jeweiligen Zwängen, in ihren Besitzständen und Lebensstilen, in ihren sozialen Problemen und Ängsten weitgehend atomisiert und regelrecht festgekettet. Sie bilden in den kapitalistischen Metropolen weitgehend eine »Klasse für andere«.

Klassenhandeln läßt sich hingegen auf der anderen Seite feststellen. Unter den Stichworten Standortsicherung, Wettbewerbsfähigkeit, Steuersenkung, Abbau der Sozialsysteme, Deregulierung, Produktivität, Flexibilisierung, Globalisierung und so weiter wird ein forciertes neoliberales Umbauprojekt betrieben. Die Dominanz des Kapitals (insbesondere des internationalen Finanzkapitals) innerhalb der bestehenden sozialökonomischen Verhältnisse wird noch weiter verstärkt.

#### *Zu methodologischen Aspekten von Klassentheorie und Klassenanalyse*

Wenn es nicht an der Wirklichkeit liegt, daß bisher mit der Klassentheorie zwar die Ausdifferenzierung von Klassenverhältnissen richtig erfaßt, aber das Handeln kollektiver Akteure nicht schlüssig erklärt werden kann, dann liegt es – der Schluß sollte naheliegen – an der Theorie, und zwar an ihrer Struktur, an ihrem Aufbau, an der Klassentheorie als Methodologie.

Die methodologische Struktur der Klassentheorie zeigt sich in ihrer Begrifflichkeit. Bei näherer Betrachtung lassen sich zwei Arten von Begriffen unterscheiden: erstens Begriffe, die die Strukturiertheit der Gesellschaft bezeichnen; und zweitens Begriffe, die Vorgänge der sozialen Strukturierung, der Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Struktur beschreiben. Entsprechend ließen sich innerhalb der Klassentheorie zwei Ebenen ausmachen – eine morphologische Ebene (bezogen auf die Gestalt der Klassenlandschaft) und eine genetisch-dynamische Ebene (bezogen auf die Vorgänge der Klassenstrukturierung), die genau zu unterscheiden wären, bisher aber nicht unterschieden werden.

Die morphologische Ebene der Klassentheorie beschreibt die Rasterung, die Teilung der Gesellschaft, die Gruppen, die gebildet sind. Die entsprechenden Begriffe sind: soziale Unterschiede, soziale Ungleichheit, Gruppen, Schichten, Klassen, Fraktionen u.ä.

Die genetisch-dynamische Ebene der Klassentheorie bildet sich ab in Begriffen wie sozialer Konflikt, soziale Interessen, soziale Wider-

8 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 198.



sprüche, soziale Differenzierung, Abschließung, Segmentierung, Polarisierung, Marginalisierung, Mobilität, das heißt, sie bezeichnen Vorgänge, in denen sich Gruppen bilden, formieren und wirken.

Bisher wurde überwiegend der Ausgangspunkt auf die morphologische Ebene gelegt, auf die Teilung in Gruppen und so weiter und gefragt, wann die Klasse, die Gruppen und so weiter endlich ein gemeinsames (richtiges) Bewußtsein ausbilden und handeln. Um es mit Bourdieu zu formulieren, wurden konstruierte Klassen<sup>9</sup> gebildet und dann erwartet oder gar behauptet, daß sie sich wie wirkliche Klassen verhalten.

Von Bourdieu stammt auch der entscheidende Zugang, der Ansatz des sozialen Raumes<sup>10</sup>. Allerdings bildet nicht die Struktur der Akteure diesen sozialen Raum, sondern der soziale Raum wird gebildet durch ein riesiges Spannungsfeld verschiedener sozialer Konflikte und Formierungen.

Diese verschiedenen sozialen Konflikte und Formierungen sind nicht deckungsgleich (Lohnarbeit – Kapital, Mensch – Umwelt, Frauen – Männer, Generationen und so weiter). Sie bilden die verschiedenen Säulen und Träger, um im Bild zu bleiben. Die realen gesellschaftlichen Akteure verhalten sich (oder verhalten sich nicht) zu diesen verschiedenen sozialen Konflikten und ihren jeweilig gegensätzlichen Polen. Sie tragen in unterschiedlicher Weise zur Austragung und zur Lösung oder Nichtlösung dieser Konflikte bei. Die Zuordnung zu sozialstatistischen Gruppen erscheint als das, was sie real ist, sie sagt etwas über Wahrscheinlichkeiten des Verhaltens. Aber entscheidend ist nicht die statistische Zuordnung, entscheidend ist das reale soziale Verhalten. Das muß nicht unabhängig von jeweils eigener Betroffenheit der Konflikte sein, hängt aber auch nicht unmittelbar damit zusammen. Das gilt auch und gerade für die sozialökonomische Dimension. Der Klassenkonflikt bildet nach wie vor eine wesentliche Dimension im gesellschaftlichen Raum der sozialen Konflikte, aber weder über noch einfach neben anderen Konflikten, sondern in konkreten Relationen zu ihnen. Wesentliche soziale Ungerechtigkeiten und tiefgreifende Unterschiede sowohl in den Lebenschancen als auch in den Möglichkeiten, gesellschaftlich aktiv zu werden, sich solidarisieren zu können und so weiter, sind damit verbunden. Veränderungen in einer der Konfliktlinien läßt andere nicht unbeeinflußt, und umgekehrt, Veränderungen oder gar Lösungen eines Konfliktes sind kaum möglich, ohne das Verflochtensein mit anderen zu beachten.

Ich sehe hier auch einen möglichen Zugang zum Verhältnis von Klassen- und Geschlechterfrage. In dem Raum der sozialen Konflikte kann unterschieden werden zwischen den Strukturen von Herrschaft und Macht und den Prinzipien von Herrschaft und Macht. Zu den Prinzipien von Herrschaft gehören unter anderem der Zentralismus (die oben haben immer das Sagen), die Umwandlung von Herrschaft in Gewalt und eben auch das Prinzip des Patriarchats. Herrschaftsstrukturen können sich historisch wandeln. Herrschaftsprinzipien haben eine bemerkenswerte Kontinuität und Beharrungskraft. Es genügt eben nicht, den Konflikt um die Strukturen auszutragen, auch der Konflikt um die Herrschaftsprinzipien gehört auf die Tagesordnung, sonst ändert sich nichts Wesentliches.

9 Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M. 1982, S. 176.

10 Ebenda, S. 182.

Vor diesem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung und mit diesen methodologischen Instrumentarien sollen nun einige Aspekte der neueren sozialökonomischen und technologischen Entwicklungen in den kapitalistischen Metropolen in bezug auf ihre Wirkungen für die Klassenformierung betrachtet werden.

### *Bewegung in der Klassenlandschaft*

In den kapitalistischen Metropolen sind am Ende dieses Jahrhunderts die Zauberwörter »Globalisierung«, »Standortsicherung«, »Fusion« und »Börsenkurs«. Die Redeweise unterstellt Autonomie von Wirtschaft, behauptet eine einseitige Abhängigkeitsbeziehung des Gesellschaftlichen von der Wirtschaft. Gemeint ist dabei aber nicht die ganze Wirtschaft, nicht die Gesamtheit der ökonomischen Beziehungen und Verhältnisse, gemeint sind die großen Kapitalgesellschaften, die die Reproduktion, die Distribution und die Finanzwelt beherrschen. Es handelt sich dabei um einen klassischen Fall von »gegenständlichem Schein«<sup>11</sup>, das Erstaunliche daran ist eigentlich nur, daß es noch funktioniert.

In der Tat gibt es eine Welle von Fusionen und Übernahmen, verstärkte Konzentrations- und Zentralisationsprozesse bei den großen Unternehmensgruppen, die insgesamt zu einer Stärkung des international agierenden Finanzkapitals führt. Sie werden gesteuert mit Strategien zur Effizienzsteigerung und bewirken strukturelle Veränderungen beim gesellschaftlichen Gesamtarbeiter. Vor allem sind sie verbunden mit einer gigantischen Vernichtung von Arbeitsplätzen. »Durch den zunehmenden Erfolgsdruck auf den Kapital- und Vermögensmärkten wird der Aktienwert zum wichtigsten Entscheidungskriterium für den Umbau von Unternehmensnetzen.«<sup>12</sup> Der Umbau der Unternehmenslandschaft realisiert sich in mindestens zwei Vorgängen:

Zum einen werden konsequent die technologischen Möglichkeiten genutzt, um Managementhierarchien zu reduzieren, damit werden ganze Leitungsebenen eingespart und das entsprechende Personal »freigesetzt«. Damit gehen aber auch Kompetenzgewinne auf mittleren bis unteren Hierarchieebenen einher. Das heißt, es kommt intern in den Unternehmen zu einer Umverteilung von (nachgeordneten) Kompetenzen, dabei gibt es Gewinner und dabei gibt es Verlierer (solche, die alles verlieren, und solche, die an Positionen verlieren).

Zum anderen geht mit den Zentralisationsprozessen eine »Verschlankung« der Unternehmen einher, ein Rückbau der Unternehmensstruktur auf jene Bereiche, von denen zu erwarten ist, daß sie den Zielen der Steigerung von Aktienwerten und -erträgen am effektivsten entsprechen. Dabei werden ganze Unternehmensbereiche und eine Vielfalt produktiver Dienstleistungen ausgegliedert oder ihre Ausgliederung in Aussicht gestellt. Das produziert unmittelbar einen immensen Leistungsdruck, hebt damit also auch partielle Kompetenzgewinne wieder auf oder kombiniert sie mit wachsenden sozialen Risiken.

Diese Entwicklungen haben natürlich Konsequenzen für den Raum der sozialen Konflikte in den kapitalistischen Metropolen. Teils werden bestehende Konfliktlinien verstärkt oder umgebaut,

11 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 88.

12 Joachim Bischoff: Konzentrationsprozesse im Übergang zum 21. Jahrhundert, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 39/1999, S. 53.

teils entstehen neue. Eindeutige Gewinner an Machtpositionen sind das große (internationalisierte) Finanzkapital und die mit ihm verflochtenen anderen großen Kapitalgruppen. Konzentrationsprozesse und gewachsene Flexibilisierungspotentiale der großen Kapitalgruppen bewirken zum Teil ganz unmittelbar Existenzgefährdung für die verbliebenen Reste der traditionellen Mittelschichten im Einzelhandel, der Gastronomie und anderen verbrauchernahen Dienstleistungen; Einkaufszentren lassen Innenstädte veröden, die Restaurantketten vertreiben Gastwirte, wo früher ein Lebensmittelladen war, ist jetzt eine Videothek. Das hat natürlich seinerseits Wirkungen auf die Beschäftigtenstruktur. Zusammen mit den zunehmenden Risiken von lohnabhängigen leitenden Angestellten und Spezialisten in den großen Wirtschaftsunternehmen bedeutet das eine qualitativ neue Situation in der Verteilung von Lebenschancen in den modernen kapitalistischen Gesellschaften: Vor allem die Gruppen in Mittelschichtlagen, auf denen die soziale und politische Stabilität in diesen Ländern im letzten halben Jahrhundert beruhte, schmelzen ab und sind zunehmend sozial gefährdet.

Die vielfältigen und komplexen Reproduktionsprozesse im modernen Kapitalismus der Gegenwart haben ihre Basis in revolutionären Entwicklungen der Produktivkräfte. Das tritt in der Telekommunikation, in den Börsengeschäften, in der Logistik der Zulieferungswirtschaft bis zum Internet-Shop alltäglich in Erscheinung. Vor allem sind es die Informations- und Kommunikationstechnologien, die den Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt erst möglich machen. Stichworte sind: Globalisierung, Share-Holder-Kapitalismus, Flexibilisierung. Diese Technologien sind in der Gesellschaft allgegenwärtig, sie werden in allen produktiven und nichtproduktiven Bereichen wirksam und ermöglichen jeweils Effektivität und effektive Vernetzungen. Sie bewirken ein historisch qualitativ neues Niveau der Vergesellschaftung. Vergesellschaftung ist auf diese informationellen Beziehungen nicht zu reduzieren, sie findet nach wie vor in den Beziehungen zwischen den Menschen statt. Aber gerade in den für Wertschöpfung relevanten Bereichen sind die Informations- und Kommunikationstechnologien heute schon nicht mehr wegzudenken, zur universellen Vermittlung von Tauschwert und Geld ist die Vermittlung durch elektronische Kommunikation getreten. Die Gesellschaften in den kapitalistischen Metropolen befinden sich im Übergang vom Kapitalismus als Industriegesellschaft zum Kapitalismus als Informationsgesellschaft.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien sind Produktivkraft, Produktionsmittel, Arbeitsmittel, Konsumgut und Kulturtechnik zugleich. Allein schon diese Qualität produziert neue soziale Ungleichheit, sie spaltet die Gesellschaft in solche, die über diese neue Kulturtechnik verfügen und sie beherrschen, und solche, die davon ausgeschlossen sind. Mit diesen Technologien ist ein neuer Typ Arbeit verbunden, der heute bereits nahezu überall anzutreffen ist, in Produktion, Distribution, Zirkulation und Dienstleistungen, in Kraftwerken, in militärischen Stäben, in staatlichen Verwaltungen, in Banken, in den Medien, in den Wissenschaften, in den Redaktionen und Verlagen, in der Unterhaltungsindustrie, in den Künsten und so weiter. Dieser Typ Arbeit ist seinem Wesen nach

13 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592.

hoch vergesellschaftet und entspricht zum Teil der Vision von Karl Marx, daß ... die Schöpfung des wirklichen Reichtums ... abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie ...«<sup>13</sup>. Das Personal, das diesen neuen Typ Arbeit leistet, ist als solches heute nicht neu. Neu ist a) die Massenhaftigkeit, b) seine breite Verteilung in eigentlich alle Bereiche der Gesellschaft und c) damit verbundene Formwandlungen zuvor anders gestalteter Arbeitsfelder.

Diese Arbeitskräfte und ihre spezifische Kompetenz sind für den modernen Kapitalismus in seiner heutigen Phase unverzichtbar. So wie der Kapitalismus als Industriegesellschaft Industriearbeiter brauchte, so braucht der Kapitalismus als Informationsgesellschaft die Informationsarbeiter. Gemessen an der Realität ist das Wort »Informationsarbeiter« bisher aber eher Metapher als begriffliches Analyseinstrument.

In der heutigen Realität befinden sich die sozialen Träger dieses neuen Typs von Arbeit sozialökonomisch in sehr unterschiedlichen Lagen, sie sind teilweise Selbstständige (oft Scheinselbstständige), teilweise handelt es sich um Angestellte in Schaltstellen der Unternehmen, der Verwaltungen, in den Medien, in der Wissenschaft und in Kulturbereichen, dazu gehören aber auch Ingenieure und Arbeiter in der Entwicklung und Herstellung von hardware und software, in der computergestützten Produktion, in den Schalt- und Meßwarten der Energieerzeugung und -verteilung, in den Technikzentralen der Kommunikationsunternehmen und so weiter

Die Unverzichtbarkeit ihrer fachlichen Kompetenz ermöglicht ihnen sehr häufig Soziallagen in Mittelschichtenpositionen. Soweit sie wirtschaftlich aktiv sein können, gehören sie zu den wohlhabenden Teilen der Bevölkerung. Sie sind jedoch – anders als die traditionellen Mittelschichten – mit erheblichen sozialen Risiken behaftet, im Falle von Mißerfolgen droht schneller sozialer Abstieg.

Was sind die Merkmale dieser Gruppe?

*Erstens:* Ihre Ressource, die sie verwerten und die ihnen Positionen mehrheitlich in Mittelschichtpositionen ermöglicht, ist die Beherrschung der neuen, der modernen Kulturtechniken.

*Zweitens:* Eric O. Wright hat die Mittelschichten als »widersprüchliche Lagen innerhalb von Klassenbeziehungen«<sup>14</sup> charakterisiert. Das trifft für die Informationsarbeiter in gesteigertem Maße zu. Sie gibt es als Selbstständige, als Scheinselbstständige, als Freiberufler, als Angestellte und als white-colour-worker. Ein großer Teil lebt in Wohlstand, ein kleiner auch an der Armutsgrenze oder auch als Aussteiger, in selbstgewählten Nischen und so weiter.

*Drittens:* Sie sind in ihrer Arbeit autonom und zugleich in hohem Maße abhängig und entfremdet. Sie tragen mehrheitlich hohe soziale Risiken, wie sie die traditionellen Mittelschichten nicht kannten.

*Viertens:* Die Informationsarbeiter sind durch die Qualität ihrer Arbeitsmittel hoch vergesellschaftet (Informations- und Kommunikationstechnologien als geronnene komplizierte, wissenschaftliche Arbeit). Sie sind zugleich in höchstem Grade individualisiert. Die Individualisierung ist gruppenbildendes Merkmal, das ist ein Widerspruch in sich. Sie definieren ihren Lebensstil selbst und sie bestimmen weitgehend, was Mode ist in dieser Gesellschaft. Das heißt, ihre

14 Eric O. Wright: Was bedeutet neo und was heißt marxistisch in der neomarxistischen Klassenanalyse? In: Herrmann Strasser, John Goldthorp (Hg.): Die Analyse sozialer Ungleichheit. Kontinuität, Wandel, Erneuerung, Opladen 1985, S. 245.

Individualisierung realisiert sich als außerordentlich gesellschaftlich wirksam.

Die gemeinsamen Merkmale ihrer Stellung in den Reproduktionsprozessen und in der Beherrschung der neuen Kulturtechniken machen die Informationsarbeiter zu einer sozialen Gruppe oder auch zu einer möglichen Klassenfraktion innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, ihre Genese kann als Vorgang von Klassenformierung interpretiert werden. In der Verschränkung sozialökonomischer und kultureller Faktoren, darin, daß diese Klassenformierung kulturell vermittelt wird, liegt aktuell die Besonderheit der Informationsarbeiter. Vielleicht tritt hier eine neue Qualität in Erscheinung, in der sich Klassenstrukturierungen im 21. Jahrhundert – eben kulturell vermittelt – generell vollziehen werden, oder eben nicht vollziehen werden.

Im Kapitalismus als Informationsgesellschaft ist diese Gruppe an strategischen Positionen im Konflikt von Kapital und Arbeit verortet. Durch interne Konflikte ist diese Gruppe in sich selbst durch akute und latente Konflikte zerrissen und zerklüftet. Als Klassenfraktion ist diese Gruppe bisher nicht organisiert und in den traditionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung nicht erkennbar als spezifische Gruppe präsent.

Kapitalistische Globalisierung bedeutet eine fortwährende Steigerung sozialer Ungerechtigkeit. Das ist schon in der Alltagserfahrung angekommen. Die Preise im internationalen Ölgeschäft steigen scheinbar unaufhaltsam. Die Mineralölkonzerne nutzen den Trend, um die Preise für Treibstoffe, ohne die auch das neueste Auto sofort zu Schrott gerät, noch schneller in die Höhe zu treiben. Hält die Entwicklung an, könnte Autofahren in absehbarer Zeit zum Privileg von Gutbetuchten werden, wie am Anfang des nun zu Ende gehenden Jahrhunderts.

Globalisierter Kapitalismus bedeutet, daß nicht nur die Erträge gesellschaftlicher Arbeit den realen Wirtschaftskreisläufen in den nationalen Volkswirtschaften entzogen werden und in die virtuelle Sphäre der internationalen Finanzmärkte verschwinden, sondern auch, daß aus dieser Geisterwelt des sich selbst wertsteigernden Geldes ein gewaltsamer Druck in Richtung Profitsteigerung in der realen Wirtschaft ausgeübt wird, der letztlich permanenten Arbeitsplatzabbau bewirkt. Die Konsequenzen sind stagnierende Investitionen, was bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung die Reduzierung von Lohnarbeit zusätzlich beschleunigt, und defizitäre Staatskassen, die Einschränkungen in den Dienstleistungen für die Gesellschaft erzwingen. In einer Art diversifizierter Salamtaktik werden für Normalverdiener und kleine Leute die Steuern und Abgaben permanent erhöht. Immer mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit bleibt in den reichen kapitalistischen Metropolen ungetan.

In den Zentren des Kapitalismus, die noch vor kurzem von ihren Apogeten als »Wohlstandsgesellschaften« etikettiert wurden, wächst der Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit. »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.«<sup>15</sup> Das schrieben vor mehr als einhundertundfünfzig Jahren Karl Marx und Friedrich Engels im

15 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 465.

»Kommunistischen Manifest«. Die Art und Weise, in der die Bourgeoisie von heute diese Revolutionierung betreibt, hat derart perverse Formen angenommen, daß die Notwendigkeit zur Veränderung der Gesellschaft immer dringender wird.

Gesellschaftlicher Fortschritt in Richtung auf Alternativen zum heutigen Kapitalismus mit seiner hochkomplexen Vergesellschaftung und seinen hochentwickelten Technologien ist wohl nur erreichbar, wenn seine Akteure in der Austragung wesentlicher gesellschaftlicher Konflikte auf einem vergleichbaren Vergesellschaftungs- und Technologieniveau agieren können. Erfolg im Kampf um Strukturen und Herrschaftsprinzipien und die für demokratische Gesellschaftsveränderung notwendige Hegemonie von Konzepten für gesellschaftliche Alternativen erscheinen aus dieser Sicht nur erfolversprechend, wenn sich Trägergruppen der heute modernsten Technologien, die Informationsarbeiter, real als Klassenfraktion formieren und sich als solche an den Auseinandersetzungen im gesellschaftlichen Raum der sozialen Konflikte aktiv beteiligen.

#### *Zusammenfassung*

Die Sozialstruktur in den Gesellschaften der kapitalistischen Metropolen sind in den letzten Jahrzehnten komplizierter geworden. An der Oberfläche erscheint eine nahezu unüberschaubare Vielfalt sozialer Differenzierungen. Zugleich nimmt der soziale Druck in der Gesellschaft zu. Als größtes Problem erweist sich dabei die breitere Verteilung sozialer Benachteiligungen, sozialer Einschnitte und sozialer Risiken. Mit Ausnahme der kleinen Gruppe der wirklich Reichen sind nahezu alle betroffen. Für eine wachsende Zahl von Menschen sind die eigenen Sozillagen widersprüchlich: Inkonsistente Sozillagen entwickeln sich in den kapitalistischen Metropolen zunehmend zur Normalität.

Die These vom Ende der Klassengesellschaft hat sich nicht bewahrheitet. Zugleich ist zur Kenntnis zu nehmen, daß sich mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus auch die Klassenstruktur verändert hat. Das stellt neue Fragen an die Klassentheorie und die Klassenanalyse.

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat einen neuen Typ von Arbeit in die Welt gesetzt, die Arbeit zur Produktion und Programmierung der Informations- und Kommunikationstechnologien, zu ihrem Betrieb und zu ihrer produktiven Nutzung. Dieser Typ Arbeit ist in allen Bereichen gesellschaftlicher Reproduktion auf dem Siegeszug. Diese Prozesse haben wiederum zur Formierung neuer sozialer Gruppen geführt, die in die aktuelle Klassenanalyse einzu beziehen sind.

KLAUS KOCK

## Zwischen Markt und Organisation. Arbeitsverhältnisse im flexibilisierten Kapitalismus

Die Auffassung, daß sich im Arbeitsverhältnis tiefgreifende Veränderungen vollziehen, ist inzwischen Allgemeingut. Zumeist werden die Umgestaltungen als Erscheinungsformen einer Erosion des Normalarbeitsverhältnisses interpretiert. Bei näherem Hinsehen erweist sich jedoch der Begriff des ›Normalarbeitsverhältnisses‹ als recht schillernd und unbestimmt. Während die einen auf die weite Verbreitung bestimmter Merkmale von Arbeitsverhältnissen (auf das Normale) abheben, beziehen sich die anderen auf die bislang mit dem Arbeitsverhältnis verbundenen Schutzregelungen (auf ›Normen‹). Beide Richtungen wollen das Normalarbeitsverhältnis eher verteidigen, während feministische Kritikerinnen es in Frage stellen wegen seiner inhärenten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, bei der Männer durch bezahlte Erwerbsarbeit die Familie ernähren, während (Ehe)Frauen durch unentgeltlich geleistete Haus- und Familienarbeit die Arbeitsmarktverfügbarkeit der Männer gewährleisten (vgl. Wagner 2000). Der Begriff des ›Normalarbeitsverhältnisses‹ zwingt also sehr verschiedene, widersprüchliche Aspekte der Arbeit zusammen und scheint daher für politisches Handeln wenig geeignet.

Im folgenden soll ein anderes Interpretationsraster für die Entwicklungen im Arbeitsverhältnis vorgeschlagen werden. Es soll gezeigt werden, daß eine der wesentlichen Veränderungen in einem Formwechsel der Regulierung von Arbeit zu suchen ist, im Übergang von sozialen Übereinkünften zu marktförmigen Zwängen.

Der Lohnarbeit ist eine strukturelle Widersprüchlichkeit inhärent: Der Unternehmer kauft Arbeitskraft zunächst wie andere Waren auch auf dem Markt. Aber »die eigentümliche Natur dieser spezifischen Ware, der Arbeitskraft, bringt es mit sich, daß mit der Abschließung des Kontrakts zwischen Käufer und Verkäufer ihr Gebrauchswert noch nicht wirklich in die Hand des Käufers übergegangen ist« (Marx 1975: 188). Dieser Übergang vollzieht sich erst in der Produktion selbst, hier zeigt sich zum einen, daß die formale Freiheit und Gleichheit der Warenbesitzer ein Herrschaftsverhältnis beinhaltet, das den Unternehmer berechtigt, dem Arbeiter Anordnungen zu erteilen und sich seine Mehrarbeit anzueignen. Daß der Arbeitsvertrag inhaltlich unbestimmt ist, eröffnet dem Unternehmer die Chance der Bestimmbarkeit. Andererseits birgt diese Offenheit aber auch das Risiko, daß die Arbeitenden einen eigenen Sinn mit der Arbeit verbinden, der sich von dem der Wertproduktion unterscheidet (Berger/Offe 1984: 91f.). Arbeit ist immer subjektive Praxis, die gekaufte Ware Arbeitskraft ist nicht von der Person zu trennen, das



Klaus Kock, Jg. 1956, Dr. rer. soc., wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund; wichtigste Veröffentlichungen: Die austauschbare Belegschaft – Flexibilisierung durch Fremdfirmen und Leiharbeit, Köln 1990; Zur Soziologie des betrieblichen Arbeitsmarkts, München und Mering 1994; (Hg.) Bausteine für eine gewerkschaftliche Regionalpolitik – Erfahrungen und Beispiele aus dem östlichen Ruhrgebiet, Münster 1997. Dr. Klaus Kock, Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund, Evinger Platz 11 44339 Dortmund  
Tel.: 0231-7285787, E-Mail: kock@sfs-dortmund.de  
Vortrag im Rosa Luxemburg Club Dortmund/Bochum am 4. Oktober 2000 (überarb.).

heißt, ohne Zutun der Beschäftigten kann sie nicht in Arbeit umgesetzt werden. Dieses Problem der Umwandlung von Arbeitskraft in konkrete Arbeit wird in der Industriosozologie als Transformationsproblem bezeichnet (vgl. Wehrsig 1993). Es muß immer auf irgendeine Art und Weise ein Einverständnis erzielt werden, damit die Arbeitenden ihre subjektiven Fähigkeiten im Sinne des Unternehmens einsetzen. Da diese Mitwirkung für den Unternehmer nie ganz sicher ist, bildet sie für die Arbeitenden eine Quelle von Macht. Im Laufe der Zeit lassen sich verschiedene Lösungen des Transformationsproblems feststellen, die Verausgabung der Arbeitskraft wird auf verschiedene Weise reguliert.

Im folgenden wird zunächst gezeigt, daß der Arbeitsprozeß politische Übereinkünfte zwischen Management und Beschäftigten erfordert. Die bislang in Deutschland vorherrschende Form der Regulierung von Arbeit – so wird im zweiten Abschnitt argumentiert – war eng an den Betrieb gebunden. Schließlich wird – drittens – das Wesen neuer Regulierungsformen analysiert, die sich dadurch auszeichnen, daß sie betriebliche Zusammenhänge zugunsten marktförmiger Beziehungen auflösen.

#### *Der Arbeitsprozeß als politische Arena*

Schon *Marx* analysierte den Übergang vom Handwerk zur Manufaktur als machtpolitischen Prozeß. Die Arbeit der Handwerker wird so weit spezialisiert, daß sie erst im Zusammenhang mit anderen, ebenfalls spezialisierten Teilarbeiten etwas Sinnvolles herstellen kann. Durch Organisierung der Arbeit wird der einzelne Handwerker nicht nur formal über den Lohn, sondern auch real, was den Inhalt seiner Tätigkeit betrifft, vom Unternehmen abhängig. Ein weiterer Schritt wird im *Taylorismus* vollzogen. Hier werden mittels wissenschaftlicher Methoden die einzelnen Arbeitsgänge analysiert, in ihre Bestandteile zerlegt und wieder neu zusammengesetzt. Die daraus resultierenden (neuen) organisatorischen Zwänge führen jedoch in ein neues Dilemma: Die Ingenieure im Planungsbüro sind nicht in der Lage, dem Arbeiter beziehungsweise der Arbeiterin alles vorzuschreiben. Wenn sie es dennoch versuchen, geht es regelmäßig schief. Arbeit nach Vorschrift wird zur Widerstandshandlung. Auch die tayloristisch organisierte Produktion funktioniert nur, wenn irgendeine – oft stillschweigende – Übereinkunft getroffen wird, daß die Arbeitenden ihre Fähigkeiten im Sinne des Unternehmens anwenden.

Auch durch Maschinisierung und Automatisierung – so zeigt sich im Verlauf der Industriegeschichte – ist das Dilemma nicht auflösbar. Zwar können Maschinen so konstruiert werden, daß sie bestimmte Handlungen der Arbeitenden herausfordern oder andere Handlungen ganz ersetzen, aber es bleiben doch immer menschliche Handlungen notwendig, die ein Mitdenken erfordern. Kann also das Handeln der Arbeitenden nicht durch Organisierung und Technisierung programmiert oder ersetzt werden, bleibt nur der Weg über die direkte Interaktion, Personalführung genannt. Schon *Taylor* hatte solche Methoden entwickelt: Auswahl der geeigneten Arbeiterinnen und Arbeiter, wissenschaftliche Begründung der Vorgaben, Prämienlohnsystem. *Henry Ford* ergänzte dies durch eine »Lebensführungs-

»Die wissenschaftliche Arbeitsorganisation ... bemüht sich, den Arbeiter in ein unentrinnbares Netz einzuspannen, aus dem er nicht mehr heraus kann und das ihn zu optimaler Ausnutzung der Maschinen und zu größerer Produktion zwingt.«

Georges Friedmann:  
Der Mensch in der mechanisierten Produktion, Köln 1952, S. 363.

»Selbst wenn die Arbeit streng fremd geregelt ist, kann sie mit Sorgfalt ausgeführt werden – oder auch nicht.«

Georges Friedmann: Der Mensch in der mechanisierten Produktion, Köln 1952, S. 356.



prämie«. Wie unter anderem *Max Weber* nachwies, konnte damit das Phänomen des ›Bremsens‹, das heißt, der Leistungszurückhaltung jedoch nicht überwunden werden.

Ab etwa Ende der zwanziger Jahre – nach den berühmten Studien in den Chicagoer Hawthorne-Werken – wurden die tayloristischen Methoden durch einen menschlichen Umgang mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in der Annahme ergänzt, ein in seiner Würde ernst genommener Mensch sei zu größeren Leistungen bereit. Aber auch das hat Grenzen, zumal sich an der tayloristischen Arbeitsteilung, am Spannungsverhältnis zwischen Planung und Ausführung, nichts änderte, weil weiter an der Leistungsschraube gedreht wurde und jede Lohnverhandlung zeigte, daß die Gegensätze keineswegs beseitigt waren. Es folgt die Zeit der ›Motivationstechniken‹. Das Management hat nunmehr eingesehen, daß an der Arbeit selbst etwas geändert werden muß, um sie für die Arbeitenden interessanter zu machen. Die Arbeit wird jetzt angereichert, um sie abwechslungsreicher zu machen, um Chancen zur Selbstverwirklichung zu bieten. Diese Art ›Humanisierung der Arbeitswelt‹ bleibt jedoch vielfach oberflächlich und halbherzig, weil das Management nicht bereit ist, wirkliche Entscheidungsspielräume zu schaffen. Schließlich versucht man es mit der Schaffung einer ›Corporate Identity‹, mit »symbolischem Management« (Neuberger/Kompa 1993). Es wird versucht, das erforderliche Mindestmaß an Sicherheit und Kontinuität subjektiver Beiträge der Beschäftigten auf einer übergeordneten Ebene der Werte und Normen zu gewährleisten. Manche Versuche des Managements, solche Werte von oben vorzugeben, sind kläglich gescheitert. Sie sind nur dann erfolgreich, wenn die Interessen der Beschäftigten ernsthaft aufgegriffen werden, das heißt, wenn verbindliche Vereinbarungen und Übereinkünfte getroffen werden.

Fazit: Jeder Erlaß einer Arbeitsordnung – so schrieb schon *Karl Korsch* 1922 – zeigt, daß der Arbeitgeber »... im ›freien Arbeitsvertrag‹ doch eine Ware von ganz besonderer Beschaffenheit gekauft hat, eine Ware nämlich, zu der er unvermeidlich in bestimmten gesellschaftlichen Beziehungen steht, und denen gegenüber eine politische Betrachtung auf die Dauer nicht mehr abgelehnt werden kann« (Korsch 1968: 34). So läßt sich die Geschichte der Arbeitsverhältnisse als politische Geschichte der Regulierung von Arbeit lesen.

### *Regulierung von Arbeit im Betrieb*

Die Probleme des Managements sind zugleich Machtquellen der Beschäftigten. Die Managementkontrolle des Arbeitsprozesses ist unvollständig, immer üben auch die Arbeitenden eine gewisse Kontrolle über die betrieblichen Strukturen und Prozesse aus (vgl. Frerichs 1992). Damit wird gleichzeitig auch die Wirkung der Marktgesetze eingeschränkt. Denn je mehr jemand das eigene Arbeitshandeln selbst steuern kann, desto schwieriger ist es, ihn beziehungsweise sie zu ersetzen. Der Betrieb erhält eine Leistung, von der das Management nicht genau sagen kann, wie sie zustande gekommen ist. Was nicht berechnet und vorbestimmt werden kann, gilt als individuelle Leistung der Arbeitenden und wird ihrer Persönlichkeit zugeschrieben. Im Arbeitsprozeß sammelt sich Erfahrungswissen an, es entstehen

»Der interne Arbeitsmarkt (ist) eine administrative Einheit, wie z.B. eine Fabrik, in der Entlohnung und Allokation von Arbeit durch eine Reihe von administrativen Regeln und Prozeduren reguliert werden. (Dieser) ... interne Arbeitsmarkt ist zu unterscheiden vom externen Arbeitsmarkt der konventionellen ökonomischen Theorie, wo Entlohnungs-, Allokations- und Ausbildungsentscheidungen direkt durch ökonomische Variablen beherrscht werden.«  
 Peter B. Doeringer, Michael J. Piore: *Internal Labor Markets and Manpower Analysis*, Lexington/Mass. 1971, pp. 1f. (Übersetzung – K.K.).

persönliche Beziehungen und Fähigkeiten, sich in den betrieblichen Strukturen zurechtzufinden. Als Mitglieder der betrieblichen Organisation gewinnen die Beschäftigten also Vorteile gegenüber den Außenstehenden.

Allerdings werden die Marktkräfte nie ganz ausgeschaltet, die Entlassungsdrohung steht immer im Hintergrund. Die Beschäftigten wissen nie, ob der Unternehmer nicht doch das Risiko eingeht, jemanden zu entlassen und dafür jemanden Neues einzustellen, der dann zwar eingearbeitet werden muß, aber vielleicht mehr leistet. Der Unternehmer kann auch den Arbeitsprozeß umstrukturieren, um sich von einer bestimmten Gruppe Arbeiter unabhängig zu machen. Technische Rationalisierung ist eine weitere Möglichkeit, die Machtverhältnisse zu verändern. Dieses Zusammenwirken von ökonomischen und sozialen Beziehungen wird als betriebsinterner Arbeitsmarkt bezeichnet. Die Verbindung von innen und außen bleibt jedoch immer bestehen, deswegen der Ausdruck interner Markt. Die Konkurrenz wirkt in den Betrieb hinein, die Reservearmee der Arbeitslosen übt Druck aus auf die Beschäftigten. Aber letztere nutzen ihre Vorteile in der Konkurrenz, indem sie bestimmte Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber treffen, die sie vor dem Austausch schützen sollen. Dies können explizite Vereinbarungen sein, zum Beispiel, daß niemand entlassen wird, der seit mehr als zehn Jahren im Betrieb beschäftigt ist; es können aber auch implizite Übereinkünfte sein, zum Beispiel, daß es moralisch unzulässig ist, einen Familienvater ohne gewichtigen Grund zu entlassen. Der Arbeitgeber weiß, daß er Ärger bekommt, wenn er es dennoch tut.

Interne Arbeitsmärkte zeichnen sich durch eine Reihe typischer Merkmale aus. Da wäre zunächst die *betriebspezifische Qualifizierung*: Wer sich im Betrieb einarbeitet, gewinnt bestimmte spezifische Kenntnisse und Erfahrungswissen, die ihn beziehungsweise sie in die Lage versetzen, sich von Außenstehenden abzugrenzen. Betriebliche Qualifizierungsprogramme verstärken diese Tendenz. Das Unternehmen gewinnt eingearbeitete Leute, die Beschäftigten mehr Sicherheit vor dem Austausch. Ferner gibt es spezifische *Mobilitäts- und Aufstiegsmuster*: In gewisser Weise wird geregelt, wer wann auf welchen Wegen betriebliche Karriere machen kann. Für das Unternehmen bildet dies ein Mittel, zu mehr Leistung anzureizen. Für die Beschäftigten ergibt sich die Möglichkeit, sich im Betrieb zu verbessern, um wiederum mehr Sicherheit durch Unentbehrlichkeit zu gewinnen. Nicht selten werden besondere *betriebliche Sozialleistungen* vereinbart: Der Betrieb fördert damit die Loyalität der Beschäftigten, diese wiederum gewinnen mehr Existenzsicherheit zum Teil über das Arbeitsleben hinaus. Befristet Beschäftigte sind meistens hiervon ausgeschlossen, was den sogenannten Stammbeschäftigten zeigt, daß sie selbst mehr Sicherheit genießen als die Außenstehenden. Auch die *betriebsbezogene Interessenvertretung* prägt interne Arbeitsmärkte: Der Betrieb erhält mehr Planungssicherheit, wenn er mit einem Betriebsrat Regeln aushandelt, an die sich dann alle halten. Zudem wird ein Betriebsrat immer zuerst die Interessen der betrieblich Beschäftigten vertreten, daher tendenziell den Betrieb in der Konkurrenz unterstützen. Die Beschäftigten gewinnen durch eine Interessenvertretung größeren Einfluß auf betriebliche Planungs-

prozesse und die Sicherheit, daß der Betriebsrat ihre Interessen am Schutz vor Entlassung wirksam vertreten kann. Schließlich bildet sich eine *Corporate Identity* heraus: Eine eingeschworene betriebliche Gemeinschaft zeigt mehr Leistungswillen als versprengte Individuen. Den Beschäftigten gibt diese Gemeinschaft das Gefühl, dazu zu gehören, während andere draußen bleiben.

Diese Merkmale lassen sich in beinahe allen deutschen Betrieben in mehr oder weniger starker Ausprägung finden. In fast allen Betrieben gibt es jedoch auch so etwas wie eine Randbelegschaft, die von vielen dieser Vorteile ausgeschlossen ist. Dazu zählen vor allem befristete Beschäftigte, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie oft auch Teilzeitbeschäftigte. Wer in diese Randbelegschaft gedrängt wird beziehungsweise wer in ihr verbleibt, ist nicht an den Merkmalen der betreffenden Personen abzulesen, sondern Ergebnis politischer Prozesse im Betrieb. Es gibt Betriebsräte und Belegschaften, die versuchen, möglichst alle einzubeziehen. Es gibt andere, die vom Arbeitgeber geradezu fordern, Neueinstellungen nur befristet vorzunehmen, um sich selbst vor deren Konkurrenz zu schützen.

Der betriebsinterne Arbeitsmarkt stellt also eine widersprüchliche Form der Regulierung von Arbeit dar im Zusammenwirken von Gesetzen des Marktes mit sozialen Handlungen und Vereinbarungen. Die Einbindung der Arbeitenden in den betrieblichen Sozialzusammenhang entsteht einerseits aus dem Bestreben der Beschäftigten, sich vor den Unsicherheiten des Arbeitsmarkts zu schützen, andererseits aus dem Bestreben des Arbeitgebers, eine kontinuierliche betriebliche Leistung sicherzustellen (vgl. ausführlich hierzu Kock 1994).

### *Zurück auf den Markt?*

Der interne Arbeitsmarkt, der sich durch eine relativ starke soziale Einbindung der Beschäftigten in die betriebliche Organisation auszeichnet, ist jedoch keineswegs die einzige Regulierungsform von Arbeit. *Manuel Castells* zeigt in seiner Studie *The Rise of the Network Society* (vgl. Castells 1996: 215ff.) zwei Entwicklungspfade in die Dienstleistungsgesellschaft auf. Während sich deutsche und japanische Betriebe eher intern verändern, indem bestehende Beschäftigungsverhältnisse umstrukturiert werden, tendieren US-amerikanische Unternehmen dazu, den Weg über den Arbeitsmarkt einzuschlagen, indem sie überkommene Arbeitsplätze abbauen und an anderer Stelle neu aufbauen.

Vor allem befristete und externalisierte Arbeitsverhältnisse unterliegen sehr viel stärker den Marktmechanismen als sozialen Aushandlungen und Vereinbarungen. Statt Abweichungen vom vermeintlich Normalen im Normalarbeitsverhältnis zu untersuchen, wäre es daher angemessener zu fragen, warum Beschäftigungspraktiken sich von sozialen Übereinkünften zu marktförmigen Tauschvorgängen entwickeln, unter welchen Umständen dies geschieht und wo die Grenzen solcher Praktiken liegen.

Gegenwärtig zu verzeichnende Prozesse der Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen sind als eine Verschiebung auf dem Kontinuum hin zu einer Stärkung des Marktelements in den Arbeitsbeziehungen zu interpretieren (vgl. Daheim 1992: 26), oder,

»Es gibt ein Kontinuum der organisatorischen Einbindung bei den Arbeitsverträgen: Von der lebenslangen Beschäftigung mit interner Beförderung über Beschäftigung in spezialisierten Arbeitsrollen mit der Erwartung kürzerer Dauer bis hin zu befristeten und externalisierten Beschäftigungsverhältnissen.«

Jeffrey Pfeffer, James N. Baron: *Taking the Workers Back Out: Recent Trends in the Structuring of Employment*; in: *Research in Organizational Behavior*. 1988, Vol. 10, pp. 297f., (Übersetzung – K.K.).

»Die mittels der Durchsetzung sozialer Bürgerrechte im Betrieb und institutionalisierter Systeme für Lohnersatzleistungen in den nationalen sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Regimen Westeuropas ausgebildeten Elemente der Dekommodifizierung in der Vergesellschaftung der Arbeitskraft werden zurückgedrängt. Der in der neoliberalen Reform bewirkte Abbau makroökonomischer Regulierungen zielt auf die Durchsetzung von Formen kapitalistischer Regulation und ›Verbetriebswirtschaftlichung‹ der sozialen Beziehungen und so auch auf die Re-Kommodifizierung der Arbeitskraft, die von ihren sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Regulationsmustern befreit werden soll ...«  
 Bernd Röttger: Neoliberale Globalisierung und europakapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster 1997, S. 182.

wenn man so will, als eine ›Wiederbelebung‹ des Warencharakters der Arbeitskraft. Die hohe Arbeitslosigkeit versetzt die Arbeitgeber in die Lage, aus einem vergrößerten Angebot an Arbeitskräften auszuwählen, die Konkurrenz der Anbieter kann genutzt werden zur allgemeinen Senkung der Lohn- und Beschäftigungsstandards. Zugleich geht von den Produktmärkten ein Flexibilisierungsdruck aus, der die bisherigen betrieblichen Strukturen als Hindernis der Produktion erscheinen läßt. Hierzu gehören auch und gerade die bisherigen Strukturen des internen Arbeitsmarkts. Was bislang als Garantie eines Interessenausgleichs zur Durchführung eines effizienten und konfliktfreien Arbeitsprozesses erschien, gilt jetzt als Hindernis der Verfügung über Arbeitskraft im Sinne einer kurzfristigen Anpassungsfähigkeit an die Veränderungen der Produktmärkte.

Die Dezentralisierung der Unternehmen schließt ihre Unterteilung in kleinere, überschaubare Einheiten ein, die nicht mehr so stark in eine hierarchisch koordinierte Struktur eingebunden sind, sondern als tendenziell eigenständige Akteure in vertrags- und marktähnlichen Beziehungen zueinander stehen. Die Steuerung der autonomen Subeinheiten erfolgt durch Strukturierung des wirtschaftlichen Kontextes, das heißt, es werden Rahmenvorgaben in Form von Budgets vereinbart und zugleich mittels Kennziffern die Leistungsfähigkeit der einzelnen Einheiten untereinander verglichen (vgl. Jäger 1999: 83ff.).

In zunehmendem Maße werden auch innerbetriebliche Funktionen per Werkvertrag an andere Firmen vergeben, deren Beschäftigte ebenfalls sehr viel stärker den Marktschwankungen ausgesetzt sind als die betriebliche Belegschaft (vgl. Kock 1990; 1993). Schließlich werden abhängig Beschäftigte zu Selbständigen gemacht; ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen bleiben damit gänzlich dem Markt beziehungsweise der individuellen Konkurrenz überlassen, was in der Regel eine Verschlechterung im Vergleich zum Beschäftigtenstatus mit sich bringt (vgl. Mayer/Paasch 1990).

*Castells* (1996: 164ff.) bezeichnet dies als »horizontales Unternehmen«, das sich von einer Bürokratie zum netzwerkförmigen Gebilde umgestaltet und dabei auch die Betriebsgrenzen überschreitet. Die neuen Informationstechnologien ermöglichen neue Formen der Koordinierung solcher dezentralen Einheiten. Zu konstatieren ist eine Auflösung betrieblicher Strukturen zugunsten einer prozeßorientierten Kooperation von flexiblen kleinen Einheiten. Im Endeffekt gäbe es dann keine dauerhafte Institution Unternehmen mehr, der Ort der Produktion wäre das zeitweilige Projekt, ein Knoten im Netz, der sich nach Abarbeitung seines Auftrags wieder auflöst (vgl. *Castells* 1996: 171ff.). Für die Beschäftigten bedeutet dies eine Auflösung sozialer Zusammenhänge beziehungsweise eine Individualisierung. Das Individuum hat es nicht mehr mit den direkten Vorgesetzten zu tun, sondern mit Sachzwängen. Auf der anderen Seite kann die oberste Führungsebene genaue ökonomische Vorgaben machen. »Konzentration der Macht ohne Zentralisierung« nennt *Richard Sennett* (1998: 69ff.) diesen Prozeß. Hierüber gewinnt im übrigen auch der Shareholder mehr Möglichkeiten, steuernd in das Unternehmen einzugreifen, eben weil es ökonomische Größen sind, die jetzt das Arbeitshandeln determinieren (vgl. Jürgens et al. 2000, 21f.).

Der historische Trend zur angestellten Arbeit im Betrieb und zur sozialen Vereinbarung der Beschäftigungsbedingungen kehrt sich wieder um (vgl. Castells 1996: 265). In Make-or-Buy-Analysen werden betriebliche Sozialbeziehungen einer konsequent ökonomischen Betrachtung unterzogen: Soll Arbeitskraft oder eine Dienstleistung beziehungsweise ein Produkt gekauft werden? Immer mehr Arbeitende werden offenbar aus dem internen Arbeitsmarkt ›herausgenommen‹, die sozialen Bindungen zwischen Betrieb und Beschäftigten lockern sich. In manchen Unternehmen wird heute bis hinunter zum einzelnen Arbeitsplatz eine Festlegung auf verlässliche Regeln über Arbeitsinhalt, -umfang und -zeit vermieden. Setzt sich diese Form der Regulierung von Arbeit durch, verringert sich der Schutz der Beschäftigten gegen die Konkurrenz. Denn dieser Schutz ergab sich gerade durch die spezifische Gestaltung der Strukturen des internen Arbeitsmarkts und seiner Abgrenzung nach außen. Tendenziell wird nun jede Leistung der Beschäftigten mit der Leistung externer Firmen und Arbeitskräfte verglichen. Das Handeln der Beschäftigten muß sich sehr viel stärker an spontan und unkontrolliert wirkenden Marktmechanismen orientieren. Worüber früher verhandelt und gestritten wurde, das erscheint nun einfach als ökonomische Tatsache. Boten die Strukturen bisher ein gewisses Maß an Sicherheit und Stabilität, so scheint es nun, als müßte für jede Arbeitsleistung ihre Überlegenheit gegenüber der Konkurrenz nachgewiesen werden.

Wie weit die Deregulierung der betrieblichen Sozialbeziehungen allerdings gehen kann, ohne daß sie die Effizienz in Frage stellt, ist noch offen. Vermutlich hängt dies einerseits von der eingesetzten Technologie und den zu erstellenden Produkten ab. Zur Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte mit flexiblen, kostenintensiven Maschinen könnte es auch betriebswirtschaftlich rational erscheinen, qualifizierte Beschäftigte stärker sozial zu integrieren. Dagegen könnten Unternehmen der Massenherstellung standardisierter Produkte und Dienstleistungen eher dazu tendieren, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für eine neue Variante des ›Heuerns und Feuerns‹ zu nutzen (vgl. Mahnkopf 1989: 30ff.).

Andererseits wird die Neustrukturierung der Arbeitsbeziehungen wesentlich vom Handeln der Beschäftigten sowie ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung abhängen. Denn auch die gegenwärtige Deregulierung findet ihre Grenze im sozialen Charakter der Arbeit, auch sie bleibt auf die Bereitschaft der Arbeitenden zum subjektiven Engagement angewiesen. Der Markt allein kann eine entsprechende Verausgabung von Arbeitskraft nicht gewährleisten, dazu ist eine soziale Praxis notwendig, in welcher die Arbeitenden Einfluß auf ihre Arbeit gewinnen können. Inwieweit das der Fall ist und inwieweit der Markt ihnen bestimmte Handlungsweisen zwanghaft aufnötigt, ist theoretisch nicht zu bestimmen, dies ist eine Frage der realen Auseinandersetzungen.

Eine Schließung des internen Arbeitsmarkts scheint jedoch unter den gegebenen Umständen höchst unwahrscheinlich. Damit sind heute und in Zukunft alle auf Sicherung der eigenen Position zu Lasten einer ›Randbelegschaft‹ abzielenden Handlungsweisen von Beschäftigten und Betriebsräten aussichtsloser denn je. So könnten die Deregulierungstendenzen der neuen Ökonomie der alten Erkenntnis

wieder zum Durchbruch verhelfen, daß Solidarität umfassend organisiert werden muß, wenn sie wirksam sein will.

#### Literatur

- Berger, Johannes/Offe, Claus (1984): Die Zukunft des Arbeitsmarktes, in: Offe, Claus (Hg.): Arbeitsgesellschaft, Frankfurt/New York 1984, S. 87ff.
- Castells, Manuel (1996): The Rise of the Network Society, Massachusetts and Oxford.
- Daheim, Hansjürgen (1992): Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft. Eine historisch-soziologische Skizze, in: Daheim et al. (Hg.), S. 11ff.
- Daheim, Hansjürgen/Heid, Hermann/Krahn, Karl (Hg.) (1992): Soziale Chancen. Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt/New York.
- Doeringer, Peter B./Piore, Michael J. (1971): Internal Labor Markets and Manpower Analysis, Lexington/ Mass.
- Frerichs, Joke (1992): Partizipation und Macht im Betrieb, in: Daheim et al. (Hg.), S. 252ff.
- Friedmann, Georges (1952): Der Mensch in der mechanisierten Produktion, Köln.
- Jäger, Wieland (1999): Reorganisation der Arbeit, Opladen/Wiesbaden.
- Jürgens, Ulrich/Rupp, Joachim/Vitolis, Katrin (2000): Corporate Governance and Shareholder Value in Deutschland, Discussion Paper des WZ Berlin für Sozialforschung FS II 00-202.
- Kock, Klaus (1990): Die austauschbare Belegschaft. Flexibilisierung durch Fremdfirmen und Leiharbeit, Köln.
- Kock, Klaus (1993): Deregulierung durch Fremdfirmenbeschäftigung – Probleme und Möglichkeiten kollektiver Interessenvertretung, in: WSI-Mitteilungen 9, 577ff.
- Kock, Klaus (1994): Zur Soziologie des betriebsinternen Arbeitsmarkts, München und Mering.
- Korsch, Karl (1968): Arbeitsrecht für Betriebsräte, Frankfurt/M.
- Mahnkopf, Birgit (1989): Die dezentrale Unternehmensorganisation – (k)ein Terrain für neue »Produktionsbündnisse«?, in: Prokla, Nr. 76, S. 27ff.
- Marx, Karl (1975): Das Kapital. Erster Band, Karl Marx, Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 23, Berlin/DDR.
- Mayer, Udo/Pasch, Ulrich (1990): Ein Schein von Selbständigkeit. Ein-Personen-Unternehmen als neue Form der Abhängigkeit, Köln.
- Neuberger, Oswald/Kompa, Ain (1993): Wir, die Firma, München.
- Pfeffer, Jeffrey/Baron, James N. (1988): Taking the Workers Back Out: Recent Trends in the Structuring of Employment, in: Research in Organizational Behavior. Vol. 10, pp. 257ff.
- Röttger, Bernd: Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster 1997.
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch, Frankfurt/M. und Wien.
- Wehrsig, Christoph (1993): Anmerkungen zu einer Theorie der Ware Arbeitskraft, in: Ganßmann, H./Krüger, S. (Hg.): Produktion Klassentheorie, Festschrift für Sebastian Herkommer, Hamburg, S. 175ff.
- Wagner, Alexandra (2000): Krise des »Normalarbeitsverhältnisses«? Über eine konfuse Debatte und ihre politische Instrumentalisierung, in: Schäfer, Claus (Hg.): Geringe Löhne – mehr Beschäftigung?, Hamburg.

## Das Argument

Zeitschrift für Philosophie  
und Sozialwissenschaften

### 236 Die Topographie des neoliberalen Staates

Beiträge von Mario Candeias,  
Joachim Hirsch, Bob Jessop,  
Markus Wissen

### 237 Philosophien der Extreme Totalitarismus der Mitte

Beiträge von Frigga Haug, Thomas  
Heinrichs, Susanne Lettow, Tilman  
Reitz, Yasushi Yamanouchi

### 238 Die Neue Ökonomie des Internet

Die Frage, was ist Realität und was Ideologie am »Hype« um das Internet, welche Konsequenzen hat es für die Veränderung von Arbeit, Ökonomie und Politikformen, von Subjekt- und Ideologieformen - dies sind die Leitfragen des Heftes, das in Zusammenarbeit mit der autonomen Frauenredaktion erstellt wurde.

**Es schreiben:** Robert W. McChesney,  
Frigga Haug, Raul Rojas, Saskia Sassen,  
Fanny-Michaela Reisin, Christof Ohm,  
Edeltraud Hanappi-Egger, W.F. Haug, Klaus  
Schönberger, Marisa Belausteguigoitia Rius,  
Johannes Moes, Ellen Balka, Elisabeth List,  
Mario Candeias, Ursula Huws, u.a.

Argument-Redaktion  
Reichenbergerstr.150  
10999 Berlin

T: 030-611 41 82  
F: 030-611 4270  
redaktion@argument.de

KILIAN HEERKLOSS

## Gentechnik aus ökologisch-ethischer Sicht

Im Streit um die Anwendung und Weiterentwicklung der Gentechnik vermischen sich das technische Wissen der Fachleute für dieses Gebiet mit den großen Erwartungen und noch größeren Ängsten hinsichtlich dieser Technik bei Wissenschaftlern wie bei Laien. Helmut Böhme schlägt darum vor: »Es ist zweckmäßig und auch notwendig, im Zusammenhang mit der Gentechnik zwischen den wissenschaftlich-technischen Problemen einer Technologie und den Aspekten der Integration dieser Technologie (in unserem Fall der Biotechnologie) in die unterschiedlich entwickelten ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme zu unterscheiden. Wer hat wohl die Kompetenz, in beiden Sphären wirklich gültige Aussagen zu machen?«<sup>1</sup> Die Kompetenz des (angehenden) Philosophen liegt sicherlich nicht auf der technischen Seite der Gentechnik, ich bin da angewiesen auf das, was durch Zeitungen und andere Informationsquellen von Fachleuten auf diesem Gebiet publiziert wird. Wenn allerdings von ethischen Problemen der Gentechnik gesprochen wird – so wurden zum Beispiel auf einem von der theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin veranstalteten Symposium im November 1997 zum Thema »Welternährung und Gentechnologie« ›fünf ethische Fragen‹ zur Diskussion gestellt – oder wenn zum Teil unbewußt mit ethischen Argumenten über Pro und Contra der Gentechnik diskutiert wird, so wird davon das Fachgebiet der praktischen Philosophie berührt, deren Thema die Ethik ist.

Die aus der Naturwissenschaft kommenden Befürworter der Gentechnik sprechen gerne von ›irrationalen Ängsten‹, von emotionaler Paranoia bei ihren Gegnern, die durch ungenügende Kenntnis des Gegenstandes und Panikmache der Medien hervorgerufen würden. Demgegenüber verweisen sie auf die Wissenschaftlichkeit ihres Weltbildes – das in Wahrheit ein verabsolutiertes naturwissenschaftliches Weltbild ist. Argumente, die gegen Gentechnik sprechen, werden als Auffassungen des Glaubens bezeichnet und als unwissenschaftlich abqualifiziert. Die Befürworter fordern rationale, einem bestimmten Wissenschaftsideal folgende Diskussionsstandards. So hat zum Beispiel *Martin Holtzhauer* am Beginn seines Vortrags auf dem Kolloquium »Effektive Pflanzenproduktion mit Hilfe von Gentechnik« (im Juni 2000 in Leipzig<sup>2</sup>) mit einem Zitat von *Kanitschneider* argumentiert, auf das noch zurückzukommen sein wird. Es beginnt: »Emotionale Appelle, die sich auf persönliche, intuitive Weise artikulieren, sind nicht philosophisch diskursfähig. Jeder Dialog muss auf gemeinsamen Regeln von Logik, Grammatik, Semantik



Kilian Heerkloß – Jg. 1973; studiert Philosophie und Germanistik in Jena und arbeitet zur Zeit an seiner Examensarbeit zu Problemen von Materialismus und wissenschaftlichem Weltbild. Der vorliegende Text ist die überarbeitete Version eines Vortrags, der auf dem Kolloquium »Effektive Pflanzenproduktion mit Hilfe von Gentechnik« im Juni 2000 in Leipzig gehalten wurde.

1 Helmut Böhme in einem Rundtischgespräch zur Gentechnik, in: UTOPIE kreativ, Nr. 115/116 (Mai/Juni 2000), S. 490.

2 Vgl. auch den Konferenzbericht von Arndt Hopfmann in: UTOPIE kreativ, Nr. 118 (August 2000).

3 B. Kanitschneider, in: Spektrum der Wissenschaft, Januar 2000, S. 8-9.

und Methodik des Argumentierens basieren.«<sup>3</sup> Solche gemeinsamen Regeln können, wie im folgenden gezeigt werden soll, nach wie vor nur von der Philosophie formuliert werden, nicht von einer ihre eigenen philosophischen Ursprünge unreflektiert lassenden Naturwissenschaft. Weder Glaubensartikel noch irrationale Ängste sind es, die gegen Gentechnik sprechen, sondern sehr sachliche, rationale, philosophisch reflektierte Argumente. Das Problem der Gentechnik fällt im wesentlichen in das Gebiet der sich heute allmählich etablierenden ökologischen Ethik, auch wenn natürlich andere, etwa soziale und politische, Fragen davon berührt werden.

### *Ethik – zur Begriffsbestimmung*

Zunächst geht es darum, was heute überhaupt mit dem Begriff ›Ethik‹ bezeichnet wird. Ethik fragt im weitesten Sinne danach, wie wir handeln sollen, welches die richtigen Entscheidungen zum Handeln sind, was wir tun, und was wir lieber unterlassen sollen. Dabei unterscheidet man nach *Kant* in ›Regeln der Klugheit‹, die den richtigen Weg zum Erreichen eines individuellen Ziels zeigen, und ›Regeln der Handlungen‹, die an sich richtig (beziehungsweise falsch) sind. Eine Regel der ersten Art wäre, sein Geld, um es zu vermehren, in Aktien zu anzulegen. Diese Art von Regeln ist allerdings die ungleich schwierigere, denn man muß – in unserem Beispiel – herausfinden, welches die richtigen Aktien sind. Eine Regel der zweiten Art wäre zum Beispiel die Aufforderung, nicht zu lügen, zu stehlen oder seines Nächsten Weib zu begehren. Es handelt sich hier also um Regeln, denen jeder vernünftige Mensch zustimmen muß, ganz unabhängig davon, ob er sie persönlich befolgt. Nur von solchen Regeln handelt eigentlich die Ethik. Und wenn man sagt, ein Handeln sei ethisch (oder unethisch), bezieht sich das in den modernen Ethiken eigentlich auf dieses Kriterium der *Verallgemeinerbarkeit* einer Regel. Es wird also geprüft an der Frage: könnte diese Regel gelten, wenn ihr alle Menschen folgen würden? Die Aufforderung, stets zu lügen, übersteht eine solche Überprüfung beispielsweise nicht, kann also kein ethisches Gebot sein.

Dieses Kriterium der Verallgemeinerbarkeit liegt wahrscheinlich allen moralischen Urteilen zugrunde und wird von uns unbewußt ständig angewandt. Unser Alltagsbewußtsein arbeitet ständig mit solchen Urteilen, die sich zudem noch durch Erziehung und gesellschaftliche Verankerung als Normen und Werte in unserem Bewußtsein verfestigt haben, ohne daß wir sie immer wieder aufmerksam prüfen. Neben dieser Verankerung in unserem Bewußtsein und dem damit einhergehenden Glauben an die selbstverständliche Geltung bestimmter Urteile besteht aber noch ein weiteres Problem. Bei genauerer Analyse ist es oft strittig, welche Regeln verallgemeinerbar sind und also ethische Gebote darstellen. Die Diskussionen in der sogenannten ›angewandten Ethik‹ (zum Beispiel in der Medizinethik, der Tierethik, der Wirtschaftsethik usw.) werden genau über dieses Problem geführt. Das Positive an solchen Überlegungen besteht auf jeden Fall darin, daß Argumente, die in der Diskussion damit gerechtfertigt werden, sie seien ethisch geboten, kritisch geprüft und möglicherweise auf ihnen zugrundeliegende unreflektierte Grundüberzeugungen untersucht werden können.



### Ökologische Ethik

In der ›Ökologie-Ethik‹ lassen sich grob zwei Argumentationsweisen unterscheiden. Die eine Richtung bezeichnet man als *physiozentrische* (oder biozentrische), dazu gehört unter anderem die vom Norweger *Arne Naess* begründete Tiefenökologie und die Philosophie von *Hans Jonas*, die mit dem Titel seines Buches »Das Prinzip Verantwortung« gekennzeichnet werden kann. Der *physiozentrische Ansatz* vertritt die Auffassung, daß der Natur ein Wert für sich selbst zukommt, völlig unabhängig davon, ob es Menschen gibt, das heißt vernünftige Wesen, die diesen Wert erkennen, und daß dieser Eigenwert der Natur ethisches Handeln bestimmen müsse.

Die andere Richtung, der *anthropozentrische Ansatz*, geht von einer Begründung der Ethik durch freie vernünftige Subjekte aus, die freiwillig Regeln anerkennen, die für alle anwendbar sind. Dafür steht exemplarisch die Philosophie *Kants*. Sie heißt *anthropozentrisch*, weil ihre Vertreter die Auffassung vertreten, daß sich ethisches Handeln, also auch in bezug auf die Natur, nur durch den Menschen begründen läßt. Die Natur hat hier keinen Wert an sich, sondern spielt insofern eine Rolle, als sie die Existenzgrundlage der Menschen ist – und eine sehr verletzliche dazu. Die anthropozentrische Ökologie-Ethik integriert in herkömmliche Ethikkonzepte die Erkenntnis, daß alles Reflektieren über die Bedingungen und Regeln menschlicher Freiheit sinnlos wird, wenn die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet sind und sich die Menschheit selbst abschafft.

Die meisten subjektorientierten Ethiken verstanden sich bisher als Ethiken der Überwindung der Fesseln der Natur, die sich in Krankheiten und Naturkatastrophen, das heißt dem deterministischen Charakter der Natur, äußern. Ziel war dabei die Überwindung der als dem Menschen feindlich verstandenen Naturbedingungen menschlicher Existenz.

Diese Herangehensweise, daß wir die Natur als Voraussetzung des menschlichen Lebens bei allen ethischen Überlegungen mit berücksichtigen müssen, wird im weiteren als die plausiblere vorausgesetzt. Die Forderung etwa, die Biosphäre (einschließlich Luft, Wasser, Erde) müsse erhalten werden, um die Lebensgrundlagen von uns Menschen zu erhalten, erscheint mir in dieser Perspektive als ethische Forderung einleuchtend. Aus dem physiozentrischen Ansatz, Natur habe Wert an sich, der nichts mit uns zu tun hat, kann man dagegen auch ableiten: ›Nach uns die Sinnflut, laßt uns jetzt ein schönes Leben machen und nach Herzenslust Ressourcen verbrauchen, was kümmern uns die, die nach uns kommen.‹

### Sechs ethische Probleme der Gentechnik

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen sind bestimmte ethische Probleme der Gentechnik zu untersuchen. Zunächst ist der immer wieder behauptete Zusammenhang zwischen der Wohlstandsentwicklung und dem Einsatz der Gentechnik kritisch zu prüfen – *kann also die Produktion gentechnisch veränderter Rohstoffe und Nahrungsmittel dem Wohlstand aller Menschen dienen?*

Die Argumentation, Gentechnik diene dem Wohlstand der Menschen, ist die geläufigste und wird mit Argumenten begründet, die auf größere Widerstandsfähigkeit der Pflanzen und verbesserten

Pflanzenschutz verweisen und davon höhere Erträge, verbesserte Haltbarkeit, Transportfähigkeit und Nutzbarkeit zur industriellen Verarbeitung der Nahrungsmittel erwarten. Schließlich wird die Möglichkeit behauptet, Nahrungsmittel zu erzeugen, die helfen sollen, Zivilisationskrankheiten wie Krebs, Diabetes und Herzinfarkt, vorzubeugen. Unabhängig davon, wie man zu den einzelnen Argumenten steht, liegt dieser Argumentation eine Überzeugung zugrunde, die überdeckt, daß die behaupteten Zusammenhänge im einzelnen kaum belegbar sind (so ist mit Gentechnik zum Beispiel kein wesentlich höherer Ertrag als mit konventionellen Mitteln der Ertragssteigerung möglich). Insgesamt soll damit der Gentechnik größere Plausibilität verliehen werden.

Diese Überzeugung geht auf die Begründung der modernen Naturwissenschaft durch *Francis Bacon* zurück. »Das wahre und rechtmäßige Ziel der Wissenschaft ist kein anderes, als das menschliche Leben mit neuen Erfindungen und Mitteln zu bereichern.«<sup>4</sup> *Bacon* kritisierte, daß die Naturforschung von der Antike bis zu seiner Zeit (sein *Novum Organum* erschien 1620) so gut wie nichts Neues über die Natur herausgebracht habe, sondern immer nur dieselben ungeklärten Probleme hin und her gewälzt habe. *Bacon* schlägt vor, statt den logischen Gehalt von Argumenten immer wieder neu zu prüfen, als Kriterium über die Wahrheit wissenschaftlicher Forschungen die Frage anzusetzen, inwieweit eine Entdeckung den Menschen und ihrem Wohlstand nütze. »Unter den Anzeichen ist keines zuverlässiger und bedeutsamer als das von den Früchten entlehnte. Denn die Früchte und die Erfindungen sind gleichsam die Bürgen und Gewährsmänner für die Wahrheit der Philosophen.«<sup>5</sup>

Verbunden mit dem vom Puritanismus ausgehenden und bis heute gültigen Projekt, statt auf das gute Leben im Himmelreich zu warten, das Paradies schon auf der Erde zu errichten, bildet dieses Kriterium bis heute die ethische Grundlage der Naturforschung. Seit dem 17. Jahrhundert wird die Wahrheit naturwissenschaftlicher Forschung daran gemessen, ob sie den Menschen nütze, und aus diesem Nutzen bezieht sie ihre Legitimation.

In meinen Augen ist diese automatische Verbindung von naturwissenschaftlicher Forschung und Verbesserung des menschlichen Lebens keineswegs mehr gerechtfertigt. Den unzweifelhaften Erfolgen stehen allzuvielen durch die Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse bewirkte oder möglich gewordene Bedrohungen gegenüber, von der ins Ungeheuerliche entwickelten Kriegstechnik bis zur Gefährdung unserer Lebensgrundlagen durch die Auswirkungen angewandter Naturwissenschaft, für die die Lebensweise der Industriegesellschaft steht. Nach *Hans Jonas* ist das eigentlich Gefährliche an bestimmten zivilisatorischen Techniken nicht die Möglichkeit des Mißbrauchs, sondern gerade der ungeheure Erfolg ihrer Anwendung.<sup>6</sup> Selbst im Bereich der Lebensqualität würden wir wohl heute nicht mehr zustimmen, daß alle Produkte der Forschung unser Leben wirklich lebenswerter gemacht haben.

Die daraus abzuleitende Forderung wäre also, die in unserem Bewußtsein noch immer wie selbstverständlich verankerte Verbindung von Naturwissenschaft und Wohlstandsvergrößerung aufzulösen und immer im Einzelfall zu fragen, was eine neue naturwissen-

4 Francis Bacon: *Novum Organum*, Hamburg 1998, Aphorismus 81.

5 Ebenda, Aphorismus 73.

6 Hans Jonas: Warum die Technik ein Gegenstand für die Ethik ist: Fünf Gründe, in: H. Lenk, G. Ropohl (Hg.): *Technik und Ethik*, Stuttgart 1987.

schaftliche Errungenschaft wirklich nützt (und da ist die Deckung wie gesagt bei der Gentechnik ziemlich dünn), und inwieweit nicht bei der Lösung unserer Probleme und der Vergrößerung unseres Wohlstandes andere, nicht aus der Naturwissenschaft entnommene Methoden ungleich effizienter wären.

Die zweite Frage hätte sich also damit zu beschäftigen, *ob es möglicherweise nicht ethisch geboten ist, die Gentechnikforschung zu begrenzen oder gar einzustellen?*

Freiheit der Forschung – ganz gleich welcher – ist eine der heiligen Kühe unserer wissenschaftsgläubigen Gesellschaft. Dabei spielt ein weiteres, durch *Bacon* in die Naturwissenschaft eingebrachtes Argument eine wichtige Rolle. *Bacon* meint nämlich, neben der Nützlichkeit sei ein weiteres Indiz für die Wahrheit einer wissenschaftlichen Ansicht, daß sie sich weiterentwickle. »Man kann auch Anzeichen aus dem Anwachsen und den Fortschritten der Philosophien und Wissenschaften entnehmen. Was nämlich auf der Natur gegründet ist, wächst und mehrt sich, was aber auf Vermutungen beruht, wechselt und nimmt nicht zu.«<sup>7</sup> Das immer weitere Vorschreiten der wissenschaftlichen Erkenntnisse, völlig ohne Reflektion auf ihre gesellschaftlichen Auswirkungen, bildet also seither ein Grunddogma, insofern es ein Beleg für Wahrheit ist. Wer sich für die Begrenzung einer Forschungsrichtung ausspricht, versündigt sich in dieser Logik gegen die Wahrheit. Es gilt tatsächlich heute als ethisch bedenklicher, die Begrenzung von Naturforschung zu fordern, als etwa der Tatbestand, daß große Teile der Naturforschung machtpolitischen, ausbeuterischen oder rein kommerziellen Interessen dienen und von diesen maßgeblich gefördert (das heißt vor allem ›finanziert‹) werden.

Dagegen erscheint es notwendig, sich den ursprünglichen ethischen Impuls, der modernen Naturforschung wieder ins Bewußtsein zu rufen und jede naturwissenschaftliche Forschung an ihm zu messen. Wissenschaft darf kein Selbstzweck sein. Einer schädlichen Forschung (und daß Produkte gentechnischer Forschung möglicherweise ungeheuren Schaden in der Biosphäre anrichten können, wird selbst von den Befürwortern nicht bestritten) muß jederzeit die öffentliche Zustimmung und Unterstützung entzogen werden; zumindest solange man das Subjekt der Ethik *im Menschen* und nicht in einer *verabsolutierten Wissenschaft* sieht.

Was das Argument betrifft, die Gentechnik lasse sich nicht aufhalten, sie sei längst unumgänglich verwirklicht und nicht wieder rückgängig zu machen, ist also zunächst zu fragen, wo wir das Subjekt des Handelns ansetzen – im Menschen oder in einer sich verselbständigenden Technik. Im übrigen zeigt die Entwicklung der letzten Zeit, daß sich auch eine für unaufhaltsam erklärte Entwicklung durchaus umkehren läßt, wenn ihr die öffentliche Anerkennung entzogen wird: Da sich (glücklicherweise) etwa zwei Drittel der Europäer weigern, gentechnisch veränderte Nahrung zu sich zu nehmen, können die Amerikaner und Kanadier zur Zeit ihren transgenen Mais und transgenen Soja nicht absetzen und Länder, die für den guten Ruf hinsichtlich der Qualität ihrer Lebensmittel in der Welt bekannt sind, wie etwa Italien, erklären, gänzlich auf Gentechnik verzichten zu wollen (die Aktien, um auf das Problem der ›Regeln

7 Francis Bacon: *Novum Organum*, a.a.O., Aphorismus 74.

der Klugheit zurückzukommen, sind also vielleicht bei der ökologisch orientierten Supermarktkette langfristig besser angelegt als bei *Monsanto* und *Novartis*).

Diese Ablehnung der Gentechnik in Europa ist nicht, wie die Verfechter derselben behaupten, irrational und auf mangelndem Wissen beruhend. Wie eine Untersuchung von Studenten an der Universität Regensburg zeigte<sup>8</sup>, steigt die Akzeptanz von Gentechnik nicht im geringsten, wenn vorurteilsfrei und sachlich über Gentechnik informiert wird. Die Ablehnung unter Studenten bleibt konstant bei etwa zwei Dritteln und hängt also vermutlich eher mit grundlegenden Einstellungen zusammen.

Die dritte Frage zielt auf die (besonderen) Risiken der Gentechnik und ihre Konsequenzen – darf also die Gentechnik genauso behandelt werden wie andere Techniken, das heißt in simpler Abwägung ihrer Möglichkeiten und Risiken?

Mit dem Argument, Gentechnik lasse sich nicht mehr aufhalten, da infolge der Freilandversuche und durch den bereits praktizierten Anbau von genverändertem Getreide ohnehin Auswirkungen auf die Umwelt nicht mehr verhindert werden können, gestehen die Befürworter der Gentechnik eigentlich zu, daß Gentechnik nicht eine Technik ist wie andere auch und eben nicht vergleichbar ist mit der konventionellen Forschung – weil nämlich die einmal ausgeführten Handlungen unumkehrbar sind. Besonders perfide ist es natürlich, daß die Gentechnikfirmen genau diesen Weg gehen. Durch eine Mischung von konventionellem und genverändertem Getreide (wie kürzlich bei Rapssaatgut in Europa) wird versucht, einen status quo herzustellen, bei dem es unmöglich wird, zwischen genetisch veränderter und unveränderter Nahrung zu unterscheiden. Damit wird bewußt eine Situation der Unumkehrbarkeit geschaffen. Die Lebensbedingungen auf unserem Planeten werden für alle Ewigkeit verändert. Alle zukünftigen Generationen müssen mit den größtenteils noch unbekanntem Konsequenzen leben, und dies um eines geringen, höchst umstrittenen Vorteils willen, der mit anderen Mitteln wahrscheinlich ebenso erreicht werden könnte ohne diese Folgen. Dies zeigt, daß es mindestens ein Gebot ethischer und ökologischer Klugheit ist, auf die Gentechnik bei der Lösung akuter Entwicklungsprobleme zu verzichten.

Gentechnik ist eben nicht – wie *Rolf Löther*<sup>9</sup> meint – mit dem kopernikanischen Weltbild, der Darwinschen Evolutionstheorie, der Eisenbahn oder der Pockenschutzimpfung zu vergleichen, sondern am ehesten mit der Nutzung der Atomenergie, und daß diese ein Irrweg war, mag sich allmählich herumsprechen haben. Eine solche Argumentation hat auch nichts mit Feigheit gegenüber dem Unbekannten oder mit aus dem Unbewußten gespeister Angst zu tun und noch weniger mit – wie zuweilen behauptet wird – Unwissenschaftlichkeit, Populismus und Polemik, sondern mit der Frage, ob wir uns als freie souveräne Subjekte verstehen, die bewußte und überlegte Entscheidungen treffen.

Daß es ein Kontinuum zwischen anderen Techniken und der Gentechnik gibt, würde ich höchstens insofern bestätigen, als sich auch eine Reihe der herkömmlichen Techniken durch die Irreversibilität ihrer Folgen auszeichnen (zum Beispiel der Treibhauseffekt infolge

8 Vgl. UniSpiegel (Sonderheft der Zeitschrift Spiegel), 3/2000, S. 36ff.

9 Rolf Löther in einem Rundtischgespräch zur Gentechnik, in: UTOPIE kreativ, Nr. 115/116 (Mai/Juni 2000), S. 489.

der Nutzung fossiler Brennstoffe) und die allen zukünftigen Generationen eine riesige Folgenlast aufbürden. Eine wichtige Erkenntnis der ökologischen Ethik ist es gerade, daß es allerhöchste Zeit ist, den Gebrauch von Techniken, die sich durch die Irreversibilität ihrer Wirkungen auszeichnen, zu beenden. Es gilt Mittel und Wege zu finden, auf der Erde zu leben, ohne die Grundlagen des Lebens zu zerstören, also, wie *Wilhelm Schmidt* schreibt, »den idiotischen und engstirnigen Egoismus zu durchbrechen, der nicht wahrnimmt, daß er die Grundlagen ruiniert, von denen er selbst lebt ...«<sup>10</sup>

Demgegenüber wird aber noch ein weiteres Argument vorgebracht – zwingt uns die Evolution (oder eine andere Macht) zur Anwendung der Gentechnik?

Eine besondere Rolle spielt dabei jenes krasse Argument, das derzeit auf den Seiten der großen Zeitungen Konjunktur hat, und sich ausdrücklich als ethisch versteht. Dieses Argument möchte ich den »naturalistischen Fehlschluß« nennen. Kurz gefaßt lautet es: Nicht wir Menschen sind das Subjekt der Ethik, sondern die Evolution, oder wahlweise die »egoistischen« Gene, die uns Menschen hervorgebracht haben und deren Gesetze wir auszuführen bestimmt sind, die uns gleichsam verpflichten, sie jetzt, da wir uns ihrer bewußt geworden sind, fortzuführen. Im Feuilleton der *FAZ* wurde dieses Argument jüngst unter der Überschrift »Warum die Zukunft uns nicht braucht« vorgebracht.

Wenn solche Ansichten nicht auch gefährlich wären, könnte man ihre Dummheit mit Stillschweigen übergehen. Man wird hoffentlich nicht glauben, Theorien, die aus dem Menschen anstelle des Subjekts seiner Handlungen ein Objekt irgendwelcher verabsolutierter Naturabläufe machen, hätten etwas mit Ethik zu tun und nicht vielmehr mit Technikfetischismus, Magie und Aberglaube. Was das evolutionäre Argument angeht, so verweise ich darauf, daß alle wissenschaftlichen Theorien – auch die der Evolution – eben nur Theorien sind, welche historisch entstanden, von Menschen gemacht und fehlerbehaftet sind, die weiterentwickelt, modifiziert und umgestoßen werden können. Wie man heute weiß, hängen sie zudem von der Art der Fragestellung im Experiment ab. Wissenschaftliche Theorien sind also von Menschen gemacht und immer nur eine Annäherung an die nie vollständig erforschbare Welt. Diese Theorien haben ihre Berechtigung, sie funktionieren in bestimmten Grenzen, stellen eine gute Hypothese über die Möglichkeit des Umgangs mit der Welt dar und haben zuweilen auch praktischen Nutzen – auch wenn der in naturwissenschaftlichen Theorien vorherrschende Versuch, Lebenserscheinungen auf Molekülstrukturen zu reduzieren, zweifelhaft ist. Man sollte aber naturwissenschaftliche Modelle und Theorien nicht mit der Welt an sich verwechseln und glauben, daraus unumstößliche Schlußfolgerungen für unser Handeln ableiten zu können.

Aus dem Umstand, daß die Welt immer mehr ist, als die Summe der vorhandenen Theorien über sie und auch immer mehr sein wird, läßt sich im übrigen ein berechtigter Zweifel an der Behauptung der Gen-Forscher ableiten, daß sie die Folgen ihrer Experimente vollständig kontrollieren können. Wie zum Beispiel *Martin Holtzhauer* auf dem oben genannten Leipziger Gentechnik-Kolloquium eingeräumt hat, kann man derzeit nur die nach dem Zufallsprinzip manipulierten

10 Wilhelm Schmid: Philosophie der Lebenskunst, Frankfurt/M. 1999, S. 428.

Keimzellen großziehen und dann erkunden, ob unter den derart gezüchteten Pflanzen welche sind, bei denen die gewünschte Eigenschaft anzutreffen ist. Die Langzeitfolgen lassen sich also überhaupt nicht abschätzen. Aber selbst wenn riesige Computer versuchten, auch nur die Vorgänge in einer einzigen Pflanze zu simulieren, würde man diesem Problem der Nichtreduzierbarkeit der Natur auf menschengemachte Modelle nicht entkommen und man könnte niemals alle Erscheinungen vorhersagen und kontrollieren.

Fünftens stellt sich in diesem Zusammenhang die prinzipielle Frage – ob es überhaupt notwendig ist, die Probleme der Welt (im Fall der Nahrungsmittelproduktion speziell das der Überbevölkerung) mit Hilfe der Gentechnik zu lösen?

Bekanntlich geht es bei den Kontroversen um die Anwendung vor allem der »grünen« Gentechnik nicht vordergründig um Geschmacksvorlieben und Reinheitsgebote, sondern vor allem um die Frage ob es notwendig ist, die Gentechnik weiterzuentwickeln und ihre Anwendung voranzutreiben, damit die Gefahr künftiger, durch Überbevölkerung hervorgerufener Hungersnöte abgewendet werden kann. Am Problem der »Überbevölkerung« hat sich mittlerweile eine ebenso hitzige Diskussion entfacht, wie an der Gentechnik. Entgegen der in der Öffentlichkeit noch immer verbreiteten und durch Kampagnen gezielt geförderten Vorstellung, die Menschheit wachse exponentiell ins Unendliche – was oft in das Bild einer drohenden »Bevölkerungsbombe« gefaßt wird –, sinkt die Zuwachsrate bei den Geburten und nach heutigen Prognosen wird sich die Weltbevölkerung im Jahr 2050 bei zirka zehn Milliarden Menschen einpegeln.

Wie eine von *Christiane Woïwod-Thorn* vorgelegte Untersuchung<sup>11</sup> zeigt, wird das Thema Weltbevölkerungswachstum unter anderem instrumentalisiert, um von Debatten über andere Ursachen des Hungers und der Umweltzerstörung, wie zum Beispiel wirtschaftliche Nord-Süd-Abhängigkeiten, gesellschaftliche Strukturen oder den Folgen der westlichen Lebensweise abzulenken. Auch der gegenwärtige Direktor des UN-Umweltprogramms, *Klaus Töpfer*, (früherer Umweltminister der CDU/CSU/FDP-Regierung) antwortete auf die Frage »... wie viele Menschen verträgt die Erde?« im Spiegel wie folgt: »Wenn sie fragen, wie viele Amerikaner mit ihrem gegenwärtigen Lebensstil die Erde verträgt, dann sind die sechs Milliarden, die wir jetzt haben, schon zu viel. Wenn sie fragen, ob das auch für den Inder gilt, der gerade geboren wird, dann ist das ganz sicher nicht der Fall. Das relativiert sich stark an der Art und Weise, wie wir mit dieser Erde umgehen ...«<sup>12</sup> Es ist aber natürlich leichter zu fordern, die Menschen der Dritten Welt sollten genveränderte Nahrung essen, als die Reduzierung unseres Ressourcenverbrauches durchzusetzen. Nachweislich erfolgreiche Mittel zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums sind vor allem eine verbesserte Gesundheitsfürsorge, mehr Bildung (vor allem für Frauen) und die Verhinderung beziehungsweise die Beendigung von Kriegen.

Selbst wenn man annimmt, der Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut könnte bei der Hungerbekämpfung helfen, so bleibt doch die Gefahr bestehen, daß durch Monokulturen und deren Anfälligkeit gegen Schädlinge oder veränderte Umweltbedingungen noch größere Hungersnöte heraufbeschworen werden. Wenn auf

11 Cristiane Woïwod-Thorn: Globale Herausforderung Weltbevölkerungswachstum. Wege zur Stabilisierung der Bevölkerungsdynamik, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), INEF-Report Heft 19, Duisburg 1996.

12 Interview mit Klaus Töpfer, in: Der Spiegel, 20/2000, S. 156.

Flächen so groß wie die Bundesrepublik nur eine Sorte einer Pflanze angebaut wird, so könnte auch ein einziger neu auftretender Krankheitserreger die Ernte des gesamten Gebietes vernichten. Daß immer wieder neue, bisher unbekannte Erreger auftreten beziehungsweise sich bei Schädlingen immer wieder Resistenzen entwickeln, ist bekannt. Dazu kommt jedoch noch die Gefahr, daß ein Großteil der Weltbevölkerung bei der Nahrungsmittelproduktion in die Abhängigkeit von einigen wenigen Konzernen gerät.

Der bessere Weg, Hungersnöte zu verhindern, besteht daher gerade im Erhalt der Sortenvielfalt und der jeweils einheimischen Nahrungsmittelkulturen, so daß die Bedrohung durch einen Totalausfall der Ernte minimiert werden kann.

Die sechste Frage wird vielleicht zuerst so aussehen, als gehöre sie nicht recht hierher – *entspricht die Förderung der Gentechnik einer aufgeklärten Lebenskunst?*

Tatsächlich betrifft diese Frage mehr die ›Regeln der Klugheit‹ als die der absoluten ethischen Gebote. Trotzdem lohnt es sich, darauf einzugehen. Die Frage könnte nämlich auch lauten: Wer will das gentechnisch manipulierte Zeug wirklich essen?

Bereits die auf konventionelle Weise gezüchteten tierischen oder pflanzlichen Lebensmittel verweisen immer wieder auf ein Problem: entweder sie sind delikat, zeigen Vielfalt in Sorten und Geschmack und überzeugen den anspruchsvollsten Gourmet, sind aber zugleich sensibel und vor allem bei großflächig-industriellem Anbau extrem krankheitsanfällig, oder aber sie sind sehr robust, gut lager- und transportierbar, leicht industriell verwertbar, haben alle eine einheitliche Größe, lösen vermutlich Allergien und andere Krankheiten aus und schmecken nach nichts. Echte sonnengereifte Gartentomaten haben zum Beispiel einen intensiven Geschmack und eine hauchdünne Schale, ganz im Gegensatz zu den ganzjährig erhältlichen Gewächshaustomaten mit undefinierbarem Geschmack. Nichts deutet darauf hin, daß dieses Problem bei der Gentechnik anders sein wird. Zum Glück ist heute niemand mehr so technikgläubig, daß er glaubt, künstlich ein Aroma herstellen zu können, das beispielsweise das eines besonderen Weines eines Jahrganges aus einer bestimmten Anbaugegend zu übertreffen vermag. Künstlicher Erdbeergeschmack ist eben nur eine sehr fragwürdige Imitation. Im Sinne eines reflektierten Umganges mit uns selbst, der den Genuß mit einschließt, solange er nicht schädliche Auswirkungen hat (und das hat Biolandbau meines Wissens nicht), gibt es kein einziges Argument, warum man genmanipuliertes Essen essen sollte. Dagegen spricht eine Menge dafür, auch aus ganz eigennützigem Interessen heraus, Nahrungsmittel von hoher Qualität und intensivem Geschmack zu bevorzugen – was sich mit ökologischer Ethik problemlos vereinbaren läßt. Wenn wir dann genveränderte Nahrung für uns selbst ablehnen, können wir eigentlich auch nicht mehr verlangen, daß Menschen in den ärmeren Ländern sie essen sollten, das wäre dann zumindest ein sehr kolonialistischer Standpunkt.

*Wilhelm Schmid* formuliert in seiner »Philosophie der Lebenskunst« zehn mögliche Merkmale eines ökologischen Lebensstils, der den Autismus des modernen Menschen überwinden könnte. Eines dieser Merkmale beschreibt er wie folgt: »Das lebenskluge Subjekt,

13 Wilhelm Schmid: Philosophie der Lebenskunst, a.a.O., S. 432.

das ökologische Veränderungen initiiert, ist nicht mehr nur ein ökonomisch berechnendes Subjekt, sondern ein ökologisch kalkulierendes Selbst, das den Übergang vom bloßen Konsumverhalten zum bewußt gewählten Lebensstil, *vom Verbrauch zum Gebrauch*, vollzieht. Von der vielsagenden Definition des modernen Subjekts als ›Verbraucher‹ kehrt es sich ab, um statt dessen zum andersmodernen ›Gebraucher‹ von Ressourcen und Produkten, Dingen und Techniken zu werden.«<sup>13</sup> Ein solch überlegtes Herangehen an unsere Lebensweise könnte man als ein ethisches Gebot – nämlich ein ökologisch motiviertes – bezeichnen. Es betrifft den Gebrauch von Produkten, die unsere Lebensqualität steigern oder erhalten, ohne durch unkontrollierbare Gefahren oder unumkehrbaren Ressourcenverbrauch langfristig negative ökologische Folgen zu provozieren. Genveränderte Nahrung entspricht nach meiner Auffassung diesen Kriterien nicht.

## Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. fördert alternative, humanistischen Idealen verpflichtete philosophische, ökonomische, politologische und historische Forschung. Sie verleiht jedes Jahr einen Förderpreis an jüngere Wissenschaftler, die mit ihren Forschungen in herausragender Weise dazu beigetragen haben, gesellschaftliche Probleme zu erkennen und Lösungswege aufzuzeigen. Der Preis wird an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verliehen, die sich selbst um diesen Preis bewerben, von Dritten oder von der Jury vorgeschlagen werden.

Der Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. wird in drei Stufen verliehen:

1. Preis 3000 DM
2. Preis 2000 DM
3. Preis 1000 DM

Bewerbungen und Vorschläge für den Förderpreis sind bis zum 30. April 2001 zu richten an die  
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.  
Harkortstraße 10  
04107 Leipzig  
Tel. 0341 9608531, Fax: 0341 2125877  
e-Mail: RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Der Förderpreis gründet sich auf eine Stiftung des Wirtschaftswissenschaftlers Günter Reimann, New York. Als Jury fungiert der Wissenschaftliche Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., dem namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehören.



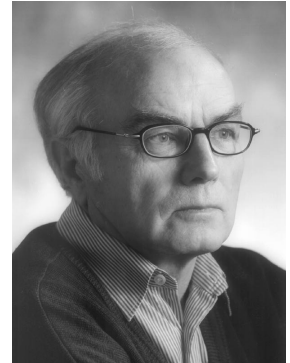
ERICH LANGE

## Ist Fortschritt im Organismenreich eine Illusion?

In seinem 1996 erschienenen allgemeinverständlich geschriebenen Buch *Full House. The Spread of Excellence from Plato to Darwin* (dt.: *Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution*) legt *Stephen Jay Gould* dar, daß die Entwicklung zu höheren Organisationsformen keine allgemeine Eigenschaft von Abstammungslinien ist, und daß das dennoch unbestreitbare sukzessive Auftauchen von immer höheren Lebensformen im Laufe der Erdgeschichte nicht auf einer inneren Tendenz zur Vervollkommnung beruht, sondern die rein zufällige Folge eines statistischen Vorgangs sei (vgl. auch Gould 1988). Ersteres belegt er mit der unbezweifelbaren Tatsache, daß die Lebensformen, die wir als hochstehend betrachten, auch in der heutigen Tier- und Pflanzenwelt nur eine verschwindende Minderheit darstellen.

Letzteres versucht er mit einem Argument zu untermauern, das sich kurz folgendermaßen formulieren läßt: Die allerersten Lebewesen waren zweifellos Minimalorganismen. Jede Variation, die nicht nur zu Formen gleichen Organisationsniveaus führte, konnte also nur höhere Geschöpfe hervorbringen, denn der entgegengesetzte Weg war nicht möglich; weil Lebensformen unterhalb des minimalen Organisationsniveaus nicht existieren können. Dieses Prinzip könnte viele Trends in der Geschichte der Organismenwelt erklären. Tatsächlich entsteht die Illusion von ›Entwicklung‹ häufig nur dadurch, daß die Variationsbreiten der Gesamtheit von Tochterarten bestimmter Stammformen im Laufe stammesgeschichtlicher Evolution ansteigen.

Selbst bei symmetrischer Verteilung der artspezifischen Merkmale der betreffenden Lebewesen kann man – bei selektiver Berücksichtigung von bestimmten Arten – leicht einen Trend herauslesen, wo tatsächlich Wandlungen in verschiedenste Richtungen gleich häufig sind. Ist die Verteilung der interessierenden Merkmale unter den Nachfolgern der Art, mit der der Trend beginnt, jedoch schief, weil aus irgendeinem Grund die Entwicklung von der Stammart ausgehend nur in einer Richtung möglich ist, so ergibt sich zwangsläufig eine bevorzugte Entwicklung in die andere Richtung. Gould nennt dies in Anlehnung an *McShea* (1994) einen »passiven Trend«, für den es keinen speziellen selektiven Antrieb gibt – im Gegensatz zu »angetriebenen Trends«, die sich nicht durch einseitige äußere Begrenzungen, sondern aus besonderen »Triebkräften« ergeben. Höherentwicklung in ihrer Gesamtheit, sowie in einzelnen Entwicklungslinien sei ein Beispiel für einen passiven Trend.



Erich Lange – Jg. 1935; studierte zwischen 1954 bis 1959 Biologie in Rostock, arbeitete bis zum Austritt aus der SED 1961 als wissenschaftlicher Assistent u.a. am Anatomischen Institut der Universität Rostock und an der Biologischen Zentralanstalt Berlin, danach an verschiedenen Orten als Transport- und Tiefbauarbeiter tätig, ab 1969 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kreiskrankenhaus Bützow und an der Abteilung Neuropathologie der Bezirksnervenklinik Schwerin beschäftigt, nach einem kurzen Intermezzo als Redakteur der Zeitschrift »Wissenschaft und Fortschritt« (1980) seit 1981 mit gelegentlichen (kurzen) Unterbrechungen ›arbeitsloser‹ beziehungsweise ›freier‹ Schriftsteller und Übersetzer, seit Anfang 1990 Mitglied der PDS.

Stephen Jay Gould: Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution, Fischer Taschenbuchverlag Frankfurt/M. 1999, 287 S. (19,90 DM)  
Amerikanische Originalausgabe: *Full House. The Spread of Excellence from Plato to Darwin*, Harmony Books/Crown Publishers, New York 1996.

»In diesem Buch möchte ich zeigen, dass Fortschritt trotz allem eine Illusion ist, die aus gesellschaftlichen Vorurteilen und gefühlsmäßigen Hoffnungen erwächst; ihre Ursache ist unser Unwille, die einfache (und wahre) Bedeutung der vierten Freudschen Revolution zu akzeptieren.«  
Stephen Jay Gould: Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution, a.a.O., S. 38.

»Schon bei vielen Gelegenheiten habe ich Freuds spöttische, ja fast resignierende Beobachtung zitiert, wonach sämtliche großen Revolutionen in der Wissenschaftsgeschichte bei aller sonstigen Verschiedenheit ein gemeinsames Thema haben: Sie stoßen die menschliche Arroganz allmählich von einem Sockel der kosmischen Selbstsicherheit nach dem anderen. Freund nennt drei solche Ereignisse: Wir glaubten, wir lebten auf dem Zentralgestirn eines begrenzten Universums, bis Kopernikus, Galilei und Newton in der Erde den winzigen Begleiter eines unbedeutenden Sterns erkannten. Dann trösteten wir uns mit der Vorstellung, Gott habe diesen untergeordneten Ort dennoch ausgewählt, um ein

Gould argumentiert nun mit großem Aufwand gegen Auffassungen, wonach die Neigung zur Höherentwicklung umfassend und ein aktiver Trend sei. Diese unter Wissenschaftlern und Laien verbreitete Meinung sei eine Folge der Neigung der Menschen zur Selbstglorifizierung; denn sie ermögliche es, den Menschen als die Krönung eines viele Hunderte Millionen Jahre währenden mehr oder weniger zielgerichteten, das gesamte Organismenreich erfassenden Prozesses zu sehen.

Wie im folgenden gezeigt werden soll, enthält diese Argumentation einige Merkwürdigkeiten. Sie verkennt wirkliche Probleme, rennt offene Türen ein und bietet eine Scheinlösung für eine der ganz großen Fragen der Biologie. Das Unterfangen einer grundlegenden Kritik der Position von Gould ist deshalb etwas diffizil, weil sein Buch zwar die Meinung eines prominenten Wissenschaftlers zu einem wesentlichen wissenschaftlichen Problem präsentiert, sich aber andererseits an Laien richtet, so daß viele für Fachleute selbstverständliche Sachverhalte ausführlich dargelegt werden. Daher ist es manchmal schwierig zu erkennen, wie wichtig für Gould bestimmte Argumente im Rahmen seiner Beweisführung sind, oder ob sie nur aus Rücksicht auf mangelnde Kenntnisse der vermutlichen Leserschaft derart ausführlich dargelegt werden.

#### *Sind wir unseren Vorurteilen ausgeliefert?*

Wie in vielen anderen Schriften argumentiert Gould auch hier, daß verfehlte Auffassungen oft auf Vorurteilen und grundsätzlich falschen, der jeweiligen Frage nicht angemessenen Haltungen beruhen. Die Neigung, in der Organismenwelt eine Tendenz zur Höherentwicklung zu sehen, beruhe auf dem Drang, uns Menschen eine bevorzugte Stellung unter den Lebewesen zuzuschreiben. Viele von den Paläontologen aufgefundene Trends – auch der zur Höherentwicklung – existierten tatsächlich gar nicht, sondern würden nur wegen unserer Vorliebe für das Auffinden von Regelmäßigkeiten in tatsächlich ungeordnete stammesgeschichtliche Abläufe »hineingelesen«. Das durch diese verzerrte Sicht gewonnene schiefe Bild werde durch viele populäre Darstellungen nicht nur unter Laien, sondern auch unter Wissenschaftlern verbreitet und wirke somit auf deren Blick auf ihre Forschungsgegenstände zurück. Gould illustriert dies unter anderem an drei Paaren von künstlerischen Darstellungen zur Geschichte des Lebens aus den Zeiten um 1860, nach 1940 und aus den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Gemeinsam ist diesen Werken, daß auf ihnen zwar jeweils die in dem betreffenden Erdzeitalter neu aufgetretenen Lebensformen erscheinen, die nach wie vor existierenden Tierarten früherer Epochen aber weggelassen sind. Die drei Darstellungen aus den Meeren des frühen Paläozoikums zeigen ganz richtig lauter Wirbellose. In den drei Bildern aus dem Mesozoikum sind aber nur die als höherstehend angesehenen Reptilien zu finden, die damals auch tatsächlich die Ozeane in großer Zahl bevölkerten. Die nach wie vor existierenden zahlreichen Wirbellosen und die vielen schon im Paläozoikum entstandenen und nicht weniger arten- und individuenreichen Fische fehlen aber.

Zweifellos verzerren solche Darstellungen das tatsächliche Geschehen, mögen zu einer gewissen Blindheit gegenüber den Realität-

ten beitragen und zu falschen Schlußfolgerungen verleiten, besonders unter Laien, die meist der Stammesgeschichte der Tierwelt nur ein oberflächliches Interesse entgegenbringen. Aber können sie auch Wissenschaftler irreführen, die sich ernsthaft mit der Evolution der Organismen befassen?

Es fällt auf, daß Gould als Beispiele für verfehlte Vorstellungen vom Ausmaß des Fortschritts in der Natur Äußerungen von vier Laien, eine etwas verworrene Passage aus einem Oberschullehrbuch sowie einige noch verworrenere Aussagen aus dem viel gelesenen Werk eines Psychologen anführt, aber nur einen einzigen Artikel aus einer biologischen Fachzeitschrift sowie eine anfechtbare Äußerung eines – allerdings sehr prominenten – Evolutionsforschers erwähnt. Ist das Bild, das sich die meisten damit befaßten Forscher vom Evolutionsverlauf machen, tatsächlich so verzerrt, wie Gould schreibt, dann erscheint diese Auswahl recht merkwürdig. Warum zitiert er außer *E. O. Wilson* keine weiteren anerkannten Evolutionsforscher? Merkwürdig ist auch, daß Gould sein Paradebeispiel für das Unvermögen, ein historisches Phänomen richtig zu deuten, dem er das ganze 5. Kapitel des Buches (61 von insgesamt 286 Seiten der deutschen Taschenbuchausgabe) widmet, nicht der Biologie, sondern der Geschichte des Baseballspiels entnimmt, selbst wenn man berücksichtigt, daß er damit ein zentrales Argument seiner Position brillant demonstriert.

Zweifellos ist nicht nur das Erkenntnisvermögen von Laien, sondern auch das von Wissenschaftlern durch Vorurteile beeinträchtigt. Das zeigt sich besonders bei sehr schwierigen Fragen, die sowieso kaum zu lösen sind, und deren Klärung sich mancher Forscher durch eine grundsätzlich falsche Herangehensweise völlig unmöglich machen kann. Noch häufiger mag es vorkommen, daß es Wissenschaftlern nicht gelingt, über ihren eigenen Schatten zu springen, wenn es um starke persönliche Interessen geht. Das Interesse seiner eigenen Gruppe, Klasse, Nation oder Rasse hat schon manchem ansonsten durchaus klugen Menschen den Blick vernebelt. Ebenso verheerend kann es sich auswirken, wenn sich ein Autor einmal ausdrücklich in einem bestimmten Sinn geäußert hat und sich später mit Tatsachen beschäftigen muß, die ihm eigentlich zeigen sollten, daß er sich geirrt hat. Aber all dies heißt nicht, daß sich Wissenschaftler bei relativ übersichtlichen Problemen nicht aus solchen Verstrickungen lösen können, besonders dann, wenn das »persönliche Interesse« nicht überwältigend stark ist.

Wie stark ist aber heutzutage das Interesse an Argumenten, die den Menschen an die »Spitze der Schöpfung« stellen, ihm einen außerordentlichen Platz in der Natur zuweisen, etwa indem sie wahrscheinlich machen, daß alles, was seit dem Urknall geschah, nur dazu diene, unsere bevorzugte Art hervorzubringen und ihr geeignete Existenzbedingungen zu schaffen? Vermutlich gering; denn davon, daß sie etwas Besonderes darstellen, sind die Menschen sowieso überzeugt. Diese bevorzugte Stellung wird von kaum jemandem bezweifelt. Wir müssen sogar bezweifeln, daß der Nachweis der Herkunft des Menschen aus dem Tierreich durch *Huxley* (1863) *Haeckel* (1668, 1874) und *Darwin* (1871) diese Gewißheit ernsthaft erschüttert hat.

einzigartiges Lebewesen nach seinem Bild zu schaffen – aber dann kam Darwin und verwies den Menschen auf die Abstammung aus dem Tierreich. Nun suchten wir Trost in unserm vernunftbegabten Geist, bis die Psychologie, wie Freud in einer der unbescheidensten Behauptungen der Geistesgeschichte feststellte, das Unbewusste entdeckte.« Stephen Jay Gould: *Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution*, a.a.O., S. 34.

»Je wichtiger ein Thema ist und je näher es dem Kern unserer Hoffnungen und Bedürfnisse steht, desto leichter machen wir Fehler, wenn wir einen Rahmen für die Analysen schaffen wollen. Wir sind selbst Geschichtenerzähler, Produkte der Geschichte. Trends faszinieren uns, unter anderem weil sie uns Geschichten erzählen, indem sie der Zeit eine Richtung beilegen, zum Teil aber auch, indem sie einer Abfolge von Ereignissen häufig eine moralische Dimension verleihen: Sie schaffen einen Grund zur Trauer, wenn etwas danebengeht, oder zur Freude bei einem der seltenen Leuchtfeuer der Hoffnung.« Stephen Jay Gould: *Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution*, a.a.O., S. 49.

Dazu kommt, daß das Vorhandensein, ja das Überwiegen niederer Formen in der heutigen Organismenwelt und die aus der Existenz der zahlreichen Entoparasiten zu erschließenden häufigen Rückentwicklungen zu niederen Organisationsformen so offensichtliche Tatsachen sind, daß sie von keinem Forscher, der sich ernsthaft mit dem Problem des Fortschritts im Organismenreich befaßt, übersehen werden können. Goulds Aufwand, diese Tatsache darzulegen, ist daher unverständlich.

Ein erstaunlicher und schwerverständlicher Umstand ist es allerdings auch, daß sich nur wenige Forscher mit dem gewiß nicht unwesentlichen Problem der Höherentwicklung oder des Fortschritts im Organismenreich befassen. Kaum jemand bemüht sich um eine Synthese bisheriger Überlegungen. Allein *Victor Franz* (1920, 1935) versuchte schon in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in zwei Monographien nicht nur en passant herauszufinden, worum es sich bei diesem Vorgang eigentlich handelt. Allerdings befriedigt seine Hauptschlußfolgerung nicht (vgl. Lange 1976, 1985: 98). Noch spärlicher als die Bemühungen um die Definition des Begriffs ›Fortschritt‹ in der Evolution sind jedoch Arbeiten zur Klärung der Frage, was derartige Vorgänge herbeiführt.

*Was ist Höherentwicklung? – Inhalt und Charakter des Begriffs*

Gould meint, Höherentwicklung könne kein angetriebener Trend sein, denn es gebe keinen Mechanismus, der sie hervorbringt. Die Antwort auf die Frage, ob es einen solchen Mechanismus gibt oder nicht, hängt natürlich davon ab, was er eigentlich bewirken soll, mit anderen Worten, was biologischer Fortschritt eigentlich ist. Natürlich müssen wir nicht jeden Begriff, mit dem wir umgehen, definieren. Beispielsweise läßt sich viel Interessantes über Säugetiere mitteilen, ohne eine Definition dieser Tierklasse zu geben; denn jeder weiß, was ein Säugetier ist. Eine Definition wird nur bei wenigen Fragen erforderlich, beispielsweise der, ob bestimmte Tiere aus der Trias noch Reptilien oder schon Säuger waren. Von dem verschwommenen Begriff biologischer Fortschritt kann aber im Gegensatz zu dem des Säugetiers kaum jemand sagen, was er bedeutet, beziehungsweise was die, die ihn gebrauchen, gewöhnlich damit meinen.

Es wäre sinnlos, willkürlich festzulegen, was unter Höherentwicklung verstanden werden soll, denn dieser Begriff wird schon seit langem mehr oder weniger spontan von vielen Biologen gebraucht. Für eine Definition müssen wir herausfinden, was allen diesen Wertungen gemeinsam ist. Fortschritt ist kein rein naturwissenschaftlicher Begriff; denn er enthält zweifellos ein menschliches Werturteil, das in der Naturwissenschaft nichts zu suchen hat. Hochstehend oder fortgeschritten bedeutet immer in irgendeinem Sinn besser. Wir sollten uns aber darüber im klaren sein, auf welche Realität sich dieses spontane Werturteil bezieht, wodurch sich höhere und niedere Lebewesen grundsätzlich unterscheiden und was bei höheren Organismen besser ist als bei niederen. Gould ersetzt den Begriff wiederholt durch die wenigstens in Ansätzen meßbare Eigenschaft ›Komplexität‹ und faßt damit etwas vage die morphologischen Kriterien zusammen, die wiederholt als Kennzeichen hoher Organisation

genannt wurden, vor allem Differentiation, Konzentration und Synorganisation (vgl. zum Beispiel Remane 1952; Rensch 1954; für die vordarwinistische Zeit Bonnet 1774; Bronn 1853).

Franz (1920, 1925, 1935) versuchte herauszufinden, was diese Eigenschaften für ihre Träger bedeuten und kam zu dem offensichtlich falschen Schluß: »Höherentwicklung bewirkt ökologische Entfaltung«. Falsch ist dies deshalb, weil – sollte er zutreffen – wir beispielsweise die auf den tropischen Regenwald beschränkten Menschenaffen als niedrigstehend bewerten müßten. Aber mit der Beziehung Organismus – Umwelt hat biologischer Fortschritt zweifellos etwas zu tun. Bei genauerem Hinsehen handelt es sich bei den Eigenschaften, die wir intuitiv als Kennzeichen hoher Organisation werten, um Qualitäten, die den *Individuen* solche Leistungen ermöglichen, die sie von ihrer jeweiligen Umwelt unabhängig machen (vgl. Huxley 1942; Lange 1982, 1985). Zwar mag sich eine Bakterienart ebenso oder sogar besser behaupten als eine Primatenart, aber ein einzelnes Bakterium hat eine äußerst geringe Lebenserwartung und ist jedem Zufall hilflos ausgeliefert, während sich ein Primat den Gefährdungen seiner Umwelt oft erfolgreich entzieht und daher eine im Vergleich zu einem Bakterium geradezu unendlich lange Lebenserwartung hat. Da sich der Begriff Organisationshöhe, so wie er allgemein benutzt wird, auf Qualitäten von Individuen und nicht auf die von Arten, Gattungen usw. bezieht, ist Goulds aufwendige Argumentation, mit der er zeigt, daß die Biomasse der Gesamtheit aller Bakterien möglicherweise die aller übrigen Lebewesen weit übertrifft (auf 11 von 282 Seiten), völlig irrelevant.

Weil biologischer Fortschritt ein Begriff ist, den wir mehr oder weniger spontan auf eine Tendenz in der Stammesgeschichte anwenden, die wir aus uns oft selbst unklaren Gründen besonders hoch bewerten, sagt er nicht nur etwas über die Natur, sondern auch etwas über die menschliche Psyche aus, nämlich darüber, was uns intuitiv am Leben besonders wichtig erscheint. Nichtsdestoweniger bezieht er sich auf einen realen Vorgang. Und sicher nur auf eine von vielen kurz- oder langfristigen Tendenzen in der Stammesgeschichte, aber ganz gewiß auf eine sehr bemerkenswerte Tendenz, die auch dann unsere besondere Beachtung verdiente, hätten nicht gerade wir Menschen innerhalb dieses Trends eine besondere Stellung inne.

### *Gibt es einen angetriebenen Trend zu höherer Organisation?*

Gould hält es der Mühe wert, ein substantiell völlig unbegründetes Argument zurückzuweisen, das allerdings durch ein in den USA viel gelesenes Buch eines Psychologen weit verbreitet ist. Die darin aufgestellte Behauptung, es müsse eine Kraft geben, die die Evolution in Richtung auf höhere Organisationsformen vorantreibt, weil die allgemeine Zunahme von Entropie eigentlich das Organisationsniveau senken müßte und die tatsächlich vorhandenen höheren Lebewesen daher nur durch einen Prozeß entstehen könnten, der dem Entropiezuwachs entgegenwirkt, entkräftet er mit dem Argument, die zwangsläufige Zunahme von Entropie gelte nur für geschlossene Systeme. Die Erde sei kein geschlossenes System. Auf ihr könne durch die Entwertung der von der Sonne eingestrahlten Energie durchaus Ordnung entstehen, ohne daß der Zweite Hauptsatz der

»Nach meiner Überzeugung würde jedes wirklich dominante Bakterium sich vor Lachen ausschütten über die Verklärung eines kleinen Schwanzes, der so weit vom Modus des Lebens, seinem Schwerpunkt und seiner Kontinuität entfernt ist.«

Stephen Jay Gould: Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution, a.a.O., S. 242.

»Zweitens zeigt die Abfolge der Landtiere nur unsere anthropozentrische Sichtweise für die im Laufe der Zeit wechselnde Vorherrschaft, aber die Wandlungen der biologischen Vielfalt gibt sie nicht angemessen wieder. Die Fische werden verbannt, sobald Amphibien und Reptilien das Land besiedelt haben – aber warum bestrafen wir die Fische für das, was ein paar seltsame Verwandte in einer ganz anderen unbekanntem Umwelt taten, vor allem da die Ozeane, in denen Fische immer die beherrschenden Wirbeltiere waren, doch 70 % der Erdoberfläche bedecken?«

Stephen Jay Gould: Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution, a.a.O., S. 27.

Thermodynamik verletzt würde. Dies ist zwar richtig, aber bedeutet das auch, daß Entwicklung zu höherer oder niederer Organisation gleich wahrscheinlich ist? Das anzunehmen, ist aber eine Voraussetzung der Argumentation Goulds.

Außerdem ist es höchst fraglich, ob stammesgeschichtlicher Fortschritt überhaupt etwas mit einer Abnahme von Entropie zu tun hat. Die individuelle Entwicklung eines höheren Lebewesens muß nicht unbedingt weniger Energie entwerten als die eines niederen. Beim Heranwachsen eines Elefanten entsteht wohl mehr Ordnung (nimmt die Entropie lokal stärker ab) als während der Ontogenie eines Menschenaffen, der gewöhnlich als höher organisiert gilt. Vor allem bedeuten Mutationen, die zu höherer Organisation beitragen, vermutlich überhaupt keine Zunahme von Komplexität in der DNA (deren Veränderungen jeden evolutionären Wandel größeren Ausmaßes initiieren). Das gilt natürlich auch für Mutationen zu nachteiligen oder die Komplexität ihrer Träger vermindernenden Erbfaktoren. Sicher führt evolutionärer Fortschritt nicht unbedingt zu einer Zunahme von DNA pro Zellkern (also einer Zunahme von Ordnung im genetischen Material). Säugetiere sind keineswegs die Organismen mit der meisten DNA. Darin werden sie beispielsweise von Lungenfischen, vielen Amphibien und sogar einigen Pflanzen weit übertroffen (vgl. Maynard Smith 1988). Ob ein Lebewesen gegenüber anderen einen Selektionsvorteil hat, weil es höher organisiert oder besser den Bedingungen seiner speziellen Umwelt angepaßt ist als seine Konkurrenten, dürfte in Hinblick auf den Zweiten Hauptsatz der Thermodynamik ebenfalls unwesentlich sein, denn dieser sagt eben nur etwas über die Gesamtheit der Entropie in geschlossenen Systemen aus, und Evolution verläuft nicht in geschlossenen Systemen. Die Frage, ob Höherentwicklung eines Antriebs bedarf, weil sie irgendwelche entgegengesetzten Kräfte überwinden muß, sollte man daher nicht mit Überlegungen zum Zweiten Hauptsatz der Thermodynamik verknüpfen.

»Welches ist in der Evolution der Säugetiere die wirkliche Erfolgsgeschichte? Diese Frage können wir, zumindest was die Artenzahl und die energische Ausbreitung angeht, eindeutig beantworten: Ratten, Fledermäuse und Antilopen (oder, formaler gesagt, die Ordnungen Rodentia und Chiroptera sowie die Familien Bovidae aus der Ordnung Artiodactyla). Diese drei Gruppen beherrschen die Welt der Säugetiere, sowohl in der Zahl als auch in der ökologischen Verbreitung. Aber hat man jemals eine bildliche Darstellung dieses Erfolges gesehen?«  
Stephen Jay Gould: Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution, a.a.O., S. 88.

Gould erörtert das Problem denn auch auf weniger abstrakter Ebene: Er behauptet, die richtende Kraft der Evolution, die natürliche Auslese, bewirke nur Anpassungen an lokale Verhältnisse. Und da diese sich langfristig nur zufällig und nicht gerichtet verändern, könne auch die natürliche Auslese nicht zu geologisch langfristigen gerichteten Wandlungen in der Organismenwelt, also auch nicht zur Höherentwicklung führen. »Natürliche Selektion kann nur für lokale Anpassungen sorgen – und die ist zwar in manchen Fällen höchst ausgefeilt, aber sie bleibt immer lokal und ist keine Stufe in einer Abfolge des allgemeinen Fortschritts oder der zunehmenden Komplexität« (S. 172). Weiterhin meint Gould, dies sei im Grunde auch die Auffassung *Darwins* gewesen. Gerade hierin äußere sich die intellektuelle Radikalität seiner Lehre, denn durch sie würde der Mensch seiner angemessenen Sonderstellung im Tierreich entkleidet. Jedoch hätte selbst der Umstürzler *Darwin* sich nicht von den Vorurteilen seiner Zeit und seiner Klasse lösen können, der anzugehören er ein sorgenfreies Leben verdankte. Eines dieser Vorurteile sei die Idee von einem allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt gewesen, den er daher auch im Organismenreich habe wiederfinden wollen. Dadurch wäre er in einen Widerspruch zur eigenen Theorie geraten.

Diesen nach Ansicht Goulds unlösbaren Widerspruch zwischen der vermeintlichen Wirkungsweise natürlicher Selektion und dem Wunsch einen Mechanismus zu finden, der evolutionären Fortschritt herbeiführt, habe *Darwin* auf eine sehr hergeholte und fragwürdige Weise zu lösen versucht.

Zwar schreibt Gould selbst, er habe »keine besonderen Einblicke in Darwins Gedanken«, dennoch konstruiert er aus Äußerungen, die *Darwin* zu ganz anderen Themen gemacht hat, den erwähnten inneren Zwiespalt und meint sogar: »Ich kenne kein besseres Beispiel für die kulturelle Macht, die der Fortschritt über uns ausübt, als diese Geschichte über Darwins eigenen ungelösten Widerstreit, dieses Tauziehens zwischen der Logik seiner Theorie und den Notwendigkeiten der Gesellschaft. Wenn schon Darwin sich nicht von dieser tief eingewurzelten Grundannahme unserer gemeinsamen Kultur befreien konnte – und das, obwohl er mit seiner Theorie den Schlüssel zu diesem begrifflichen Schloß gefunden hatte –, warum sollte es uns dann besser gehen.«

Die Äußerungen *Darwins*, die Gould anführt und die nach seiner Meinung zeigen, wie dieser seinen Zwiespalt überwinden wollte, sind folgende. In seiner *Entstehung der Arten* heißt es: »Es sei vorausgeschickt, daß ich diese Bezeichnung [›Kampf ums Dasein‹] in einem weiten und metaphorischen Sinn gebrauche ... Mit Recht läßt sich sagen, daß zwei hundartige Tiere in einer Zeit des Mangels um Nahrung und Dasein miteinander kämpfen. Aber es läßt sich auch sagen, eine Pflanze kämpfe am Rand der Wüste mit der Dürre ums Dasein« (S. 97). *Darwin* sah für den Fall, daß die ersterwähnte Situation (der Wettbewerb zwischen Lebewesen) dominiere, eine Möglichkeit zum Fortschritt, denn dieser biotische Wettbewerb müsse zu einer Verbesserung der Lebewesen führen – allerdings nur unter einer Voraussetzung, meint Gould: Die Konkurrenten dürfen keine Möglichkeit zum Ausweichen haben. Freie Lebensräume müssen also fehlen. Diese seien aber zumindest nach dem wiederholten Massenaussterben im Laufe der Erdgeschichte häufig vorhanden gewesen. Gould verweist darauf, daß *Darwin* davon überzeugt war, in der Natur gebe es keine freien Plätze, vielmehr sei die Situation der Lebewesen mit »einer Oberfläche (zu) vergleichen, die mit zehntausend Keilen besetzt ist ... Sie stellen verschiedene Arten dar, die dicht zusammengedrängt sind und unaufhörlich durch Schläge hingetrieben werden ... Manchmal drückt ein Keil, ... der tief eingeschlagen wird, andere heraus; wobei Erschütterungen und Schock sich häufig auch in vielen Richtungen auf andere Keile fortpflanzen [aus einem erst nach dem Tode Darwins veröffentlichten Manuskript].«

Inwieweit diese Zitate beweisen, daß *Darwin* einen Widerspruch in seinen Auffassungen empfunden hat und ob er solche Gedanken tatsächlich entwickelte, um diesen Widerspruch zu überwinden, sei dahingestellt. An dieser Stelle interessiert nur, ob natürliche Auslese zur Entwicklung von höherer Organisation führen kann, oder ob sie, wie Gould behauptet, allein Anpassung an lokale Verhältnisse bewirkt. Nur ein historisches Problem sei noch berührt. Bestand die revolutionierende Bedeutung *Darwins* für das Geistesleben seiner Zeit und kommender Generationen wirklich in erster Linie darin,

»Ich kenne kein besseres Beispiel für die kulturelle Macht, die der Fortschritt über uns ausübt, als diese Geschichte über Darwins eigenen inneren Widerstreit, dieses Tauziehens zwischen der Logik seiner Theorie und den Notwendigkeiten der Gesellschaft.«

Stephen Jay Gould: Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution, a.a.O., S. 178.

den Menschen von einem eingebildeten Sockel zu stoßen? Zweifellos revolutionierte der Nachweis der Herkunft des Menschen aus dem Tierreich das Weltbild vieler Menschen, einerseits durch diese von *Darwin* aufgedeckte Tatsache selbst – weil die Stellung, die dem »Ebenbild Gottes« im biblischen Schöpfungsbericht zugewiesen wird, zweifellos ehrenvoller ist –, andererseits allein schon durch den Umstand, daß *Darwins* Darlegungen wesentlichen Behauptungen der Bibel ausdrücklich widersprachen. Denn dadurch versetzte er der Autorität der Kirchen einen herben – manche meinten damals sogar tödlichen – Stoß. Hat es aber jemals eine nennenswerte Rolle gespielt, daß – wie Gould darüber hinaus meint – der Mechanismus der natürlichen Auslese dem Menschen nicht einmal eine besondere Stellung im Tierreich ermöglicht? Das ist zumindest zweifelhaft.

Ist es richtig, daß natürliche Auslese nur Anpassung an lokale Bedingungen aber niemals eine allgemeine Entwicklung zu höherer Organisation herbeiführen kann? Zunächst einmal hat Gould natürlich recht, daß es keine durchgängige Tendenz zu höherer Organisation gibt. Entwicklungen zu niederen Lebensformen sind mindestens ebenso häufig wie solche zu höherer Organisation. Es ist unwahrscheinlich, daß *Darwin* das nicht auch schon gesehen hat und er die Vorstellung von den Arten, die sich wie eng gesetzte Keile in einer Oberfläche drängen, vor allem deshalb entwickelte, um einen Mechanismus zu haben, der es den Lebewesen unmöglich macht, dem Kampf ums Dasein auszuweichen. Denn dadurch würde beim Vorherrschen biotischer Selektion ein allgemeiner evolutionärer Fortschritt erzwungen.

Weil keine allgemeine Tendenz zur Höherentwicklung existiert und auch von niemandem, der sich ernsthaft mit diesem Problem beschäftigt, behauptet werden kann, sind alle Argumente Goulds überflüssig, mit denen er zeigen will, daß natürliche Auslese keinen globalen biologischen Fortschritt herbeiführen kann. Das eigentliche Problem ist, wie Fortschritt überhaupt – wenn auch nur lokal in einzelnen Zweigen des Stammbaums – zustande kommt. Dieses Problem gäbe es auch, wenn keine Menschen existierten, obgleich es natürlich unter solchen Verhältnissen niemand beunruhigen könnte; es sei denn den oft zitierten intelligenten Beobachter aus dem All. Es hat also im Grunde überhaupt nichts mit einer Sonderstellung des Menschen in der Natur zu tun.

Ein Problem ist der biologische Fortschritt schon deshalb, weil die Entwicklung zu niederen Organisationsformen weit wahrscheinlicher ist als die zu höheren. Offensichtlich degenerieren einmal entstandene komplizierte und funktionell integrierte Strukturen, die bekanntlich oft ein Kennzeichen höherer Organisation sind, nachdem sie ihre Funktion verloren haben, ziemlich regelmäßig und oft sehr rasch (vgl. Kosswig 1963). Meist ist diese Degeneration mit einer erheblichen Zunahme der Variationsbreite der Maße der betreffenden Strukturen verbunden. Dies erstaunt nicht und könnte schon allein aus dem starken Überwiegen nachteiliger – meist in irgendeinem Sinne destruktiver – Mutationen gegenüber vorteilhaften beruhen. Nach den meisten Schätzungen kommt auf 100 Mutationen zu nachteiligen Erbfaktoren höchstens eine zu vorteilhaften. Da der Mutationsvorgang in bezug auf die Nützlichkeit der entstehenden Allele

»Angeblich ist der Fortschritt ja so offensichtlich, aber wie sollen wir diesen Begriff definieren, wenn Ameisen uns das Picknick vergällen und Bakterien uns das Leben nehmen.«

Stephen Jay Gould: Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution, a.a.O., S. 179.



zufällig ist, ist das nicht verwunderlich; denn wenn sich an einem komplizierten, gut funktionierenden System etwas auf zufällige Weise ändert, dann ist Verschlechterung viel wahrscheinlicher als Verbesserung. *Brace* (1963) meint daher, daß das Rudimentärwerden funktionslos gewordener Strukturen schon allein auf dem starken Mutationsdruck zu nachteiligen Faktoren beruht. Verständlich ist auch, daß beim Überflüssigwerden einer Funktion sich das durch entgegengesetzte Selektionskräfte herbeigeführte Gleichgewicht von Strukturen und Funktionen zuungunsten der nun nutzlosen verschiebt.

Schon bereits vorhandene Strukturen bleiben nur durch einen ständigen Selektionsdruck erhalten. Um neue harmonisch funktionierende Organe hervorzubringen, muß natürliche Auslese noch weit mehr leisten. Wie sie dies immer wieder geschafft hat, ist die große Frage, um die es geht.

Vor allem ist Goulds Auffassung, Auslese rufe primär nur Anpassung hervor und einen Anstoß zur Höherentwicklung könne man ihr – wenn überhaupt – nur durch eine sehr gewundene Argumentation zuschreiben, wenig überzeugend. Eine Möglichkeit, Konkurrenten bei der Anpassung an bestimmte Lebensbedingungen zu verdrängen, ist nämlich das Erreichen eines höheren Organisationsniveaus, beispielsweise eine verbesserte Thermoregulation, effektivere Atmung, leistungsfähigere Informationsverwertung usw. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, daß mit der Aussage »Auslese bewirkt Anpassung« nur ein sehr allgemeines Prinzip formuliert ist, das unter ganz verschiedenen ökologischen Bedingungen wirken mußte, um all die unendlich verschiedenartigen und bewundernswürdigen Resultate hervorzubringen, die wir in der Natur bestaunen. Daher gibt es keinen Grund, *Darwin* eine ökologische Argumentation für das Zustandekommen evolutionären Fortschritts als Inkonsequenz anzukreiden, wie Gould es tut. Darüber hinaus ist es nicht einmal klar, ob *Darwin* tatsächlich so argumentiert hat, wie Gould es ihm zuschreibt. Nach Goulds Auslegung seiner Worte zur Erläuterung des Begriffs »Kampf ums Dasein« laufen die Ausführungen *Darwins* auf eine Unterscheidung von biotischem und abiotischem Wettbewerb hinaus, und nur letzterer führe unter der Voraussetzung, es gäbe keine Ausweichmöglichkeit, zur Höherentwicklung. Nun ist aber alle Selektion »biotisch«; denn ausgelesen wird immer zwischen Lebewesen unterschiedlicher Tauglichkeit und niemals zwischen Organismus und übriger Umwelt. Ob dieser Fitneßunterschied darauf beruht, daß einige der Konkurrenten besser mit ihrer belebten oder ihrer unbelebten Umwelt zurechtkommen als die anderen, ist in diesem Zusammenhang gleichgültig.

Letztlich lenkt Goulds Argumentation vom Hauptproblem der Evolutionsforschung ab. Und das ist nach wie vor die Frage: Wie konnten all die komplexen, fein und effektiv aufeinander abgestimmten funktionstüchtigen Strukturen entstehen wie die Augen und Ohren der Wirbeltiere, oder die Flügel – und alle weiteren das Fliegen ermöglichenden Besonderheiten – der Vögel? Dieses Problem besteht nicht nur hinsichtlich der Qualitäten, die wir gewöhnlich als Ausdruck hoher Organisation werten, sondern auch in bezug auf erfolgreiche Spezialisierungen. Trotz aller seit *Darwin* gewon-

»Das Leben als ganzes beginnt an der linken Wand, so dass ihm nur eine Richtung für die Ausdehnung offen steht ... die Aufwärtsbewegung des Mittelwertes muß, zumindest teilweise, die Beschränkung durch die linke Wand widerspiegeln und nicht irgendeine mögliche Tendenz.«

Stephen Jay Gould: Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution, a.a.O., S. 243.

nenen Einsichten in evolutionäre Vorgänge, sind wir in dieser grundlegenden Frage nicht wesentlich weiter als damals. Zwar erscheint es durchaus denkbar, daß hohe oder an spezielle Bedingungen angepaßte Organisation durch die bekannten Evolutionsmechanismen, Mutation, Rekombination, Selektion und Drift herbeigeführt wurde; dennoch wirken die entsprechenden stammesgeschichtlichen Verläufe noch immer fast wie rätselhafte Wunder. Die Existenz hochkomplexer Strukturen im Organismenreich ist daher auch das Hauptargument der Kreationisten und anderer Gegner der Evolutionstheorie. Das Prinzip des Funktionswechsels (vgl. Dohrn 1875) sowie grundsätzliche (vgl. zum Beispiel Bock 1972) oder spezielle Szenarien von Evolutionsvorgängen haben gezeigt, wie sich das alles möglicherweise einmal herausbildete. Dennoch bleibt unser Wissen über das Entstehen von Komplexität im Organismenreich unbefriedigend. Goulds Deutung von evolutionärem Fortschritt als Ergebnis eines statistischen Vorgangs, der an einer »linken Wand« einsetzte und daher zwangsläufig nach rechts – zu höherer Organisation – führen mußte, ist allerdings noch unbefriedigender und bedeutet ein Ausweichen vor dem eigentlichen Problem. Auch Goulds aufwendige Argumentation gegen das Vorhandensein eines angetriebenen Trends zum evolutionären Fortschritt wirkt etwas deplaziert. Seit der nahezu einmütigen Ablehnung von orthogenetischen Erklärungen durch die Evolutionsforschung ist es klar, daß es keinen inneren Antrieb zur Entwicklung von Komplexität gibt. Da aber Säugetiere, höhere Pflanzen, Tintenfische, Bienen und auch wir Menschen tatsächlich existieren, müssen wiederholt in verschiedenen Abstammungslinien spezielle Konstellationen der auf die Evolution einwirkenden Faktoren geherrscht haben, die die Entwicklung in ihre Richtung trieben. Diese Konstellationen gilt es zu erkunden.

So nützlich das Erkennen echter Scheinprobleme ist, so wirkt es andererseits hemmend auf den Fortschritt unserer Einsichten, tatsächliche Rätsel dadurch lösen zu wollen, indem man sie, wie Gould es tut, als bloße Folge unserer Vorurteile denunziert.

### *Goulds Epilog*

In einem kurzen Epilog analysiert Gould die kulturelle Entwicklung mit Hilfe der gleichen Prinzipien, die er in der organismischen Evolution vorfindet. Im Gegensatz zum passiven Trend zum Fortschritt im Tier- und Pflanzenreich sieht er in kultureller Entwicklung zumindest die Möglichkeit zu aktiven Trends, weil sie potentiell la-markistisch ist, das heißt, weil kulturelle Neuerungen im Gegensatz zu im individuellen Leben von Tieren und Pflanzen erworbenen Anpassungen an die kommenden Generationen weitergegeben werden. Das führe gegenüber organismischer Evolution zu weit schnellerer Entwicklung kultureller Phänomene. Wegen dieser schnelleren Entwicklung stoßen kulturelle Prozesse weit häufiger auf »rechte Wände«, als organismische Evolutionsvorgänge, die hingegen sehr oft an »linken Wänden« beginnen. Kulturelle Entwicklungen finden rasch ihre natürlichen Grenzen. Zum Beispiel werden höchstmögliche Leistungen in Sport, Artistik und darstellender Kunst früher oder später einmal erreicht und sind dann nicht mehr zu überbieten. Möglicherweise beruhen auch Krisenerscheinungen in den kreativen

»Kultureller Wandel vollzieht sich nach den Mechanismen, die *einen allgemeinen, angetriebenen Trend zum technischen Fortschritt* beinhalten – und das ist etwas ganz anderes als der kleine passive Trend, den darwinische Vorgänge im Bereich der natürlichen Evolution zulassen.«

Stephen Jay Gould: Illusion Fortschritt. Die vielfältigen Wege der Evolution, a.a.O., S. 274.

Künsten häufiger auf rechten Wänden, als wir geneigt sind zuzugeben. Gould fragt, warum heute kein Komponist vom Format *Bachs*, *Händels*, *Haydns*, *Mozarts*, *Beethovens* oder *Schuberts* existiert, die der kleine deutsche Sprachraum in historisch relativ kurzer Zeit hervorbrachte. »Wo sind heute ihre Entsprechungen? Wen würden wir in der viel größeren ganzen Welt, in der Millionen Menschen die Möglichkeit zu musikalischer Ausbildung offensteht, unter den Komponisten des ausgehenden 20. Jahrhunderts auf eine Stufe mit diesen Männern stellen?« Gould fragt sich daher auch: »Vielleicht kann sich das Spektrum der zugänglichen Stilrichtungen erschöpfen, wenn man die Funktionsweise des menschlichen Nervensystems und die daraus erwachsenden Grenzen der Verständnisfähigkeit in Rechnung stellt. Vielleicht können wir eine rechte Wand der möglichen Popularität erreichen; dann verhindert unsere Ethik der ständigen Neuerungen, daß ein neues Talent, sei es auch noch so begabt, zum Mozart des nächsten Jahrhunderts wird.« Goulds Prinzipien scheinen für die Analyse kultureller Entwicklungen fruchtbarer zu sein, als bei der Untersuchung von Evolutionsvorgängen.

#### Literatur

- Bock, Walter J. (1972): Species interactions and macroevolution, in: *Evolutionary Biology*, 5, pp. 1-24.
- Bonnet, Charles (1774/1977): *Contemplation de la nature*, Amsterdam.
- Brace, Loring C. (1963): Structural reduction in evolution, in: *The American Naturalist*, 97, pp. 39-49.
- Bronn, Heinrich Georg (1853): *Allgemeine Naturgeschichte*, Stuttgart.
- Darwin, Charles (1859): *The Origin of Species by Means of Natural Selection; or, The Preservation of Favoured Races in the Struggle for Life*, London/Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl, Leipzig o.J.
- Darwin, Charles (1871): *The Descent of Man, 2 Bde.*, London/Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl, Leipzig o.J.
- Dohrn, Anton (1875): *Der Ursprung der Wirbeltiere und das Princip des Functionswechsels*, Leipzig.
- Franz, Victor (1920): *Die Vervollkommnung in der lebenden Natur*, Jena.
- Franz, Victor (1925): Zur Kennzeichnung der allgemeinen Entwicklungsrichtungen des Organismenreiches, in: *Zeitschrift für induktive Abstammungs- und Vererbungslehre*, 36, S. 33-58.
- Franz, Victor (1935): *Der biologische Fortschritt. Die Theorie der organismengeschichtlichen Vervollkommnung*, Jena.
- Gould, Stephen Jay (1988): Trends as changes in variance: a new slant on progress and directionality in evolution, in: *Journal of Paleontology*, 62, pp. 319-329.
- Haeckel, Ernst (1868): *Natürliche Schöpfungsgeschichte*, Berlin.
- Haeckel, Ernst (1874): *Anthropogenie*, Berlin.
- Huxley, Julian (1942): *Evolution: The Modern Synthesis*, London.
- Huxley, Thomas Henry (1863): *Evidence as to the Man's Place in Nature*; London.
- Kosswig, Curt (1963): Genetische Analyse konstruktiver und degenerativer Evolutionsprozesse, in: *Zeitschrift für zoologische Systematik und Evolutionsforschung*, 1, S. 205-239.
- Lange, Erich (1976): Ein Beitrag zur Frage »Was ist Höherentwicklung?«, in: *Biologische Rundschau*, 14, S. 206-214.
- Lange, Erich (1985): *Mechanismen der Evolution*, Wittenberg (2. Auflage).
- Maynard Smith, John (1988): Evolutionary progress and levels of selection, in: M. Nitecki (Hrsg.): *Evolutionary Progress*, Chicago & London.
- McShea, Daniel W. (1994): Mechanism of large-scale evolutionary trends, in: *Evolution*, 48, pp. 1747-1763.
- Remane, Adolf (1952): *Die Grundlagen des natürlichen Systems, der vergleichenden Anatomie und der Phylogenetik*, Leipzig.
- Rensch, Bernhard (1954): *Neuere Probleme der Abstammungslehre*, Stuttgart.

## LOTHAR SCHRÖTER

# Ein neuer Bellizismus für das 21. Jahrhundert?



Lothar Schröter – Jg. 1952, Major a.D. der Nationalen Volksarmee (NVA). Dozent Dr.sc.phil., 1974-1990 am Militärgeschichtlichen Institut der DDR Potsdam als wissenschaftlicher Assistent, Oberassistent und Dozent. 1981 Promotion. 1987 Habilitation. 1988/89 Ergänzungsstudium Militärwissenschaft mit Fachabschluß Taktik der Landstreitkräfte an der Militärakademie »Friedrich Engels« Dresden. 1986-1990 Fachgruppenleiter »Militärgeschichte der BRD«. 1990 Abteilungsleiter »Militärgeschichte der NATO und der BRD«.

Seit 1989/90 verändert sich die Welt an ihren Fundamenten. In Europa verschwand ein ganzes Weltsystem, obendrein mit seiner Führungsmacht. Es hätte eine Alternative sein sollen zu einer Gesellschaftsordnung, die für viele ursächlich mit Ausbeutung und Krieg verbunden ist. Und nun: Unfaßbares ereignete und ereignet sich, nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges kaum noch von jemandem für denkbar gehalten. In Europa wurde 1999 ein Krieg geführt, eröffnet von der NATO, dem übriggebliebenen, übermächtigen Militärblock, gegen Jugoslawien, einem Mitglied der UNO und Gründungsmitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Zugleich ist die frühere Weltmacht Rußland in Tschechien in einen blutigen Bürgerkrieg verwickelt. Wäre all dies möglich gewesen, bestünde die Welt noch so, wie sie bis 1989/90 war? Oder was ist nach dem realsozialistischen Systemzusammenbruch an den Wurzeln der Krieg-Frieden-Frage geschehen?

Im Kern handelt es sich offensichtlich darum, daß die Betrachtungsweisen zur Gewalt und zum Krieg als Mittel der Politik fundamental in Bewegung geraten sind. Jahrzehnte der Blockkonfrontation hatten die Streitkräfte in Ost und West auf Abschreckung fixiert. Losung: Krieg führen können, um ihn nicht führen zu müssen. Auch nach der Öffnung der Archive in den meisten Staaten des früheren Warschauer Vertrages gibt es keinerlei Hinweise darauf, daß dieses Bündnis andere Ziele als solche der Verteidigung verfolgte. Für die NATO stellte einer der wohl wichtigsten Aufklärer der DDR im Brüsseler Hauptquartier des Bündnisses, Rainer Rupp, fest, daß sie in seiner aktiven Zeit »strukturell nicht angriffsfähig war.« Das hieß für ihn, »daß die USA in all ihrer Aggressivität nicht dazu fähig waren, in der NATO, in die die anderen europäischen Verbündeten integriert waren, langfristig auf einen Krieg zu planen und das auch durchzusetzen.« »Die Hauptmitglieder in Europa schreckten zu sehr vor einem Konflikt zurück.«<sup>1</sup>

Unzweifelhaft erleben wir jetzt aber einen Umbruch. Er begründet sich zunächst durch die Auflösung des realsozialistischen Gleichgewichtsfaktors. Dazu Rupp: »In dem Moment, da man nicht mehr dafür bezahlen muß und da die Gefahr wegfällt, sind Strukturen, die damals schon in der NATO deutlich waren, natürlich stärker zum Tragen gekommen und deutlicher hervorgetreten. Heute kann die NATO einen Krieg führen, für den sie nicht mehr bezahlen muß.«<sup>2</sup>

Dieser Umbruch vollzieht sich aber auch, hier liegt ein wesentlicher Akzent, im Kontext einer tiefgehenden gesellschaftlich-politi-

1 Rainer Rupp: Was machen Sie nach dem Knast? In: junge Welt, 29./30. Juli 2000.

2 Ebenda.

schen Diskussion. Sie kreist darum, ob und, wenn ja, wie militärische Gewalt für solche umfassenden Werte wie Wahrung der Menschenrechte, Verhinderung von Völkermord, gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie zur Bekämpfung von Sezessionsbestrebungen und zur Abwehr von Terrorismus eingesetzt werden kann und darf.

Diese Debatte muß eigentlich überraschen. Denn schon 1928 wurde der Briand-Kellogg-Pakt unterzeichnet, der gleich in Art. I »den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle«<sup>3</sup> verurteilte. Die UNO-Charta von 1945, die in Artikel 2 Ziffer 4 bereits die Androhung und erst recht die Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen, von zwei Ausnahmen abgesehen, verbietet, ist notifiziertes Völkerrecht. Ebenso die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975. Sie formuliert als Hauptprinzipien für die internationalen Beziehungen u.a. die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die friedliche Regelung von Streitfällen, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die territoriale Integrität der Staaten, das Verbot der militärischen Besetzung des Territoriums und die Verpflichtung zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten.<sup>4</sup> Und es sei gerade in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß sich die Hauptkontrahenten der Blockkonfrontation des Kalten Krieges in dessen letzten zwei Jahrzehnten darüber verständigten, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr ist und sein darf.<sup>5</sup> Artikel 103 der UNO-Charta antwortet schließlich jenen, die vielleicht in gutem Glauben für die Verteidigung der Menschenrechte auch die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt halten, indem er der Friedenssicherung eindeutig Priorität vor allen anderen Aufgaben einräumt: »Widersprechen sich die Verpflichtungen von Mitgliedern der Vereinten Nationen aus dieser Charta und ihre Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, so haben die Verpflichtungen aus dieser Charta Vorrang.«

Man muß sich vergegenwärtigen, was es bedeutet, erneut die Problematik der Rechtmäßigkeit und Opportunität militärischer Gewaltanwendung, zu welchen Zwecken auch immer, in den internationalen Beziehungen aufzuwerfen. Es bedeutet, das gesamte System des Völkerrechts, wie es sich als Konsequenz aus den zwei verheerenden Weltkriegen besonders nach 1945 herausgebildet hat, in Frage zu stellen. Lange vor dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien kam eine Studie der Bundeswehruniversität Hamburg zu dem treffenden Urteil: »Unter dem Aspekt der Entwicklung des internationalen Rechts würde (dies – L. S.) die Rückkehr zur Situation vor Inkrafttreten der Satzung (sogar – L. S.) des Völkerbundes im Jahre 1919 bedeuten, als es noch im Belieben eines Staates oder mehrerer Staaten stand, sich selbst die Legitimation für militärische Aktionen gegen einen oder mehrere andere Staaten zu erteilen.«<sup>6</sup>

Die Welt tritt also in eine Grundsatzdiskussion, die sie eigentlich glaubte, schon lange hinter sich zu haben. Ist dies zunächst erst einmal eine völlig wertfreie Aussage, drückt es Ernst-Otto Czempiel, viele Jahre Leiter des Hessischen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung, mit Blick auf den Balkankrieg und die Hauptinitiatoren der Debatte drastisch aus: »Vorwärts ins 19. Jahrhundert.« Er

3 Zit. nach: Helmuth Stöcker (Hrsg.): Handbuch der Verträge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente der internationalen Beziehungen, Berlin 1968, S. 254.

4 Siehe Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Auszüge), in: Klaus von Schubert (Hrsg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977, Teil 1, Köln 1978, S. 434f.

5 Bei Lichte betrachtet aber war die Absage an Krieg und Gewalt in den politikbestimmenden Kreisen selbst in jenen Jahren nicht durchgängig akzeptierte Grundwahrheit, als die nukleare Apokalypse drohte. West und Ost ließen Stellvertreterkriege führen. Zum Teil massiv griffen die USA in Vietnam, Panama, Grenada sowie in anderen Ländern und die Sowjetunion in Afghanistan militärisch ein. Jenseits aller Sonntagsreden wurde mitunter auch einmal Klartext gesprochen. Schon 1961 postulierten in den USA konservative Ideengeber: »Ist es unsere Absicht, den Kommunismus zu bekämpfen, so folgt daraus, daß unser alles überragendes Ziel nicht die Bewahrung des Friedens um jeden Preis sein kann, sondern die Zerstörung der aggressiven Kräfte des Kommunismus.« (Robert Strausz-Hupé, William R. Kintner, Stefan T. Possony: A Forward Strategy for America, New York 1961, p. 404. Zit. nach Burkhard Koch: Neokonservative Ideologie und USA-Konfrontationsstrategie, IPW-Forschungshefte, Nr. 2/1986, S. 31.). Gegner und Verbündete, so der USA-Politiker Lawrence S. Eagleburger

1984, müßten wissen, »daß wir notfalls bereit sind, im Dienste unserer Politik Gewalt anzuwenden.« (Zit. nach Eagleburger: »Wir brauchen europäische Ideen«, in: Die Zeit, 27. April 1984). Der damalige Außenminister und vorherige Oberste Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, General Alexander M. Haig, hatte in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« vom 11. September 1981 in gleichem Geiste und mit einem Wort, das um die Welt ging, räsoniert: Es gebe Wichtigeres als den Frieden. Dem stimmte sein früherer Amtskollege Henry A. Kissinger »im Prinzip« zu. (Siehe Die Philosophie des Friedens gegen die Ideologie des Krieges, Berlin 1984, S. 148, 251.). Auch in der BRD wurde die Diskussion »Nicht der Frieden ist das Höchste der Güter« (So der Leiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg, Basisilius Streithofen, in einer Adresse an den CDU-Bundesparteitag 1981. [Zit. nach Karen Schönwälder: Frieden wollen wir doch alle. Konservative Reaktionen auf die Friedensbewegung der 80er Jahre in der Bundesrepublik, in: Reinhard Kühnl, Karen Schönwälder (Hrsg.): Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart, Köln 1986, S. 267.]) besonders von den Konservativen und gerade zu den Brennpunkten der Systemauseinandersetzung wie bei der »Nachrüstungs«-Debatte in den achtziger Jahren immer wieder angefacht. Der Ansatz, daß der (Nuklear-) Krieg im Extremfall durchaus ein Mittel der Politik sei, durchzieht die gesamte Geschichte der NATO. Denn bereits in

erläutert: »Schon im 19. Jahrhundert wurde kritisiert, daß die Großmächte schnell und gern zu ihren Waffen, aber ganz ungern zur Brieftasche greifen, wenn es beim Nachbarn etwas zu richten gibt. Insofern verortet sich die NATO-Intervention selbst im 19. und nicht im 21. Jahrhundert. Auch ordnungspolitisch griffen die NATO-Bomben keineswegs einer zukünftigen europäischen Innenpolitik vor, sondern auf Traditionen der vergangenen Staatenwelt zurück, in der die Kanone nicht nur das letzte, sondern das einzige Argument der Könige war. Auch der Begriff der ›humanitären Intervention‹ stammt aus jenen Tagen, bemäntelte schon damals nackte Machtpolitik.«<sup>7</sup>

Wenn Czempiels Analyse zutrifft, dann droht der Rückfall auf das Grundprinzip des Völkerrechts der archaischen Gesellschaften, auf das »ius ad bellum«, das Recht auf Krieg. Als Ausfluß der verschiedenen, vor allem aber ökonomisch bedingten Ursachen für Konflikte und Kriege war es der Ausgangspunkt dafür, daß die Menschheit seit ihrer Existenz nur 282 Jahre Frieden erlebt hat. In nachgerade klassischer Form ist es in der Geburtsurkunde der einzigen heute verbliebenen Supermacht niedergelegt. Mit der Unabhängigkeitserklärung der 13 vereinigten Staaten von Amerika vom 4. Juli 1776 beanspruchten diese »das uneingeschränkte Recht ..., Krieg zu führen ...«<sup>8</sup> Dieser Satz ist nie revidiert worden. Jeder kann sich ohne Schwierigkeiten ausmalen, welche Konsequenzen die Wahrnehmung dieses »Rechtes« in den hochkomplexen Gesellschaften der Jetztzeit haben wird, in denen fünf offizielle und mehrere inoffizielle Kernwaffenstaaten bestehen.

Erfährt das bellizistische Denken nach dem Ende der Systemauseinandersetzung eine Renaissance? Das muß befürchtet werden. Ohne Umschweife erklärte zum Beispiel General a. D. Klaus Naumann, als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses einer der uniformierten Hauptverantwortlichen für die NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien, den Krieg indirekt zum nutzbaren Mittel der Politik. Nur müsse man dann bereit sein, »eigene Verluste hinzunehmen ... und zu eskalieren, bis das Ziel erreicht ist.«<sup>9</sup> Vergessen scheint zu sein, was Benjamin Franklin, der große alte Mann an der Wiege der Weltmacht USA 1773 sagte: »There never was a good war or a bad peace.« Ebenso zu den Akten gelegt offenbar die Mahnung seines Landsmannes Martin Luther King knapp 200 Jahre später: »Die größte Schwäche der Gewalt liegt darin, daß sie gerade das erzeugt, was sie vernichten will. Statt das Böse zu verringern, vermehrt sie es. Es gibt in dieser Welt keine Wahl mehr zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit. Entweder Gewaltlosigkeit oder Nichtexistenz. Genau an diesem Punkt stehen wir heute.«

Betrachtet man den NATO-Jugoslawien-Kosovo-Krieg, werden die prinzipiellen Fragen des Völkerrechts und die Antworten des Nordatlantischen Bündnisses darauf deutlich. Ganz offensichtlich ist die NATO-Aktion gegen Jugoslawien nicht mit dem geschriebenen Recht des Kapitels VII der UNO-Charta, insonderheit mit den Artikeln 42 und 51, aber auch mit dem Artikel 2 des Verbots der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen, in Übereinstimmung zu bringen ist. Diese Artikel gehören aber zu den tragenden Säulen der internationalen Ordnung seit 1945. Damit steht diese Ordnung zur Disposition. Dies um so

mehr, als gleichzeitig bis in die obersten Führungen der einflußreichsten NATO-Staaten die Auffassung vertreten wird, das Völkerrecht habe sich weiterentwickelt, so durch die NATO-Aktion selbst. Das bedeute im Ergebnis, daß innere Angelegenheiten eines Staates nicht mehr in jedem Falle als innere Angelegenheiten zu behandeln seien, sondern nötigenfalls »völlig legitim« durch Einmischung von außen reguliert werden könnten, militärische Gewalt nicht ausgeschlossen. Ganz unverblümt dazu der FDP-Bundestagsabgeordnete Helmut Haussmann: »Humanitäre Interventionen der demokratischen Staatengemeinschaft gegen massive Menschenrechtsverletzungen sind seit dem Kosovokonflikt keine völkerrechtswidrige Einmischung in innere Angelegenheiten mehr.«<sup>10</sup>

Zuerst wird bestimmt, wer zur demokratischen Staatengemeinschaft gehört, dann wird eigenes Recht gesetzt, und schließlich wird dieses eigene Recht kraft eigener Machtvollkommenheit zum Völkerrecht erklärt. Das ist die Aufkündigung der UNO-Charta, aber auch der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki von 1975 in einem ihrer zentralsten Punkte. Das ist aber, mehr noch, auch die Absage an die jahrhundertalte politische und diplomatische Praxis, wonach Völkerrecht kodifiziert sein muß, nicht einseitig ge- und erst recht nicht durch ein einseitig verfügtes »Gewohnheitsrecht« ersetzt werden kann. Und es ist letztlich auch die Negation des »pacta sunt servanda«, eines der Stützpfeiler des friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens der Nationen. Sollte das völkerrechtliche Verständnis Haussmanns und seiner Gesinnungsfreunde Schule machen, würde Vertragsbruch wie zu Zeiten der Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts etwas, worauf sich alle einzustellen hätten. Die Folgen für die internationale Gemeinschaft wären unabsehbar.

Die Regelungen der internationalen Ordnung, wie sie die Welt seit 1945 kannte und die sich nun massivsten Angriffen zu erwehren hat, zwangen im Zusammenspiel mit der tödlichen Drohung der nuklearen Selbstvernichtung der Menschheit zum Interessenausgleich und zum Kompromiß. Das war die Grundidee der friedlichen Koexistenz. Auf dieser Basis entwickelte die Friedens- und Konfliktforschung Theorien, die ihrerseits Eingang in die praktische Politik fanden. Sie trugen maßgeblich zur Entspannung sowie Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in den siebziger und achtziger Jahren bei. Zu ihnen zählten solche wie die Hinlänglichkeit militärischer Kapazitäten, die gesicherte Verteidigungsfähigkeit, das unbedingte Erfordernis der Berücksichtigung legitimer Sicherheitsinteressen aller Seiten und die fundamentalen Erkenntnisse, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr ist und sein darf, daß militärische Gewalt politische Probleme nicht löst, sondern bestenfalls vertagt, in der Regel aber verschlimmert und daß Sicherheit nur mit den potentiellen Gegnern und nicht gegen sie zu erreichen ist. Im Warschauer Vertragsbündnis wurde daraus 1987 mit der neuen Militärdoktrin, die nun einen streng defensiven Charakter annahm und in den Streitkräften auch so umgesetzt wurde, die Konsequenz gezogen. In der NATO erhoben sich zunehmend Zweifel an den Bedrohungsszenarien und an der Doktrin der Abschreckung, die die Aufrüstung immer nur stimuliert hat. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der inhaltlich an

seiner Rede an der Baylor-Universität in Waco/Texas am 6. März 1947 hatte USA-Präsident Harry S. Truman geäußert, daß die Freiheit, besonders die unternehmerische Freiheit, von den Amerikanern noch höher bewertet werde als der Frieden.

6 Konfliktmanagement durch militärische Intervention? Dilemmata westlicher Kosovo-Politik. Studie des Instituts für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg vom August 1998. Zit. nach: junge Welt, 28. Oktober 1998.

7 Ernst-Otto Czempel: Vorwärts ins 19. Jahrhundert, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, Potsdam, 24. März 2000.

8 Zit. nach: Anspruch und Wirklichkeit. Zweihundert Jahre Kampf um Demokratie in den USA. Dokumente und Aussagen, Berlin 1976, S. 20.

9 Klaus Naumann: Die NATO nach dem Kosovo-Krieg, in: Die Welt, 7. Juli 1999.

10 Zit. nach: Kein Modell für die Lösung von Konflikten. Politiker zu Bewertung und Folgen der NATO-Intervention in Jugoslawien, in: Neues Deutschland, 24. März 2000.

11 Heinemann sagte:  
 »Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.«

12 Richard von Weizsäcker, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 72, 8. Juli 1989, S. 631.

13 Siehe S.L. Uttschenko: Cicero, Berlin 1978, S. 246.

die These Gustav Heinemanns, eines seiner Vorgänger, vom Frieden als dem Ernstfall<sup>11</sup> anschoß, kam noch 1989 zu dem Ergebnis: »Heute findet der Wehrdienst seinen der Vernunft einseharen Zweck und seine sittliche Rechtfertigung allein in der Verhinderung eines Krieges ... Wehrdienst ist Kriegsverhütungsdienst. Wird dieses Ziel verfehlt, ist der Dienst am Ende seiner Brauchbarkeit angeht.«<sup>12</sup> Mindestens jedoch gehörte ab Mitte der achtziger Jahre zum politischen Gemeingut, daß Krieg nur ein erzwungener Akt sein könne, daß es nur einen Kriegsgrund geben könne – den Schutz des eigenen Landes. Doch das war eigentlich durchaus nicht neu, denn schon 2000 Jahre zuvor hatte dies Marcus Tullius Cicero, der große römische Rhetor, Literat, Politiker und Philosoph den Politikern ins Stammbuch geschrieben.<sup>13</sup>

Wir sehen: Neben den kodifizierten und tragfähigen völkerrechtlichen Regularien für die internationalen Beziehungen entstand ein integriertes stabiles Gebäude von Theorien und Ansichten in der Krieg-Frieden-Problematik. Dies war nicht einfach und brauchte mehrere Jahrzehnte. Im Zeitraffer betrachtet war damit, ungeachtet vieler und herber Rückschläge, zugleich ein ungeheurer Lernprozeß der Menschheit und in gewisser Weise auch ein Kultursprung verbunden: Es bildete sich sozusagen eine Gewohnheit wachsender militärischer Zurückhaltung heraus. Vertrauen zwischen häufig lange verfeindeten Völkern, Nationen und Staaten baute sich Fundamente. Die Welt erlebte einen zivilisatorischen Fortschritt. Alles zusammen genommen war in der Lage, den Frieden in einer Periode zu erhalten, die durch den antagonistischen Widerspruch konträrer Staats- und Gesellschaftsordnungen und feindlicher hochgerüsteter Militärböcke gekennzeichnet war. Ein größeres Widerspruchspotential ist kaum vorstellbar. Es kam sogar zu fruchtbringender, beiderseits nützlicher Kooperation.

Alle politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen müssen sich darüber klar werden, was ein radikaler Bruch mit dieser Vergangenheit bedeuten würde.

Man kann es indessen drehen und wenden, wie man will: Tatsache ist zugleich, daß die Welt etwas Neues braucht, weil sie wirklich nicht mehr so ist, wie sie war. Ganz oben: Die Bipolarität der Weltsysteme, die den internationalen Beziehungen nach 1945 ihr Gepräge verliehen und sie in ein spezifisches System gebracht hatte, existiert seit 1989/90 nicht mehr. An ihre Stelle ist eine unipolare Welt unter der Ägide der USA und der mit ihnen verbündeten hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten getreten, den Siegern des Kalten Krieges. Unterhalb ihrer unerreichbaren Dominanz bewegen sich mannigfaltige Substrukturen, in der die frühere Zweite und Dritte Welt sowie herabgesunkene Teile aus der Ersten Welt aufgegangen sind. Auch diese Substrukturen haben sich verändert und verändern sich weiter – aus Gründen des fortschreitenden sozioökonomischen Abstiegs und für viele durch den Wegfall der realsozialistischen Bündnispartner.

Wir haben es also mit einer Weltsituation zu tun, die es so noch nicht gegeben hat. Seit man von Weltpolitik im eigentlichen Sinne sprechen kann, und das ist erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Fall, als dann auch Weltkriege möglich wurden,



verzeichnete man zunächst den imperialistischen Streit mehrerer Großmächte. Nach 1917 sodann die Fortsetzung dieses Streits bei Heraufziehen des Systemantagonismus und schließlich die West-Ost-Konfrontation im Kalten Krieg. Man hatte es stets mit Multibeziehungsweise Bipolarität zu tun. Bis 1945 im übrigen, ohne daß die Peripherie – die spätere Dritte Welt – eine zählbare Rolle gespielt hätte. Nun aber gibt es nur noch eine einzige Weltmacht. Jedenfalls betrachtet sie es selbst so. Sie sieht nach den Worten von Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater von Präsident James E. Carter, gegenwärtig auf der eurasischen Kontinentalmasse nur »amerikanische(n) Vasallen und tributpflichtige(n) Staaten ... , von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären.«<sup>14</sup> sowie in »Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat ...«<sup>15</sup>

Für die Welt wird es schicksalhaft sein, wie die omnipotente Supermacht USA mit ihrer Omnipotenz umgeht. Wird sie den sich zuspitzenden Existenzfragen der Menschheit – Unterentwicklung, Verelendung, Bevölkerungsexplosion, Klimakatastrophen, Verknappung der Rohstoffreserven, Kriege und Konflikte in vielen Teilen der Erde – mit einer zukunftstauglichen, nachhaltigen Strategie begegnen? Wird sie nach dem Sieg im Kalten Krieg den Weg des Ausgleichs und des gerechten Teilens in einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung gehen? Wird sie nun, gemeinsam mit ihren reichen Partnern in Westeuropa und Japan, Ernst machen mit dem, was die USA in ihrer Unabhängigkeitserklärung ja für alle Menschen feierlich festgeschrieben hatten: »Wir halten es für selbstverständliche Wahrheiten, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, zu denen das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück gehören.«<sup>16</sup>

Oder wird sie die entgegengesetzte Richtung einschlagen? Wird sie Sicherheit und Prosperität nur für sich und allenfalls noch für ihre Bündnispartner wollen? Das hieße, den Rest der Welt aufzugeben und Abschottung mit allen Konsequenzen, auch militärischen. Und doch würden die Dämme für alle Zukunft nicht halten. Wird sie jene völkerrechtlichen Regularien, die die Zivilisation über ein halbes Jahrhundert haben überleben lassen, so über Bord werfen, wie es nach dem Jugoslawien-Kosovo-Krieg den Anschein hat? Dann schließe sie mit unabsehbaren Konsequenzen die Warnung des Gründungspräsidenten der USA, George Washington, in den Wind. Kaum daß der Befreiungskrieg gegen England gewonnen war, mahnte er für sein Land eindringlich: »Präzedenzfälle sind gefährliche Dinge. Haltet die Zügel ... straff und in fester Hand, und straft jede Verletzung der Verfassung. Ist diese fehlerhaft, so verbessert sie, aber es darf nicht geduldet werden, daß auf ihr herumgetreten wird, solange sie besteht.«<sup>17</sup> Und werden die USA und ihre Verbündeten, die heute fünf Achtel der Weltmilitärausgaben bestreiten, ungeachtet ihres schon jetzt auf lange Zeit unaufholbaren militärischen Vorsprungs erneut den Weg der Überrüstung beschreiten? Dann hätten sie die gedankliche Tiefe von Henry A. Kissinger nicht begriffen, der in seinen Memoiren für die Geschicke der Menschheit ausführte: »Wenn wir etwas aus der Geschichte lernen können, dann, daß es ohne

14 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim/Berlin 1997, S. 41.

15 Ebenda, S. 92.

16 Zit. nach: Anspruch und Wirklichkeit, a.a.O., S. 16.

17 Zit. nach: Franz Herre: George Washington. Präsident an der Wiege einer Weltmacht, Stuttgart 1999, S. 253.

18 Henry A. Kissinger:  
Memoiren, Bd. I 1968-1970,  
München 1981, S. 83.

19 Zit. nach: Norman  
Paech: Die Neue NATO-  
Strategie – Neues Völker-  
recht? In: Joachim  
Hösler/Norman Paech/Ger-  
hard Stuby: Der gerechte  
Krieg? Neue NATO-Strate-  
gie, Völkerrecht und West-  
europäisierung des Balkans,  
Bremen 2000, S. 48.

20 Zit. nach: Egon Bahr:  
Zu meiner Zeit, München  
1998, S. 157.

21 Jewgeni M. Primakow:  
Kalter Krieg oder warmer  
Friede? In: Die Welt, 6. Juli  
1999.

Gleichgewicht keinen Frieden und ohne Beschränkung keine Ge-  
rechtigkeit gibt.«<sup>18</sup>

Man muß skeptisch sein. Deprimiert schrieb der frühere General-  
sekretär der Vereinten Nationen Boutros Boutros-Ghali knapp ein  
Jahrzehnt nach Ende des Kalten Krieges: »Es dauerte längere Zeit,  
bis ich mich der Einsicht stellte, daß die USA keine Diplomatie  
brauchen; Macht genügt.«<sup>19</sup>

Siege in Kriegen, auch in Kalten Kriegen, sind eine höchst ambi-  
valente Sache. Viel wichtiger noch, als die Sieger mit den Besiegten  
umgehen – die Erfahrungen liegen seit 1989/90 vor, doch das hat  
sich nach ein, zwei, höchstens drei Generationen erledigt – ist, wie  
sich die Sieger ihrem Sieg stellen. Die meisten, von ihren eigenen  
Erfolgen von Schwindel befallen, haben in der Geschichte kraß ver-  
sagt. Weil sie den Sieg mit den gleichen Mitteln bewältigen wollten  
wie den Krieg. Einer von den großen Siegern der Vergangenheit, der  
Iron Duke, also Arthur Wellesley Herzog von Wellington, stößt uns  
mit der Nase drauf: »Nur die Niederlage ist schlimmer als der Sieg.«  
Wenn es richtig sein sollte, daß der Erfolg des Westens im Kalten  
Krieg Ergebnis der Politik der Stärke war und daß selbst seine Ent-  
spannungspolitik sich darin einordnete, weil sie, wie Egon Bahr be-  
stätigt, lediglich eine »Aggression auf Filzlatzchen«<sup>20</sup> war – ist es  
dann nicht höchste Zeit innezuhalten und nach wirklich tragfähigen  
Konzepten für die Zukunft zu forschen? Statt den ausgetretenen  
Pfadern einer mehr als 5000jährigen verhängnisvollen Vergangenheit  
zu folgen, wo mit jedem der Siege und dem Versagen danach die  
Saat für die neuen, immer verheerender gewordenen Konflikte ge-  
legt wurde? Der österreichische Soziologe Joseph Schumpeter  
warnte schon vor achtzig Jahren: Führungseliten, die nach erfolg-  
reich getaner Arbeit nicht ausgewechselt werden, neigen dazu, die  
von ihnen erprobten Strategien auch unter völlig veränderten Bedin-  
gungen fortzuführen. Kann der Westen tatsächlich darauf vertrauen,  
daß die beiden gedemütigten Kolosse der zurückliegenden zehn  
Jahre, die Riesenreiche Rußland und China, sich auch fürderhin in  
die ihnen zugeordnete Rolle als periphere Mächte fügen werden?  
Liegt es nicht auf der Hand, daß sie allmählich ein strategisches  
Bündnis eingehen werden, vielleicht mit Indien als Drittem im  
Bunde? Der russische Präsident Wladimir W. Putin hat unmittelbar  
nach seiner Wahl vom 26. März 2000 eine Überprüfung der Außen-  
politik seines Landes angekündigt. Und der frühere Ministerpräsi-  
dent Jewgeni M. Primakow warnte, daß die Politik der USA und der  
NATO dazu führe, daß »Rußland seine Gefechtsfähigkeit steigern«  
werde, was »wiederum auf die innenpolitische Lage in unserem  
Land durchschlagen, die Demokratisierung behindern und isolatio-  
nistische Tendenzen fördern (wird)«<sup>21</sup>

Militärisch, ökonomisch und technologisch mag der Westen, dazu  
getragen von einer breiten Identifikation der Menschen mit seinem  
Staats- und Gesellschaftsmodell, noch lange unerreichbar sein. Über  
Sein oder Nichtsein der Zivilisation entscheidet er aber nicht allein  
– ein kardinaler Unterschied zu allen Hegemonialsystemen der Ge-  
schichte vor dem Aufkommen der Kernwaffen. Es ist die Herausfor-  
derung eines neuen Kalten Krieges und eines abermaligen Wettrü-  
stens anderer, aber nicht weniger gefährlicherer Qualität, die sich am

Horizont abzeichnet. Vor einigen Monaten hat Rußland eine neue Militärdoktrin beschlossen. Wenig ist über sie bislang bekannt. Doch vieles deutet darauf hin, daß sie einen nuklearen Ersteinsatz nicht mehr ausschließt, ja daß Kernwaffen unter Umständen auch in konventionellen Kriegen zum Einsatz kommen könnten. Auch sollen die Streitkräfte wieder deutlich mehr Mittel als in den zurückliegenden Jahren erhalten. Die Verteidigungsindustrie soll erneut angekurbelt werden. Fragt man sich im Westen nicht, ob er an dieser gefährlichen Wendung nicht mitschuldig ist? Und wie will er darauf reagieren? Auf einen groben Klotz einen groben Keil?

Weil die Giganten Eurasiens in den Schlüsselbereichen der Macht nicht mithalten können, werden sie asymmetrische Antworten geben. Zu asymmetrischen Antworten werden sich noch viele andere Länder herausgefordert sehen, die dem Westen noch weniger Paroli bieten können. Von ihm zurückgewiesen oder sogar militärisch eingeschüchtert, werden sie sich auf ihre gegen ihn definierten Interessen zurückziehen und möglicherweise in regionalen Bündnissen Zuflucht suchen. Einige werden eigene Massenvernichtungswaffen entwickeln wollen, denn der Krieg gegen Jugoslawien wäre nicht geführt worden, wenn das Land Nuklearmacht gewesen wäre. Wieder andere könnten im Terrorismus die Antwort suchen, durch den die komplexen Staats- und Gesellschaftssysteme der Industriestaaten höchst verwundbar sind.

All das beschwört eine geradezu unberechenbare Instabilität herauf, für die der Westen wenigstens mitverantwortlich wäre. Nehmen die USA und ihre Partner dies sehend in Kauf? Vielleicht gar bewußt, weil sie sich ohnehin außerstande sehen, die Probleme der Welt bei ihrer Wurzel zu packen und weil sie sich deshalb sagen: »Bauen wir unsere eigene Übermacht aus, damit wir durch eine neue Politik der Stärke das Ganze beherrschen, wohl wissend, daß dadurch oft das Recht des Stärkeren an die Stelle der Stärke des Rechts treten würde!« Oder bewahrheitet sich, daß das mit der Ausbeutung der Menschen und anderer Völker gekoppelte Streben nach maximalem Profit das Grundgesetz der kapitalistischen Marktwirtschaft ist, dessen gesetzmäßiger Ausfluß Rüstung und Krieg sind? Behalten jene recht, die die Regierungen der kapitalistischen Staaten als ausführende Organe mächtiger Wirtschafts- und Profitinteressen betrachten, weil sich diese Regierungen, so Alexander Hamilton, der Finanzminister George Washingtons, auf die Klasse der Besitzenden, der gesellschaftlichen Oberschicht stützen und eine deren Bedürfnissen entsprechende Politik betreiben?<sup>22</sup>

Tatsächlich wird eine überzeugende Antwort gebraucht, wie Mord, Vertreibung, Folter, Vergewaltigungen und allen Arten von Menschenrechtsverletzungen begegnet werden soll und ob militärische Mittel dabei eine Rolle spielen können. Aber kann der Krieg gegen Jugoslawien eine Antwort für die Zukunft sein?

Auch Rußland führt Krieg – in Tschetschenien. Breit ist die Welle des Protestes und der Kritik am Vorgehen der Moskauer Zentrale in der abtrünnigen Kaukasusregion. Kaum jemand findet sich, der es verteidigt. Und in der Tat hat dieser Krieg Not und Elend über Hunderttausende Menschen gebracht. Ein Ende ist ungeachtet aller Erfolgsmeldungen nicht in Sicht. Auch hier ist, nebenbei gesagt, zu

22 Siehe Franz Herre, a.a.O., S. 327.

erörtern, wie ernst man es seinerzeit damit meinte, daß Krieg kein Mittel der Politik sein darf und politische Probleme mit Gewalt auf Dauer nicht gelöst werden können. Beide Seiten des Tschetschenienkrieges sind angesprochen, denn beide gingen aus den sowjetischen Führungsschichten hervor.

Doch damit allein ist es nicht getan. Die internationale Gemeinschaft muß sich dem Problem stellen, wie in der heutigen Zeit mit gewaltsamen Sezessionsbestrebungen umzugehen ist. Worin bestehen, wenn man einmal moralische Bewertungen beiseite läßt, die Unterschiede zwischen dem russischen Vorgehen in Tschetschenien und dem Bürgerkrieg in den USA 1861 bis 1865, als die Unionisten der Nordstaaten die Abspaltung der Konföderierten im Süden von den Vereinigten Staaten verhinderten und, was noch viel wichtiger ist, die bürgerliche Demokratie gegen eine brutale und historisch überlebte Sklavenhalterordnung verteidigten, wobei die Menschen auf beiden Seiten einen hohen Blutzoll entrichten mußten? Wie hat sich die Weltgemeinschaft und wie haben sich insbesondere die NATO-Staaten zu den Kolonialkriegen von Mitgliedsländern, die ja gegen die Völker dieser Kolonien zum Teil mit brutalsten Methoden geführt wurden, vor allem in den dreißig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg verhalten? Wie steht die Weltgemeinschaft zu den Desintegrationsbestrebungen in Nordirland, Spanien, Belgien und auf Korsika, die durchaus von beachtlichen Teilen der Bevölkerung getragen werden, und zu den häufig repressiven Reaktionen der Staatsmacht der betreffenden NATO-Partner darauf? Oder das prägnanteste Beispiel: Gegen den Krieg Moskaus wendet sich die westliche Politik vehement und zu Recht. Aber im Namen von Demokratie und Menschenrechten wurde gegen Jugoslawien ein mörderischer Krieg geführt. Gleichzeitig sehen die an diesem Krieg beteiligten Staaten mehr oder weniger tatenlos den Vertreibungen und Morden in Kurdistan zu, die der NATO-Partner Türkei zu verantworten hat. Mittlerweile sind vier Millionen Kurden vertrieben und 30 000 Menschen getötet, 4 000 kurdische Dörfer dem Erdboden gleichgemacht worden. Und trotzdem: Fast alle Waffen in den Beständen der türkischen Streitkräfte kommen von anderen NATO-Staaten, und der Rüstungsexport dorthin hält unvermindert an, wird mit der Lieferung einer Munitionsfabrik für Handfeuerwaffen und vielleicht doch noch von tausend deutschen Panzern »Leopard 2« sogar neuen Schwung bekommen. Die Haltung der USA, die 1994 im UNO-Sicherheitsrat die Entsendung von Truppen gegen den Völkermord in Ruanda blockierten, der am Ende eine halbe Million Tote kostete, und die über Jahrzehnte billige oder gar unterstützende Haltung des Westens in bezug auf die nun schon über fünfzig Jahre währende israelische Vertreibung Hunderttausender Palästinenser ließen sich anfügen.

Erst recht für eine Wertegemeinschaft, die die NATO sein will, tut sich hier das Problem des doppelten Maßes und der doppelten Moral auf. Damit ist Glaubwürdigkeit nicht zu erringen. Im Gegenteil. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die breite Öffentlichkeit nicht nur in zweitrangigen Fragen des Jugoslawienkrieges – ähnliches könnte man vom Tschetschenienkrieg annehmen – offenbar getäuscht worden ist. Er sei geführt worden im Namen der Menschenrechte. Das ist die zentrale These. Allein die Tatsache, daß die Initiatoren des

Krieges wiederum nur einige aus dem umfangreichen Katalog der Menschenrechte herausgriffen, die sie zu schützen vorgaben – seit Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948/Resolution 217 A (III) durch die UNO-Vollversammlung werden die Rechte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich (Artikel 22 bis 27) unterschlagen –, rechtfertigt es, sich auch den Mechanismen und den Ergebnissen massivster Meinungsmanipulation zuzuwenden. Wie sagte doch Jean Paul 1806: »Im längsten Frieden wird nicht so viel Unsinn und Unwahrheit (gesprochen) wie im kürzesten Krieg«? Oder Otto von Bismarck, dem das berühmte Wort zugeschrieben wird, daß selten so viel gelogen werde, wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.

Wenn im Krieg das erste Opfer die Wahrheit ist – wer wollte nach den Erfahrungen mit dem wahrheitswidrigen Konstrukt des Töning-Zwischenfalls von 1964, der die Begründung für das massive militärische Engagement der USA in Vietnam lieferte, und mit den häufig unwarhen Verlautbarungen vor und während des zweiten Golfkrieges daran zweifeln, daß auch bürgerlich-parlamentarische Ordnungen dabei skrupellos sind –, drängt sich nachdrücklich die Frage nach den tatsächlichen Gründen für die Waffengänge auf. Vor allem zur Prävention von Krieg und Gewalt müssen die tatsächlichen Ziele der beteiligten Seiten vor und während bewaffneter Zusammenstöße untersucht werden. Auch der Vergleich, so zwischen dem Balkan- und dem Tschetschenienkrieg, ist in dieser Beziehung legitim. Nicht, um etwa einen »schlechteren« und einen »besseren« Krieg herauszufiltern, sondern einzig und allein darum, jenseits der Empörung über sinnloses Leiden und Sterben Ursachenforschung zu betreiben, aber auch um argumentativ in die öffentliche Meinungsbildung eingreifen zu können.

Zu untersuchen ist ferner die Verhältnismäßigkeit der Mittel. In Rechtsstaaten gehört sie zu den obersten Prinzipien staatlichen Handelns. Welchen Preis an Menschenleben zahlen Tschetschenen und Russen im Kaukasuskrieg? Welche finanziellen Mittel gehen Rußland verloren, das wirtschaftlich am Boden liegt und in dem Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben? Welchen Sinn konnte der Jugoslawienkrieg haben, wenn 504 jugoslawische Zivilisten getötet (laut Urteil eines Belgrader Gerichts vom 21. September 2000; dazu kommen 546 Soldaten und 138 Polizisten)<sup>23</sup> und 6 000 verletzt wurden, wenn 200 Fabriken und Kraftwerke, 190 Schulen, fünfzig Krankenhäuser, fünfzig Brücken und Hunderte weitere zivile Objekte in Schutt und Asche sanken? Wurden hier nicht Lebensgrundlagen eines ganzen Volkes zerstört, um – in der Logik der NATO – bestenfalls Lebensgrundlagen eines anderen Volkes, der Kosovaren, zu erhalten? Zu den Wiederaufbaukosten von 30 Milliarden (Schätzung durch die Deutsche Bank<sup>24</sup>) bis 60 Milliarden Dollar (Schätzung der jugoslawischen Führung<sup>25</sup>; den gesamten volkswirtschaftlichen Schaden gibt sie mit 102 Milliarden Dollar an<sup>26</sup>) addieren sich die Kriegsführungskosten der NATO und Jugoslawiens von etwa je sechs Milliarden Dollar<sup>27</sup>. Die Bundeswehruniversität München prognostizierte unter Einbeziehung aller Faktoren bis Kriegsende etwa 55 Milliarden Dollar.<sup>28</sup> Dazu kommen die Aufwendungen für die Truppenstationierung im Kosovo, an die damals

23 Siehe Belgrad verurteilt 14 NATO-Politiker, in: junge Welt, 22. September 2000.

24 Siehe Mythen und Legenden der Aggressoren. Rechtfertigungsversuche von NATO und Bundesregierung und die Realität auf dem Balkan, in: Neues Deutschland, 24. März 2000.

25 Siehe »Unsere erste Aufgabe ist der Wiederaufbau«. Interview mit Aleksandar Rastoviæ, Führungsmitglied der Sozialistischen Partei Serbiens, in: Ebenda, 9. November 1999.

26 Siehe Hannes Hofbauer: Belgrad auf den ersten und den zweiten Blick, in: Ebenda, 9. Mai 2000.

27 Siehe Luftangriffe kosteten die NATO neun Milliarden Mark, in: Berliner Zeitung, 2. Juni 1999.

28 Siehe Teurer Krieg, in: Der Spiegel, 25. Mai 1999.

noch niemand dachte. Brigadegeneral a. D. Heinz Loquai schätzt die Kosten für die etwa 40 000 Mann im Kosovo auf jährlich 15 Milliarden DM. Allein auf Deutschland kämen zwei Milliarden DM pro Jahr zu, wobei von einer zwanzig- bis dreißigjährigen NATO-Präsenz im Kosovo ausgegangen wird.<sup>29</sup>

Was hätte man erreicht, wären diese Mittel rechtzeitig in die sozio-ökonomische Entwicklung auf dem Balkan geflossen?

Und wurden nach der NATO-Besetzung des Kosovo Vertreibungen und Morde dort wirklich gestoppt, wenn man auf die schätzungsweise 350 000 bis 500 000 vertriebenen Serben, Montenegriner, Roma, Kroaten, Moslems und Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen aus diesem Gebiet<sup>30</sup> und wenn man an die zahlreichen Tötungsverbrechen an Menschen dieser Gruppen im Kosovo denkt?

Gerade von Militärs zu leisten ist schließlich die Analyse, ob überhaupt beziehungsweise welchen Beitrag die Streitkräfte tatsächlich zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit und zur Wahrung anderer hoher Werte der Gesellschaft leisten können. Und was es ökonomisch, geistig-gesellschaftspolitisch, aber auch entwicklungspolitisch bedeuten würde, Militär umfassend in die Lage zu versetzen, »Spielbein« der Politik zu werden, wie es ein früherer Generalinspekteur der Bundeswehr ausdrückte.

Klar ist: Wenn »früher oder später ... sich die stärkere militärische Macht auch auf politischem Gebiet vorteilhaft auswirken«<sup>31</sup> soll, weil in der Geschichte »der politische Einfluß der Nationen etwa ihrer militärischen Stärke entsprochen«<sup>32</sup> habe (Kissinger), dann muß auch die Bereitschaft zu Drohungen mit ihr und zu ihrem Einsatz vorhanden sein. Sonst bliebe sie ein Papiertiger. Begibt man sich aber, nur um des Exempels willen, in diese Logik, dann schält sich ganz abgesehen von den überragenden politischen Konsequenzen folgendes heraus:

*Erstens:* Die heutigen modernen Armeen sind einzig und allein auf den bewaffneten Kampf mit ihresgleichen vorbereitet. In ihrer Ausbildung, Ausrüstung und Motivation taugen sie nicht für Interventionen in den Bürger- und Guerillakrieg. Auch neue sogenannte Krisenreaktionsstreitkräfte ändern daran nichts wesentliches, weil auch sie ganz überwiegend auf den Kampf gegen geschlossene Formationen gut ausgerüsteter militärischer Kontingente, in der Regel von Staaten, ausgerichtet werden. Wenn man sich aber umschaute, dann handelt es sich bei den bewaffneten Zusammenstößen in der Welt, die angeblich nach einer Befriedung von außen rufen, zu etwa 90 Prozent um innerstaatliche beziehungsweise Bürger- beziehungsweise Guerillakriege. Von außen dort Soldaten einzusetzen, ohne daß wie in Haïti im September 1994 oder in Osttimor im September 1999 die Gewähr für einen kampflosen Einmarsch besteht, wäre völlig verantwortungslos. Hohe Opferzahlen schon bei den Interventionstruppen wären vorprogrammiert. Dies um so mehr, als diese Kriege von ihrer Natur her von allen Beteiligten besonders grausam geführt werden. Rasch kommt man in solche Konflikte hinein, hinaus – und das ist politisch und militärisch gemeint – um so schwerer. Wer nach den Desastern der USA in Vietnam und der Sowjetunion in Afghanistan dafür noch Beweise braucht, sollte fragen, warum die USA Kuba noch nicht angegriffen haben. Und warum die

29 Siehe Von der Erfindung »Hufeisenplan« zur neuen NATO-Strategie, in: Neues Deutschland, 22. September 2000.

30 Siehe Vertreibung aus Kosovo, in: Ebenda, 22./23. April 2000.

31 Henry A. Kissinger, a.a.O., S. 203.

32 Ebenda, S. 256.

NATO 1999 eben den Landkrieg gegen Jugoslawien doch nicht eröffnet hat. Und warum sie im Kosovo alles unternimmt, um sich auf keinen Fall in Scharmützel mit den Bürgerkriegsparteien verwickeln zu lassen. Die Antwort findet er unter anderem bei den bekannt gewordenen Untersuchungen Washingtons vor einer erwogenen militärischen Intervention in Nicaragua nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution 1979: Die militärische Supermacht entschied sich gegen die Intervention in dieses kleine mittelamerikanische Land, weil man Verluste von zigtausenden Soldaten befürchtete, die auch lange Jahre nach dem Vietnam-Debakel politisch nicht zu verkraften gewesen wären. Und zur Erinnerung: »Germans to the Front« war die Losung der USA bei der Aufstellung der Bundeswehr – Menschenverluste wollten die USA schon damals lieber den Verbündeten als sich selbst zumuten.

*Zweitens:* Selbst wer dies ausklammert, erkennt ohne Mühe, daß ein neutrales gewaltsames militärisches »Dazwischengehen« so gut wie unmöglich ist. In Bürger- und Guerillakriegen sind die Seiten unterschiedlich militärisch organisiert. Zumeist handeln auf der einen Seite reguläre Armeekontingente, auf der anderen Seite Untergrundkämpfer. Letztere sind durch fremde »Friedenserzwingungsstreitkräfte« kaum zu fassen. Demgegenüber bietet die andere Konfliktpartei mit ihren regulären Truppen die einzigen wirklichen Ziele. Das sind Konzentrierungspunkte, befestigte Stellungen, Kasernen, Flugplätze, Marinebasen, schweres Gerät und Marschkolonnen größerer Truppenteile. Allein durch diese unausweichliche Zielsprache und damit nur aus diesem militärischen Grund werden die »Friedenserzwingungsstreitkräfte« sofort Konfliktpartei für eine der beiden Seiten. Nicht umsonst wurde deshalb schon vor den NATO-Luftangriffen auf Jugoslawien gewarnt, daß im Kosovo nur serbische Ziele lohnende Ziele sein können, die NATO-Flugzeuge würden die Luftwaffe der UÇK. All das hat sich bewahrheitet. Wird auf der Basis einer solchen Begünstigung nur einer Seite der »Frieden« erzwungen, so kann dies nur ein Diktatfrieden sein. Er wird von der anderen Konfliktpartei niemals akzeptiert werden; die Konfliktursachen sind nicht beseitigt, sondern sie bestehen fort, neuer politischer und militärischer Sprengstoff wird angehäuft. Auch dies hat sich in und um den Kosovo vollauf bestätigt.

*Drittens:* Bisher ist es zur »Friedenserzwingung« durch Bodentruppen von außen weder in Bosnien-Herzegowina noch im Kosovo gekommen. »Friedenserzwingung« bedeutet nicht militärische »Drohkulisse«, sondern soll mit bewaffnetem Kampf und sogar Krieg durchgesetzt werden. Mit den NATO-Luftangriffen auf Jugoslawien war dies ja versucht worden. Doch trotz aller Siegespropaganda der NATO wird intern selbst von einem Fehlschlag gesprochen, so unter anderem der frühere britische Kommandeur der UNO-Schutztruppe für Bosnien-Herzegowina, General Michael Rose.<sup>33</sup> Von einem militärischen Sieg der NATO zu sprechen, nannte auch Klaus Schwarz von der namhaften Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen Unfug.<sup>34</sup> Wenn im NATO-Jugoslawien-Kosovo-Krieg überhaupt von »Friedenserzwingung« gesprochen werden kann (am Ende war es ein Kompromiß zwischen Jugoslawien und der NATO), dann beruhte sie im wesentlichen auf dem Luftterror der NATO

33 Siehe Britischer Militär: Luftkrieg war ein Fehlschlag, in: Neues Deutschland, 15. Juli 1999.

34 Siehe Stefan Leifert: Zweifel an der Kriegsbilanz der NATO-Experten, in: Berliner Zeitung, 16. September 1999, S. 10. Der erzielte Kompromiß zwischen Jugoslawien und der NATO bewahrte das Angriffsopfer vor der Besetzung seines gesamten Landes, wie es im Vertragsdiktat von Rambouillet vor Beginn der Luftangriffe vorgesehen war.

gegen die Zivilbevölkerung und zivile Infrastrukturobjekte sowie auf dem Einfluß Rußlands auf die Führung in Belgrad. Die militärischen Verluste der jugoslawischen Bundesarmee waren hingegen gering und nicht entscheidend für das Eingehen auf den Kompromiß.

Wer also in »Friedens erzwingung« eine realistische Möglichkeit sieht, muß sich über die Auswirkungen moderner Gefechtshandlungen, zumal bei den sich immer mehr verwischenden Grenzen zwischen Front und Hinterland beim Einsatz von Landstreitkräften, ein klares Bild machen. Unter diesen Auswirkungen leidet niemand mehr als die Zivilbevölkerung. Betrug das Verhältnis der Verluste Soldaten zu Zivilisten im Ersten Weltkrieg noch 95 zu 5 Prozent, im Zweiten Weltkrieg 55 zu 45 Prozent, so dürften »peaceenforcement«-Aktionen eine noch schlechtere Relation als im Vietnamkrieg ergeben, wo sie bei 1 zu 10 zuungunsten der Zivilisten lag.<sup>35</sup>

Bei all den unfabbaren Nachrichten aus den Konfliktgebieten: Dieser Preis wäre ganz sicher zu Lasten unschuldiger Kinder, Frauen und Männer ungleich höher, erst recht, wenn es sich dann noch um einen sehr fragwürdigen Frieden handelt, als wenn geduldig und mit höchstem Engagement für die Betroffenen um eine Lösung ohne Gewalt von außen gerungen würde. Nicht der große Knüppel, sondern nur eine Politik des langen Atems kann dauerhaft und gerecht Frieden bringen.

Wesentliche Konsequenzen kommen hinzu, wenn man militärische Maßnahmen äußerstenfalls nicht ausschließt:

*Erstens:* Einem ersten Schritt folgt zwingend ein zweiter. Wer im Extremfall kämpfen lassen will, muß die Armeen darauf einstellen. Er muß die Voraussetzungen schaffen, auch kämpfen zu können: in der psychologischen Vorbereitung, in der Ausbildung sowie bei Waffen und Gerät. Dies bedeutet einen immensen finanziellen Aufwand. Bereits heute liegen die Forderungen der deutschen Generalität auf dem Tisch: Schaffung der Kapazitäten für strategische Aufklärung und Truppenführung; umfassende Einführung von Abstands- und Präzisionswaffen; Errichtung angemessener Luft- und Seetransport- sowie von Luftbetankungskapazitäten, wie sie heute nur die USA besitzen; Übergang zu einer neuen Qualität der Nachtkampffähigkeit; Ausbau der Krisenreaktionsstreitkräfte und Aufbau von Spezialkräften.<sup>36</sup> Wer sich schon jetzt als Großmacht fühlt<sup>37</sup>, wird unter Umständen auch untersuchen, wie die anderen Großmächte den Luftkrieg in entfernten Regionen führen: mit Flugzeugträgern beziehungsweise strategischen Bombenfliegerkräften.

Neben neuem Kriegsmaterial müssen neue Ausbildungsanlagen und Ausbildungsprogramme her. Die Logistik und die Infrastruktur, bisher auf den großen Krieg in Europa ausgelegt, stimmen nicht mehr. Die Kosten in den nächsten zehn Jahren allein für Deutschland liegen mit Sicherheit im dreistelligen Milliardenbereich. Für die anderen NATO-Staaten beziehungsweise für Länder außerhalb des Bündnisses mit Stellvertreteraufgaben des Interventionismus sinngemäß. Alle diese Mittel gehen dem Hauptansatzpunkt für Konfliktverhütung verloren: der politisch-sozialen Prävention. Sie stärken darüber hinaus nur den Einfluß des Militärisch-Industriellen Komplexes der kapitalistischen Hauptmächte, was für die Zukunft verheerende politische Auswirkungen haben dürfte.

35 Mit diesem Verhältnis rechnete bei einer UNO-Konferenz zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten auch Dieter Kastrup, der deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen. (Siehe Deutschlandfunk, Köln, 23. Februar 1999. Informationen am Morgen, 6.15 Uhr.).

36 Siehe Klaus Naumann: Der Gewalt nicht nachgeben. Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz, in: Truppenpraxis, H. 11/1999, S. 732-742.

37 Siehe Gregor Schöllgen: Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9. Juni 2000, B 24, S. 6-12.



*Zweitens:* Wenn die Armeen der großen Mächte umrüsten, sind die Konsequenzen absehbar: »Veraltete« militärische Ausrüstungen im Wert von mehreren Hundert Milliarden Dollar müssen, der Kapitalverwertungslogik folgend, vermarktet werden. Sie drängen in die Dritte Welt, in die Schwerpunkt-Krisenregionen. Noch mehr Mittel werden der sozialen Entwicklung entzogen. Zugleich könnte die Bereitschaft zunehmen, nunmehr aufgerüstet die Differenzen mit dem Nachbarn gewaltsam zu lösen. Der Frieden hätte nichts, aber auch gar nichts gewonnen. Im Gegenteil.

Die Zeit drängt. Die Geschichte lehrt, daß militärische und Rüstungspotentiale – einmal geschaffen – eine Eigendynamik entwickeln und auf die Politik zurückwirken. Die Geschichte lehrt aber auch, daß Vertrauen zwischen Nationen, Völkern und Staaten sehr rasch zerstört, aber nur sehr langsam aufgebaut werden kann. Das Ende des Kalten Krieges hatte die einzigartige Chance auf eine historische Friedensdividende eröffnet. Die »Charta von Paris für ein neues Europa« des KSZE-Gipfels in der französischen Hauptstadt vom 19. November 1990 hatte das Ende des Zeitalters der Konfrontation und der Teilung des Kontinents proklamiert, soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit »für alle unsere Länder« verlangt, die volle Verwirklichung aller KSZE-Verpflichtungen eingefordert und ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit anbrechen sehen.<sup>38</sup> Vieles davon ist durch egoistische Großmachtspolitik, Krieg und überbordenden Nationalismus bereits verspielt worden. Die Politiker und alle Mächtigen dieser Welt sollten jene Einsicht beherzigen, zu der der späte Iulius Cäsar kam: Vorrang vor dem Triumph und den Lorbeeren eines Feldherrn gebührt demjenigen, der die Grenzen des Geistes erweitert.<sup>39</sup> Nicht militärische Muskelspiele oder gar rohe Gewalt können die Dinge der Welt richten, sondern nur eine kluge, ausdauernde und die Interessen aller berücksichtigende Friedenspolitik.

38 Siehe Ein neues Zeitalter. Charta von Paris für ein neues Europa, in: loyal, H. 2/1991, S. 22.

39 Siehe S. L. Uttschenko, a.a.O., S. 288.

Samstag, 6. April, 13 Uhr, bis 7. April 2001 in der  
Gedenkstätte für die Opfer der NS-»Euthanasie« Bernburg

### **Schöne neue Welt – Perfektion oder Perversion?**

Der Mensch als Optimierungsbild. Menschenwürde und Menschenbild angesichts pränataler Selektion. Heilungsversprechen oder Selektionspraxis aus der Sicht behinderter Menschen. Zum Einfluß der Medien auf die gesellschaftliche Meinung. Traditionslinien der Selektion von Menschen in Deutschland.

Veranstalter:

*Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin*

*Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung  
in Sachsen-Anhalt*

Anmeldung:

Tel.: 0391 73 3249 8083, e-Mail: bildungsverein.elbe-saale@t-online.de

Aldous Huxley schrieb zur 1953 gedruckten Auflage, seines 1932 erstmals erschienenen Romans »Brave new world«: *»Alles in allem sieht es ganz so aus, als wäre uns Utopia viel näher, als irgend jemand es sich vor nur fünfzehn Jahren hätte vorstellen können. Damals verlegte ich diese Utopie sechshundert Jahre in die Zukunft. Heute scheint es durchaus möglich, daß uns dieser Schrecken binnen eines einzigen Jahrhunderts auf den Hals kommt ...«*

MATHIAS IVEN

## »Häuser als Refugien«. Günter Wirth und der »andere« Geist von Potsdam

Mathias Iven – Jg. 1960, Studium der Philosophie, Staats- und Rechtswissenschaften sowie der Psychologie; derzeit an der Humboldt-Universität zu Berlin. Promotionsvorhaben zum Thema »Wenn etwas gut ist so ist es auch Göttlich.« Skizze zu einer ethischen Biographie Ludwig Wittgensteins«, daneben gemeinsam mit Heiner Rutte und Reinhard Fabian (beide Graz) Arbeit an der Herausgabe des Briefwechsels von Moritz Schlick (geplant 2001).

Herausgeber der Bände:  
»3x FOERSTER« – Beiträge zu Leben und Werk von Wilhelm Foerster, Friedrich Wilhelm Foerster und Karl Foerster (1995); »Seid nicht ›gerecht‹, sondern götig!« – Beiträge von und über Bruno H. Bürgel (1996); »Hoffnung und Erinnerung« – Die Literatur in Potsdam 1945 bis 1950 (1998); »Lindstedter Begegnungen« – Gespräche über Preußen (1999).

Günter Wirth: Der andere Geist von Potsdam. Zur Kulturgeschichte einer Stadt 1918-1989, Suhrkamp Verlag 2000, 267 S., 19,90 DM.

1 In Klammern gesetzte Seitenzahlen beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Günter Wirth, der 1929 geborene, in Berlin lebende, aber immer mit Potsdam verbundene Publizist, Germanist und Kirchenhistoriker, bekannt durch seine zahlreichen Arbeiten und Editionen zum Themenkreis der inneren Emigration (Klepper, Wiechert, Löscher), ist auf der Suche – auf der Suche nach dem »Geist des Ortes«: dieser Ort ist Potsdam, dieser Geist ist der »andere« Geist.

Um es schon eingangs zu sagen: man kann dieses Buch nicht als eine Fleißarbeit abtun oder dem Autor vorhalten, daß er an seinem Stoff gescheitert sei, nur weil der Leser sich einer erdrückenden Vielzahl von Namen, Querverweisen, Erlebtem und – ja, auch die müssen manchmal sein – Wiederholungen gegenüber sieht, die nicht als eine literarisch leichte Kost daher kommen – das ist nicht der Anspruch des Buches.

Es geht Wirth um die Fakten, und so stimmt er den Leser darauf ein, »daß es uns darauf ankommen wird, in Konstellationen der Zeit um 1930, nach 1933 und nach 1945 Menschen, Zeitgenossen in Potsdam zu entdecken, die in ihrem Denken und Handeln, in ihrer Haltung, in ihrem (preußischen) Lebensstil, in ihrer Lebensform diesen anderen Geist der Stadt bezeugen. Und das bedeutet weiter, daß man viele solcher Menschen, Zeitgenossen mit ihren Zeugnissen, mit ihrer ›Philosophie‹ lebendig macht, jedenfalls zu Wort kommen läßt. Es wird also Zeit-, Geistes-, Kultur-, Kirchen-, Militärgeschichte zu traktieren sein, aber nicht systematisch und mit akademischem Anspruch, auch nicht essayistisch mit dem ›Antippen‹ von Namen und Vorgängen zum höheren Ruhm des Autors, sondern narrativ, vor allem aber durch Ausbreitung dessen, was uns von diesen Menschen, Zeitgenossen, von diesen Potsdamern literarisch manifestiert hinterlassen worden ist, in welcher Gestalt auch immer«. Damit erhebt Wirth den Anspruch oder besser: er spricht den (fast zwangsläufig zu nennenden) Wunsch aus, daß das Buch »auf solche Weise ... auch ein Lesebuch sein [kann], eines das zum Lesen manch anderen anregt«. (S. 14)<sup>1</sup>

Für einen mit der Stadt vertrauten Leser zieht sich ein interessanter roter Faden durch das Buch: Wirth beschwört den Geist des Ortes aus den Häusern heraus, aus jenen Häusern, »Salons oder – schlicht – Wohnungen ..., in denen sich Bürgerliche und/oder Adlige trafen ... Diese Häuser sind Orte der Selbstverständigung des Bürgertums gewesen, Laboratorien für spätere öffentliche Auseinandersetzungen, jedenfalls Keimzellen humaner Gesittung.« (S. 70) Und schließlich: wo »entdeckt man den Geist des Ortes, noch dazu in

einer Stadt, deren Geist sprichwörtlich und zum Gegenstand von Lexikonartikeln geworden ist, wenn nicht unter ihren jeweiligen Bürgern?» (S. 9)

Würde der Leser eine Karte von Potsdam zur Hand nehmen und die Orte des im Buch beschriebenen Geschehens, als da neben Potsdam Caputh, Bornstedt, Neubabelsberg, Rehbrücke oder Golm sind, eintragen, so entstünde »annähernd eine Topographie des anderen Geistes von Potsdam«. (S. 70 ff.)

Es ist faszinierend, den Wandel der Häuser, ihre Funktion als »Refugien« zu verfolgen. »In den ersten Jahren nach 1933 sind diese Häuser nicht mehr die Laboratorien geistiger Auseinandersetzung, und sie können nicht mehr oder kaum noch Schnittpunkte zur Öffentlichkeit hin sein. Jetzt werden sie zu Refugien der inneren Emigration ... vor allem aber wird [an diesen Orten] im Gespräch der Versuch unternommen, die Gegenwart zu transzendieren in die Vergangenheit und in die scheinbar allzu bestimmte, gegenwärtig jedenfalls alles andere denn offene Zukunft.« (S. 104)

Die Zeit der faschistischen Diktatur brachte es mit sich, »daß die Häuser, die Salons nach 1938/39 nur noch eingeschränkte Refugien derart sein konnten, daß sie eine gewisse Sicherheit zu bieten imstande waren. Vielerlei Drohungen und Bedrohungen lagen über ihnen« (S. 128) – und hier konnte noch nicht von den später fallenden Bomben die Rede sein.

Das umfangreichste Kapitel des Buches widmet sich dem Thema »Potsdam und der 20. Juli 1944« (S. 138ff.). Wirth zeigt, daß der »Mißbrauch« der Ideale und Ideen der Männer um Tresckow und Schulenburg, daß der »Mißbrauch ihres Geistes von Potsdam und der Garnisonkirche ... wie ein Stachel in ihrem Fleisch wirken [mußte], vor allem dann, wenn sie in der Inszenierung des 21. März sich noch irgendwie entdeckt hatten«. (S. 138)

Daß ein Autor bei der Behandlung dieses Themas nicht um den »Tag von Potsdam« herumkommt, scheint selbstverständlich, warum er so ausführlich darauf eingeht, bedarf zumindest einer kurzen Erläuterung. Wirth verweist »auf die selbst von Historikern und vor allem von Kulturhistorikern oft genug übersehene merkwürdige Tatsache ..., daß der meist mit dem ›Tag von Potsdam‹ in Verbindung gebrachte ›Geist von Potsdam‹ in jener historischen und ideologischen Figuration ... seine eigentliche inhaltliche Bestimmung erst am Abend des 21. März in der Berliner Krolloper [durch die von Göring gehaltene Rede und seine Beschwörung von Pflicht, Disziplin, Arbeit und Sauberkeit] erhielt« (S. 24) – von daher muß also die nachfolgende Geschichte betrachtet werden.

Ausgehend von der politischen Entwicklung im faschistischen Deutschland »entdecken Tresckow, Schulenburg und ihre Freunde die Fragwürdigkeit zeitweiliger preußisch-nationalsozialistischer Amalgamierungen und gehen dazu über, ganz naiv, ohne ideologische Einfärbungen das einzufordern, was für sie im ›Geist von Potsdam‹ normativ ist«. (S. 139) In der nachfolgenden Zeit kommt es zur immer engeren Verflechtung von Ideen dieser Militärs mit Vorstellungen der bildungsbürgerlichen Zivilbevölkerung. So geschah es, daß »der Weg neuer Ideen aus Salons und Wohnungen in die Kaserne des I.R. 9 führte und von dort zurück in die Häuser und Salons.

Diese werden jetzt, um 1942/43, Refugien auch ganz anderer Art, nämlich zur Stärkung und Ermutigung jener Militärs, die zu Taten bereit sind.« (S. 143) Späterhin, nach dem 20. Juli, vollzieht sich ein erneuter Wandel: die »Häuser und Salons, ohnehin im Zustand des kriegsmäßig Provisorischen, noch nicht zerstört, aber gleichsam der Zerstörung harrend, werden wieder zu Refugien, jetzt nicht mehr allein ... für rassisch Verfolgte, sondern für Frauen und Männer des Widerstands«. (S. 158)

Und auf noch eine Wandlung ist hinzuweisen, denn vor allem das, was in diesen Refugien, in den Kasernen und selbst im Babelsberger Untergrund während der Zeit »des NS-Regimes debattiert und bedacht worden war und zur Tat gedrängt hatte – genau dies schien bestimmendes Element dessen werden zu können, was damals »demokratische Erneuerung« genannt wurde«. (S. 167)

Es ist vor allem das in der Publizistik hinzugetretene und im Kulturbund organisierte »Geflecht von Namen, die uns aus den Wohnungen des Bildungsbürgertums bekannt und zu denen durch die Konstellationen der Nachkriegszeit andere hinzugetreten sind«, die für das stehen, »was unmittelbar nach 1945 als möglich erschien, eine demokratische Erneuerung gerade aus diesen bildungsbürgerlichen Refugien heraus, durchaus im Horizont erweitert durch die Begegnung mit den Siegermächten«. (S. 179)

Die bis zu dieser Stelle dargestellten geschichtlichen Ereignisse faßt Wirth abschließend so zusammen: »Wir finden in Potsdam also ein Geflecht, ein heimliches, ja unheimliches von Strömungen und Unterströmungen universalen Denkens, die, gemessen an den Maßstäben der jeweiligen Systeme, unzeitgemäß sind, in Wahrheit aber zeitgenössisches Weltbild, humane Gesittung und weltanschauliche Haltung zur Deckung bringen. Sie erweisen damit ein Ethos des Bildungsbürgertums, das gültig ist, unabhängig davon, welche Zeichen die jeweils Mächtigen für die Zeit setzten.« (S. 205)

Die für Potsdam durchaus wichtige Frage, wie es an diesem Ort um die Nachkriegsliteratur bestellt war, wirft Wirth fast nur beiläufig auf, hat er doch – und deshalb soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden – bereits 1997 im Zusammenhang mit einer von der Potsdamer URANIA durchgeführten Tagung betont, daß man hier eine der »literarischen Hauptstädte« Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg vor sich hat.

In seinen Ausführungen stand damals vorrangig »die pointillistische Erfassung von geistiger Position und literarischer Produktion von den in Potsdam präsent gewesenen Autor/innen im Zeitraum von 1945 bis 1950« im Mittelpunkt, was für ihn vor allem hieß, daß es »mehr um statistische Bestandsaufnahme als etwa um literarische Stile« ging.<sup>2</sup>

Günter Wirth setzte die folgende Prämisse: »Im Versuch, das literarische Klima Potsdams 1945 bis 1950 angemessen – wenn auch vorläufig – zu beschreiben, wird man von vornherein eine doppelte Perspektive zu beachten haben. Man wird nämlich einmal die Auswirkungen des allgemeinen politisch-geistigen Klimas in Deutschland und insonderheit in der SBZ/DDR in Betracht ziehen müssen, um andererseits den kulturellen Biotop dieser Stadt nicht ignorieren zu dürfen.«<sup>3</sup>

2 Günter Wirth: »Das geistig-literarische Klima in Potsdam 1945 bis 1950«, in: Mathias Iven (Hg.), »Hoffnung und Erinnerung«. Die Literatur in Potsdam 1945 bis 1950, Milow 1998, S. 16.

3 Ebenda (Hervorhebung M.I.).

In der unmittelbaren Nachkriegszeit, der »Zonenzeit Deutschland« (so Kasack in einer Tagebuchnotiz vom Herbst 1948), gab es neben den täglichen existentiellen Sorgen einen nicht zu vernachlässigenden bemerkenswerten geistigen Aufbruch, »der sich vor allem auch in der Inventur des künstlerisch-wissenschaftlichen Inventars der deutschen Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert und in der Revision traditionellen bildungsbürgerlichen Denkens« widerspiegelte.<sup>4</sup>

Thomas Mann sprach von »einer Kulturkrise und Zeitenwende, mit allen Anpassungsschwierigkeiten und -nöten, die eine solche begleiten und in denen sie sich ausdrückt«, wobei es für ihn wichtig war, daß es eine »Reihe von Werken [gab], die eben dadurch ›bedeutend‹ sind, daß sie ihre Spuren tragen und sich mehr oder weniger direkt mit ihr auseinandersetzen«.<sup>5</sup>

Neben der Lust des Anfangs, dem »literarischen Aufbruch aus den Ruinen«, dem Aufstieg aus dem »Elend der Trümmerstädte«, neben den materiellen Schwierigkeiten der Hungerjahre und der fehlenden Zeit zum Schreiben stand für viele Schriftsteller die Zuversicht. Es war die Zeit, wo »die Not am größten, die Betroffenheit am nachhaltigsten und die Hoffnung am höchsten war«<sup>6</sup>. Papier war knapp, jede Publikation unterlag der Zensur, Bücher standen trotz alledem unangefochten neben allen anderen Medien.

Es war nicht die »Stunde Null«, die es weder in der Geschichte noch in der Literatur gab; es war eine Zeit, vergleichbar sicherlich nur mit der deutschen Situation Ende 1918 oder dem Herbst 1989, wo alles offen zu sein schien; und es herrschte mehr denn je die Überzeugung, daß mit dem Wort viel auszurichten und eine Gesellschaft durch neue »Ideen« umzubilden sei.

Neben dieser Hoffnung und der gleichzeitigen Frage »Was bleibt?« stand die unterschiedliche politische Sicht auf die Befreiung oder den Zusammenbruch, neben dem Gefühl der Enttäuschung stand das der Wiedergutmachung; es wurde viel vom Frieden, von der Menschenwürde, von der Kollektivschuld geredet.

Die Schriftsteller standen vor einer neuen geschichtlichen Konstellation, ein neues »literarisches Feld« lag vor ihnen: Die Texte der in Deutschland verbliebenen, traditionalistischen Autoren der älteren Generation wurden teilweise abgelehnt, exilierte Schriftsteller lagen mit ihren Themen und Problemen, die vielfach Traditionen der Arbeiterliteratur der dreißiger Jahre aufgriffen, oft abseits und die junge Generation – die sich an den Auseinandersetzungen zwischen den Autoren des Exils und der inneren Emigration nicht beteiligten –, die »Heimkehrer-Generation« suchte erst noch ihren »Stoff«: Die Schrecken und Grausamkeiten des Krieges waren ihr Erlebnis; ihr Weg führte »nicht aus der Stille von Studierzimmern ... sondern unmittelbar aus dem bewaffneten Kampf um Europa«.<sup>7</sup>

Sie, die eine grundlegende Erneuerung wollten, deren Blick durch die Bedrohung, die hinter ihnen lag, geschärft war, deren Bewußtsein es war, sich »im Prozeß einer Weltwende«<sup>8</sup> zu befinden, versuchten, in einer oft einfachen, schlichten, fast »holzschnittartigen« Sprache nüchtern und gleichzeitig ernüchtert, dabei (für den heutigen Leser) oft zum Pessimistischen neigend, Bilanz zu ziehen; sie nannten die Dinge beim Namen und nahmen dabei kein Blatt vor den Mund; sie blickten auf eine hoffnungsvollere Zukunft und

4 Ebenda, S. 17.

5 Thomas Mann: »[Wie steht es um die Nachkriegsdichtung?]<«, in: ders.: Gesammelte Werke in dreizehn Bänden, Bd. X, Frankfurt a.M. 1990, S. 924.

6 Heinz Friedrich: Mein Kopfgeld, München 1988, S. 10.

7 Alfred Andersch: »Das junge Europa formt sein Gesicht«, in: Der Ruf. Unabhängige Blätter für die junge Generation, Jg. 1, Nr. 1 (15.8.1946). S. 1f. (Wiederabdruck in: Draußen vor der Tür 1945 bis 1948. hrsg. von Heinz Ludwig Arnold, München 1995, S. 196-201.

8 Ebenda.

9 Wolfgang Borchert: »Das ist unser Manifest«, in: ders.: Das Gesamtwerk, Reinbek b. Hamburg 1996, S. 313.

10 Alfred Andersch: »Nihilismus oder Moralität«, in: Horizont, Bd. 3, Nr. 13 (1948), S. 8.

11 Kurt Rothmann: Kleine Geschichte der deutschen Literatur, Stuttgart 1997, S. 275.

12 Wolfgang Weyrauch (Hg.): Tausend Gramm. Sammlung neuer deutscher Geschichten, Hamburg/Stuttgart/Baden-Baden/Berlin 1949, S. 217.

13 Wolfdietrich Schnurre: »Das Begräbnis«, in: Ja. Zeitung der jungen Generation, Nr. 3 (1948), S. 5.

14 Heinrich Böll: »Bekennnis zur Trümmerliteratur«, in: ders.: Werke. Essayistische Schriften und Reden, Bd. I, Köln 1979, S. 31.

15 Ursula Heukenkamp (Hg.in): Unterm Notdach. Nachkriegsliteratur in Berlin 1945-1949, Berlin 1996, Vorbemerkung, S. 14.

16 Günter Wirth: Ebenda, S. 22.

17 Ebenda, S. 39.

schrieben sich ihre Hoffnungen, ihre Wünsche, ihren Stoff »von der Seele«: »Unsere Moral ist die Wahrheit. Und die Wahrheit ist neu und hart wie der Tod. Doch auch so milde, so überraschend und so gerecht. ... Denn wir müssen in das Nichts hinein wieder ein Ja bauen.«<sup>9</sup> Die Bevölkerung sollte mit diesen neuen Texten wacherüttelt werden, sollte sich einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stellen. Wobei es heute sicherlich schwer zu beurteilen ist, welche Texte dieses oft »brutalen Realismus«<sup>10</sup> wichtig und noch lesenswert sind und welche zu Unrecht vergessen wurden.

Der Stil dieser Literatur, die »asyndetisch zusammengedrängten, umgangssprachlichen Ellipsen, Kurz- und Einwortsätze sind Ausdruck einer angestregten Bemühung um einfache Wahrhaftigkeit«.<sup>11</sup> Der vielbesprochene Begriff des »Kahlschlages«, so wie ihn Wolfgang Weyrauch im Nachwort seiner 1949 erschienenen Anthologie »Tausend Gramm« geprägt hat<sup>12</sup>, der Bruch mit der »Sklavensprache des Dritten Reiches« charakterisiert sicherlich am besten die damalige Befindlichkeit. Aber auch der fast »anrühige« Begriff »Trümmerliteratur«, für den Wolfdietrich Schnurre Erzählung »Das Begräbnis«<sup>13</sup> exemplarisch steht und zu dem sich Heinrich Böll so nachdrücklich bekannte, machte die Runde: »... es war Krieg gewesen, sechs Jahre lang, wir kehrten heim aus diesem Krieg, wir fanden Trümmer und schrieben darüber. Merkwürdig, fast verdächtig war nur der vorwurfsvolle, fast gekränkte Ton, mit dem man sich dieser Bezeichnung bediente«<sup>14</sup>.

Und doch war nach knapp einem halben Jahrzehnt alles anders: Die Kultur wurde wieder institutionalisiert, es gab Auflagen und Pläne, wie was von wem (auch warum) literarisch zu gestalten sei ... Viele zogen sich aus dem gesellschaftlichen Leben zurück, verließen schließlich das Land ihrer Hoffnungen. Dieser »Rückzug aus der Öffentlichkeit bzw. die Spezialisierung einer engeren literarischen Öffentlichkeit [stand symbolisch für] das Ende der Nachkriegsliteratur«.<sup>15</sup>

»Wenn Potsdam«, so betonte Wirth 1997 und ich führe es hier bewußt noch einmal an, »nach 1945 zu einem der literarischen Hauptorte geworden ist – es scheint dies freilich weder zeitgenössisch noch den Nachgeborenen, Rolf Schneider etwa in seinem Potsdam-Essay von 1994, ins Bewußtsein gedungen zu sein –, so war dies vor allem zwei Schriftstellern zu verdanken, die beide – so oder so – aus dem S. Fischer-Milieu und aus dem Umfeld eines militanten Republikanismus kamen und von denen der eine überdies noch als Ur-Potsdamer gelten konnte. Ich meine Hermann Kasack und Bernhard Kellermann.«<sup>16</sup> Daher kommt er, der von Wirth beschworene »weltliterarische Hauch«<sup>17</sup>, der die Havelstadt nach dem zweiten Weltkrieg durchwehte.

Manch ein Leser wird sich fragen: Worin liegt für Günter Wirth eigentlich der Sinn der Suche nach dem »Geist des Ortes«? Lassen wir den Autor zu Wort kommen: »In der Suche nach dem Geist des Ortes kann sich, muß sich das Bildungsbürgertum selber erst wieder entdecken, nachdem es in diesem Jahrhundert zweimal in seiner Rolle in Frage gestellt oder fast völlig aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt worden war. Es kann dies erst recht, wenn es auf dieser Suche nach dem Geist des Orts und seinen erhaltenen wie

seinen zerstörten Petrefakten Versuchungen wehrt, den alten Geist gleichsam zu verjüngen und in die Front der politischen Auseinandersetzungen einzubringen, wenn es vielmehr den anderen Geist, die Ästhetik der Alternative findet und hieraus seine Lebensform neu gestaltet: Potsdam als Lebensform und ... »Europa als Lebensform.« (S. 248)

Günter Wirth hat sein Buch, das von Menschen erzählt, »die einzegängerisch an den toleranten, den humanistischen Geist von Preußen und Potsdam glaubten und versuchten, davon etwas in das Leben der Stadt einzubringen« (Büstrin), aus zahlreichen schon vorliegenden kleineren und größeren Arbeiten »komponiert«. So legte er im Vorfeld bspw. mehrere Beiträge zur Potsdamer Kirchengeschichte vor<sup>18</sup>, beschäftigte sich mit Karl<sup>19</sup> und Friedrich Wilhelm Foerster<sup>20</sup>, widmete sich Bruno Hans Bürger<sup>21</sup> und hat – wie eben aufgezeigt – im Zusammenhang mit Studien über Hermann Kasack und Bernhard Kellermann über die Potsdamer Nachkriegsliteratur reflektiert<sup>22</sup> (hier sei vor allem auf sein Kalendarium und die »Potsdamer Bibliographie« hingewiesen!). Er schrieb außerdem für die Neuauflage des 1935 in Potsdam von Adam von Trott zu Solz herausgegebenen Buches »Heinrich von Kleist – Politische und journalistische Schriften« sowie für Hermann Kasacks Potsdamer Tagebuch von 1945 das Nachwort und versah beide Bücher mit Erläuterungen.<sup>23</sup>

Siegfried Unseld dürfte als Verleger und »Anreger« dieses Büchlein, zumal im 50. Jahr seines Verlages, des Suhrkamp Verlages, mit Stolz in den Händen halten. Ja, es ist zwar ein »schmales« aber ein gewichtiges Bändchen. Wer einmal ein Manuskript in Günter Wirths markanter Handschrift in der Hand hatte, und der Rezensent weiß wovon er spricht, vermeint »Zettels (Alp-)Traum« vor sich zu haben: Ergänzungen, Änderungen, Anlagen – zwar alles wohl geordnet, den Herausgeber im ersten Moment allerdings erschlagend. Dennoch: Als ich zum ersten Mal einen Blick in den damals gut fünf Zentimeter hohen »Papierstapel« werfen konnte, war mir eines klar: Potsdam braucht dieses Buch!

18 1999 als mehrteilige Artikelreihe in den Potsdamer Neuesten Nachrichten erschienen.

19 In Mathias Iven (Hg.): »3 x Foerster« – Beiträge zu Leben und Werk von Wilhelm Foerster, Friedrich Wilhelm Foerster und Karl Foerster, Milow 1995, S. 180-197.

20 In UTOPIE kreativ 102 (April 1999), S. 5-18.

21 So u.a. in Mathias Iven (Hg.): »Seid nicht ›gerecht‹, sondern gütig!«. Beiträge von und über Bruno H. Bürger, Milow 1996, S. 95-111.

22 In Mathias Iven (Hg.): »Hoffnung und Erinnerung«, Ebenda, S. 65-73 u. 130-144.

23 Erschienen 1995 beziehungsweise 1996 (beide bei Edition Hentrich, Berlin).

ARNDT HOPFMANN

## Bildungsanforderungen im 21. Jahrhundert

Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec, Mitarbeiter in der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

Zum Kolloquium vgl. auch  
<http://www.informatik.uni-leipzig.de/~graebe/projekte/moderne>;  
 Informationen zum Seminarprogramm, für das das Kolloquium die Auftaktveranstaltung war, unter:  
<http://www.informatik.uni-leipzig.de/~graebe/projekte/moderne/Veranstaltungen.html>

»Die Arbeitsgesellschaft der Zukunft wird entscheidend von der auf Wissen basierenden Kompetenz ihrer Agenten geprägt sein. Solche Kompetenz speist sich aus dem in der Gesellschaft verfügbaren Wissenspool. Die gesellschaftlichen Aufwendungen für dessen umfassende materielle und personelle Reproduktion müssen dafür einen deutlich größeren Stellenwert einnehmen. Wichtigste Komponente dieses Anspruchs ist die Forderung, einen ausreichend großen Personenkreis in die Lage zu versetzen, Wissenschaft in ihren verschiedenen Facetten als Beruf zu betreiben.«  
 Aus den Thesen zum Kolloquium »Bildungsanforderungen im 21. Jahrhundert« am 30. September 2000 in Leipzig.

Wenn es nach den Werbemanagern der EXPO ginge, wäre das mit der Zukunft eigentlich ganz einfach: »Die Zukunft. Dabei sein ist alles« – wird den in Leipzig eintreffenden Bahnreisenden auf hoch gehängten Werbeteppichen verkündigt. Die rührigen Organisatoren des Kolloquiums zu zukünftigen Bildungsanforderungen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen indessen mißtrauten wohl derart einfältigen Slogans, die die Teilhabe an der »Zukunft« auf eine bloße Überlebensfrage reduzieren – und dies, wie sich rasch zeigen sollte, mit gutem Grund.

Schon die Identifizierung des Zukünftigen selbst bereitete den am letzten Septembersonnabend versammelten zirka 20 Teilnehmern einiges Kopfzerbrechen. Schon die künftigen Herausforderungen zu benennen, wird in einer »multioptionalen Gesellschaft« (*Hubert Laitko*) mit einer Vielzahl von Entwicklungsoptionen und Ungewißheiten zu einem kaum zu realisierenden Anspruch. Bildung als Kampf um knappe und immer knapper werdende Ressourcen wird einer solchen Anforderung ebenso wenig gerecht wie das gegenwärtige Bildungssystem mit seinen erstarrten Strukturen und konservativen Inhalten. Notwendig wäre vielmehr Bildung, die den Menschen jene Voraussetzungen bietet, die sie für die Lösung von heute noch kaum abzusehenden Problemen befähigt. Bildung müßte also Grundlagen dafür schaffen, der objektiven Unbestimmtheit des Zukünftigen mit großer Flexibilität und mit solidem Basiswissen begegnen zu können, wobei vor allem in der Diskussion gerade auch darauf verwiesen wurde, daß es bei aller notwendigen Individualisierung und Demokratisierung ohne die Aneignung eines (vor allem auch mathematisch-naturwissenschaftlichen) Grundwissens und sozialer Kompetenz keine erfolgreiche Bearbeitung künftiger Herausforderungen durch die sozial organisierten Akteure geben kann.

Damit sind die beiden – mitunter auch widerstreitenden – grundsätzlichen Pole im Katalog der Bildungsanforderungen umrissen. Einerseits geht es um die Entwicklung der »souveränen Persönlichkeit« (*Karl-Friedrich Wessel*), die befähigt ist, ihre eigenen Belange auch unter heute noch nicht benennbaren Umständen verantwortungsvoll zu regeln. Zum anderen darf ein stärkeres Eingehen auf die individuellen Begabungen und Fähigkeiten und eine weitgehende Entformalisierung des Bildungsganges jedoch nicht zu einem Verlust an gesichertem Wissen führen. Gerade hier sah *Hans-Gert Gräbe*, der vehement für eine entschiedene Erhöhung der »mathematischen Kultur« in der gesamten Gesellschaft eintrat, die bedenklichsten Defizite des gegenwärtigen Bildungssystems. Bereits heute ist die Fähigkeit zu mathematischer



Argumentation, der »lingua franca der Wissenschaft« (*Gräbe*), in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich entwickelt, und sie ist weiter im Rückgang begriffen. Solche Bildungsdefizite werden – nach *Gräbe* – mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Computern als »Denkwerkzeugen« zu einem immer größeren Hindernis für eine aktive, selbstbestimmte Teilhabe in fast allen Sparten beruflicher Tätigkeit. Neben Kenntnissen aus Mathematik und Philosophie (den klassischen »Denk«wissenschaften) werden dabei auch Informatik-Kenntnisse (»die technologische Seite des Denkens«) immer wichtiger.

Neben erheblichen Zweifeln am Nutzen einer weiteren Mathematisierung der Gesellschaft, die – wie in der Diskussion angemerkt wurde – zum Beispiel in der (vor allem im angelsächsischen Raum »kultivierten«) Ökonometrik zu höchst fragwürdigen, weil von sozialen Zusammenhängen gelösten Pseudo-Ergebnissen geführt habe, erweisen sich auch die aktuellen strukturellen und finanziellen Gegebenheiten als hartnäckige Hindernisse auf dem Weg zu einem wirklich modernen, d.h. zukunftsfähigen Bildungssystem. Nicht die »Krise« der Universitäten ist das Problem – nach *Hansgünter Meyer* als Konflikt zwischen den vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen und den Kriterien der inneren Organisation von Wissenschaft ein Dauerthema –, sondern der insgesamt verfehlte Reformansatz, der vor allem auf technische Aspekte zielt, statt eine »veränderte soziale Einbettung der Hochschulen« (*Meyer*) und mehr Freiheit zur Selbstorganisation von Wissenschaft anzusteuern. Die Bewältigung schon allein der quantitativen Dimensionen, einer rasch wachsenden Zahl von Studierenden, aber auch die dringend notwendige Verbesserung der Ausbildungsqualität erfordere mindestens eine Verdoppelung der Bildungsausgaben.

Ein tragfähiges linkes Konzept zur Bildung im 21. Jahrhundert sieht sich also von vielen Seiten herausgefordert. Es geht nicht nur um die entschieden stärkere Berücksichtigung reformpädagogischer Erfahrungen oder um die konsequentere Anerkennung der einzigartigen Individualität jedes einzelnen, sondern auch um mehrheitsfähige Konzepte zur Überwindung erstarrter Strukturen, die jedoch aber über Beamtenum, Einkommensquellen und nicht zuletzt über politischen Einfluß zementiert werden, und es geht vor allem um Geld. Und zwar nicht nur um Geld in seiner Funktion als Mittel zur Deckung von Kosten, sondern auch als allgemeines Medium der Sozialisation – die Verfügung über Geld bestimmt heute nicht nur den möglichen Grad, in dem Bildungschancen wahrgenommen werden können, die potentielle Verfügung über Geld, als Einkommenserwartung in bestimmten Berufssparten, strukturiert den individuellen Bildungswunsch und entscheidet im Zuge der drohenden Privatisierung der Alterssicherung nicht zuletzt über die Sicherung zukünftiger Lebensqualität.

Wie immer, wenn es um die Zukunft geht, dominierte auch in Leipzig in erster Linie das Wünschen und Wollen. Konkrete Konzepte durften wohl bei einer ersten Bestandsaufnahme auch gar nicht erwartet werden. Zudem muß allen mit einer soliden und vielfältigen Allgemeinbildung ausgerüsteten vor den Unwägbarkeiten der Zukunft keineswegs bange sein, denn – wie ein Tagungsteilnehmer hintersinnig bemerkte – »Bildung ist das, was man noch weiß, wenn man alles andere längst vergessen hat«.

»Mit der Allgegenwart von Computern wird eine technologische Umwälzung eingeleitet, deren Dimension kaum zu unterschätzen ist. Die durchschnittlichen Bildungsanforderungen werden dabei gegenüber der heutigen Zeit deutlich steigen. Umfassendes und ständig aktualisiertes Allgemein- und Spezialwissen werden zu einer der wichtigsten Voraussetzungen für eine kreative und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß.«  
Ebenda.

»Eine auf flexiblen Produktionssystemen und hoher individueller Kompetenz basierende Gesellschaft ist viel stärker in der Lage, vielfältige Konzepte zu entwickeln, zu bewerten und nur die für Mensch und Natur geeigneten umzusetzen. Diese potenziellen Möglichkeiten der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zu politisieren und gegen kurzfristig motivierte Kapitalinteressen durchzusetzen ist der einzige Weg zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Welt.«  
Ebenda.

Auf dem Kolloquium *Bildungsanforderungen im 21. Jahrhundert* wurden folgende Impulsreferate gehalten (die Veröffentlichung in *UTOPIE kreativ* ist für Anfang 2001 geplant):  
Hans-Gert Gräbe (Leipzig):  
»Die Herausforderungen des Informationszeitalters«  
Hubert Laitko (Berlin):  
»Bildung für die Risikogesellschaft? – Vorbereitung auf eine multioptionale Zukunft«  
Hansgünter Meyer (Berlin):  
»Das Hochschulwesen an der Jahrtausendwende!«  
Karl-Friedrich Wessel (Berlin):  
»Human-ontogenetische Kriterien für eine differentielle Bildung«

## WOLFGANG SABATH

# Die Wochen im Rückstau

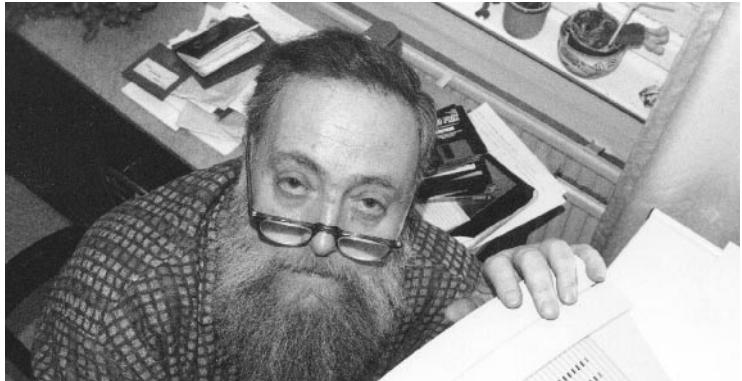


Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Timing ist alles: Der Golfkrieg vor zehn Jahren wurde bekanntlich auch mit Hilfe von Lügen, Fakes und Legenden angezettelt, die in den PR-Stäben der den Krieg bestreitenden Parteien ausgedacht worden waren; auf Anhieb fällt uns zum Beispiel jene kuwaitische Prinzessin ein, die damals abgerichtet worden war, eine tränenüberströmte Krankenschwester zu mimen und zu erzählen, wie die Iraker Säuglinge aus den Brutkästen gezerrt und getötet hätten. Und just in den Tagen, als jetzt in den Zeitungen dieses Golfkrieges von vor zehn Jahren gedacht wurde, wurde eine ähnlich Kriegslüge publik: Das »Massaker von Racak«, das der NATO eine der Begründungen für den Kosovo-Krieg geliefert hatte – fand die »Berliner Zeitung« heraus –, erwies sich als Propaganda-Ente.

Doch offenbar sind dialektische Denkweisen verbreiteter, als wir gemeinhin vermuten. In der Presse jedenfalls – »Neues Deutschland« und »junge Welt« ausgenommen – einigte man sich auf die Sprachregelung: Nun, gut, die finnischen Gerichtsmediziner konnten zwar nicht nachweisen, daß die in Racak aufgefundenen Toten von den Serben massakriert worden waren, aber es gebe auch keinen Beweis dafür, daß es die Serben nicht waren ... Heiliger Schnitzler, darauf muß man nicht nur erst mal kommen, man muß sich auch trauen, es zu drucken!

Noch eine Bemerkung zum Thema Jugoslawien. Wes das Herz voll ist, des gehet der Mund über. Nachdem der Autokrat Slobodan M. in Belgrad seine Macht eingebüßt hatte und in die Opposition gedrängt worden war (durch Wahlen, durch Wahlen ...!), war die Freude derer, die es (durch Wahlen, durch Wahlen ...!) vermocht hatten, ihn abzuhalftern, naturgemäß eine sehr beträchtliche. Auch

die Freude ihrer ausländischen Freunde kannte kaum Grenzen. Wenn wir jetzt einmal davon absehen wollen, daß seltsamerweise trotz zahlreicher und sehr detaillierter Informationen über die Vorgänge in Belgrad manche interessante Anekdote in deutschen Zeitungen nicht vorkam (es sei denn, ich hätte sie übersehen ...); zum Beispiel las ich das Folgende nur in der Budapester Zeitung »Der Neue Pester Lloyd«: Die Hauptakteure der Veränderungen in Belgrad trafen sich regelmäßig in einem Budapester Hotel mit ihren westeuropäischen und überseeischen Freunden, um die weiteren Schritte abzusprechen. Nun wollen wir mal nicht pingelig sein und das UNO-Prinzip von Nichteinmischung oder andere Märchen aus dem Sagenschatz der internationalen Politik strapazieren.

Aber ich wollte ja auf etwas anderes hinaus: auf die großen Worte. Die Berliner Journalistin Caroline Fetscher stattete Belgrader Anti-Milošević-Rundfunkkollegen einen Besuch ab, schilderte anschaulich deren Arbeit, deren technische Probleme und die sozialen Schwierigkeiten. Das muß hier nicht kommentiert werden. Aber daß in dem Artikel auch das Wort vom »Schreckensregime« vorkommt, das der – ich wiederhole mich: abgewählte!!! – jugoslawische Präsident M. geführt habe, ist zwar in der deutschen Presse fast durchgehend gängige Praxis, wird dadurch aber nicht unbedenklicher. Ehe sich jetzt reihum empört und eine unzulässige Relativierung der System Milošević gewittert wird, nur zwei kurze Fragen:

1. Wenn das, was in Belgrad kürzlich zu Ende gegangen ist, ein Schreckensregime war – seit wann werden in der Weltgeschichte Schreckensregimes *abgewählt*?

2. Wenn das Belgrader Regime ein Schreckensregime gewesen sein soll – wie wollen wir dann künftig über das Dritte Reich und über Auschwitz reden?

Kommen wir zum Wetter. Oder lieber BSE? Oder Boris Becker? Wir können natürlich auch über Nordkorea reden. Denn das Wetter kommt auch so, an BSE werden wir uns spätestens dann gewöhnen müssen, wenn sich herausgestellt haben wird, daß auch die Schweine ..., und Boris Becker wird bald vergessen sein (denn angenommen, er hat noch vierzig Jahre Lebenszeit vor sich: Wer kann schon vierzig Jahre lang als »ehemaliger Tennisspieler« herumlaufen?). Bleibt uns Nordkorea. Sagen wir es mal so: Ich mißtraue – fast – allen Meldungen aus diesem Lande. An einem Tag (es ist schon ein Weilchen her ...) bekommen wir zu lesen, die Menschen dort äßen (oder fräßen ...) vor Hunger Gras, und später werden uns nordkoreanische Raketenpläne zugemutet. Ich befürchte, so absolut stimmt beides nicht. Nun also waren die PDS-Abgeordneten Gysi und Gehrcke in beiden Korea. Und wie alle Nordkorea-Besucher wußten auch sie Erstaunliches mitzuteilen: lt. dpa/ND zum Beispiel habe Gregor Gysi die Ansicht geäußert, »der Öffnungsprozeß Nordkoreas« werde »nur in Zusammenarbeit mit der politischen Führung und Elite des Landes« beschleunigt. Wie kommt er nur zu einer derartigen Prognose? Die Erfahrung mit der Implosion der DDR kann es jedenfalls nicht gewesen sein, die den Abgeordneten Gregor Gysi zu dieser Beurteilung veranlaßte. Unser Motto jedenfalls laute nach wie vor: Jähe Wendungen sind nicht ausgeschlossen.

**Rainer Eppelmann, Dietmar Keller:**  
**Zwei deutsche Sichten.**  
 Ein Dialog auf gleicher Augenhöhe,  
 hrsg. von Christian v. Ditfurth,  
 Verlag Karl Heinrich Bock  
 Bad Honnef 2000, 251 S. (39 DM)

Immer mal wieder erhebt sich aus der Politik der Ruf, die Ost- und Westdeutschen mögen sich doch gegenseitig gründlich und ganz individuell ihre jeweilige Geschichte erzählen. Das ist in Ordnung, solange es mit dem Ziel geschieht, gegenseitiges Verstehen zu befördern und wenigstens ein paar der zahlreichen Voreingenommenheiten abzubauen. Fragwürdig aber wird es, wenn solches Erzählen mit der Zweckbindung gefordert wird, erst mit ihm werde die deutsche Einheit wirklich möglich. Es reiche nicht die am 3. Oktober 1990 hergestellte Einstaatlichkeit; es gehe nun endlich auch um die – merkt man eigentlich, auf was für einen unsäglichen Begriff man sich da eingelassen hat? – »Einheit in den Köpfen«.

Mitten hinein in diese ost-west-deutsche Debatte stellt Christian v. Ditfurth »zwei deutsche Sichten«, die nun aber mitnichten aus Ost und West stammen, sondern beide aus Ost. Trotzdem – wer hätte das gedacht! – ist da nichts von »Einheit in den Köpfen«, und so hat dieses Buch zuallererst den Vorteil, daß es die Sinnlosigkeit dieser Sprechblase offenbart.

Und auch sonst ist es ein rundum lesenswertes Werk. Denn es bietet Diskurs, Auseinandersetzung und eine Fundgrube an Gedanken und Zustandsbeschreibung zum Identifizieren sowohl als auch zur Herausforderung schroffer Ablehnung all dessen, was an differenzierter Zustimmung und Nichtzustimmung dazwischen liegt.

Christian v. Ditfurth hat zwei ostdeutsche Politiker, die in der DDR politisch gegeneinander standen und auch im vereinigten Deutschland wieder gegeneinander stehen, mit 13 Fragenkomplexen konfrontiert. Die Einzelfragen lauten zum Beispiel »Wie haben Sie den Fall der Mauer und das Ende der DDR erlebt?«; »Woran scheiterte die DDR?«; »Was war die DDR? Arbeiter-und-Bauern-Staat? Diktatur? Ein legitimer sozialistischer Rechtsstaat? Oder ein Unrechtsregime?«;

»Wo ist der Platz der DDR und der SED in der Geschichte?«; »Wachsen Ost und West zusammen?«; »Woher kommen Wirtschaftsdesaster und soziale Verwerfungen im Osten? Immer noch Erbe der SED? Oder Folgen des ›Anschlusses‹ und der ›Plattmacherei‹?«.

Zuerst (S. 17-115) sind zu lesen die Antworten von Rainer Eppelmann. Der heutige Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) saß in der DDR im Gefängnis wegen Gelöbnisverweigerung, machte sich in den achtziger Jahren als Pfarrer der Evangelischen Samariter-Gemeinde in Berlin durch regimekritische Bluesmessen und Jugendgottesdienste einen Namen, war 1982 an der Seite Robert Havemanns Unterzeichner des Berliner Appells »Frieden schaffen ohne Waffen« und im Sommer 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruch«. Als ihn Hans Modrow im Februar 1990 als Minister ohne Geschäftsbereich in seine Regierung holte, hatte er den anderen der beiden Befragten – den letzten SED-Kulturminister Dietmar Keller – für einige Wochen zum unmittelbaren Kollegen. Nach dem CDU-Wahlsieg am 18. März 1990 wurde Eppelmann Minister für Abrüstung und Verteidigung in der Regierung von Lothar de Maizière, zog dann in den Bundestag ein und hatte von 1992 bis 1998 den Vorsitz in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« inne. Da traf er erneut direkt mit Dietmar Keller zusammen, aber nun unter gänzlich veränderten Vorzeichen: Der einst gegen die Diktatur sich auflehrende Oppositionelle Eppelmann, nun als Vertreter der demokratisch in die Regierung gewählten Koalition, und der einst in der Diktatur zu den Herrschenden gehörende Keller, nun als Vertreter einer demokratisch gewählten Opposition.

Natürlich spiegelt die Art der Antworten genau diese gegensätzliche Entwicklung. Hat Eppelmann den seinen die Überschrift »Ein Gefangenenlager mit Selbstversorgung« gegeben und ihnen als eine Art Leitsatz vorangestellt: »Die schönste und herausforderndste Phase in meinem bisherigen Leben war das langsame Sterben der DDR«, so ist Kellers Text (S. 117-221) überschrieben mit »Der Versuch einer wirklich demokratischen Repu-

blik«, und der Leitsatz bei ihm lautet: »Nicht wenige Menschen vieler Generationen sahen im Sozialismus eine Hoffnung der Menschheit und verbanden ihr Leben und ihr Schicksal mit ihm. Sie arbeiteten für eine soziale Demokratie, für eine neue, demokratische deutsche Republik, weil sie an den Fortschritt und den Sozialismus glaubten.«

Dietmar Keller – Jahrgang 1942 und damit fast gleichaltrig mit dem ein Jahr jüngeren Rainer Eppelmann – hat in der DDR eine sozusagen lupenreine Karriere gemacht: Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus, habilitierter Historiker, Sekretär für Wissenschaft und Kultur der SED-Bezirksleitung Leipzig, in den achtziger Jahren stellvertretender Kulturminister, dann in der Modrow-Regierung (November 1989 bis März 1990) Kulturminister. Wird, wer die Texte aus westdeutscher Erfahrung her betrachtet, begreifen, was gemeint ist, wenn man diese Biographie mit den Worten ergänzt, daß Keller mit ihr durch perestrojka- und glasnost-nahes Denken und Tun durchaus auffällig geworden ist? Immerhin: Der Oppositionelle Eppelmann meint in dem die Antworten beschließenden Zwiegespräch vom Dezember 1999 (S. 225-248), daß beide sich, wenn die DDR noch länger existiert hätte, »vielleicht im selben Lager begegnet« wären. Und als Keller von Dezember 1990 bis 1994 für die PDS im Deutschen Bundestag saß, hat er eine ganz besondere Form von Schwerstarbeit geleistet: als Mitglied in der von Eppelmann geleiteten Enquete-Kommission. Da war ihm nichts so sicher wie schärfste Kritik und hämische Attacke. Und zwar aus gegnerischen und eigenen Reihen zugleich.

Für die einen war er die Personifizierung der SED schlechthin. Weshalb er, gesteht er, »manchmal lieber Eskimo oder Indianer als Ostdeutscher gewesen« wäre. Denn: »Dann hätte ich mich nicht entschuldigen müssen, daß ich bei den Jungen Pionieren und in der FDJ war, daß ich eine antifaschistische Erziehung genossen habe, daß ich Mitglied und später sogar Funktionär der SED war, daß ich im Leben etwas werden wollte und daß Erfolg auch im Sozialismus süffig ist und trunken machte.« Das aber, erinnert er sich weiter, waren noch »die einfachen Übungen«. Denn verantworten habe er sich darüber hinaus gemußt

auch »für Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao, Ulbricht und Honecker, für die Oktoberrevolution, den Abriß des Berliner Stadtschlosses und der Leipziger Universitätskirche, für Mielkes Stasi und die schlechten Straßen, für die Kultur und die Hygienemängel der Sowjets und ihren Einmarsch in Budapest und Prag« (S. 199).

Und für die anderen geriet er über seine Stellungnahmen zur Arbeit der Enquete-Kommission und fünfzehn von ihm geschriebene, herausgegebene oder mitherausgegebene Bücher zur Geschichte der DDR hinweg immer deutlicher zum »Verräter«. Weil er sich – zum Beispiel – 1991 öffentlich zum Verfassungsprinzip der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik bekannte, weil er in seinen Texten weder sich selbst noch die DDR noch die SED »freundlich behandelte« (S. 199), und weil er der Meinung ist, daß die Bürger der DDR mit der Vereinigung in Gestalt von politischen Menschenrechten, Rechtssicherheit und Reisefreiheit »einen unbeschreiblichen Zuwachs an Menschenwürde und Lebensqualität« gewannen (S. 200).

Beide – Eppelmann und Keller – sehen die DDR in ihren Antworten ausgesprochen kritisch. Aber der Unterschied ist dennoch signifikant. Eppelmann ist ganz der Sieger – und hat auf dieser Grundlage fast nur noch Gewißheiten (und darum übrigens auch – anders als Keller – nicht von parteiinternen Auseinandersetzungen um seine Ansichten zu berichten), und er hat kaum noch Fragen und merkt nicht, wie ihm in dieser Gewißheit einige Antworten erheblich durcheinander gehen. Keller hingegen ist durch eine tiefe Niederlage gegangen und weiß aus schmerzhafter Erfahrung, wohin solch fraglose Gewißheit allzu leicht führt. Darum ist sein Rückblick fragenreicher – und sein Blick in die Zukunft zweifelnder, aber auch komplexer und gründlicher.

Als Beispiel dafür mag Fragenkomplex 10 stehen, bei dem es in besonders deutlicher Weise um den Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Zukunft geht. Nach den Perspektiven der Jugend in Ostdeutschland fragt v. Dittfurth und in enger Verbindung damit danach, ob ostdeutsch gleich rechtsextrem gesetzt werden kann. Für Eppelmann ist zunächst ganz klar: Der als eine Ursache für die Entwicklung rechtsextremistischer Posi-

tionen erkannte Ausbildungsplatzmangel im Osten liege daran, daß »die SED ... den gesamten Mittelstand in der DDR systematisch liquidiert« hat (S. 103). Ein Gleichheitszeichen zwischen ostdeutsch und rechtsextrem will er dann natürlich nicht gesetzt sehen, aber was bietet er als Erklärung für die ja zweifellos vorhandenen spezifischen Gründe für den Rechtsextremismus in Ostdeutschland an? »Diese Gründe wurzeln in der SED-Diktatur.« Und auf diesen Satz, der so stehen bleiben könnte, wenn er denn noch durch ein »auch« ergänzt würde, folgt die seltsame Erklärung: »Die Eltern oder Großeltern wurden auf abrupte Art und Weise in eine völlig andere Welt gestellt. Einige kommen immer noch nicht mit den Regeln, Gesetzen und Verhaltensweisen in einer Demokratie zurecht. Wen wundert es da, wenn ihre Kinder sich das Recht nehmen, die Welt kennen zu lernen, sich aber weigern zu arbeiten?« (S. 105). »Wir müssen uns«, heißt es dann weiter, »der Tatsache stellen, daß das Erbe der Unfreiheit weiter wirkt und daß deshalb die Jugendlichen in Ostdeutschland in besonderem Maße der Hilfe bedürfen.« Wie aber und durch wen soll diese Hilfe geschehen? »Die CDU in meinem Landesverband Brandenburg hat sich«, erklärt Eppelmann, »mit Erfolg dafür eingesetzt, daß die Bildungspolitik verändert werden muß. So werden an den Schulen die aus der DDR bekannten ›Kopfnoten‹ im Zeugnis wieder eingeführt« (S. 105).

Keller zu diesem Thema: »Teile der jungen Generation in Ostdeutschland« wüchsen »unter dem Eindruck sozialer und politischer Deklassierung ihrer Eltern« auf. Es sei jedoch eine »grundlegende Erfahrung der Geschichte der Bundesrepublik«, daß »Demotiefähigkeit und Toleranz, Selbstbewußtsein und Konfliktfähigkeit ... nur dort gedeihen« könnten, »wo Menschen sich zu ihrer Herkunft und ihrem Weg bekennen können« und »ihr Gestaltungswille ernst genommen« wird. Deshalb sei es »geradezu abenteuerlich, zu glauben, man brauche nur bis zum Aussterben der noch von der DDR geprägten Generationen zu warten, dann würden sich viele Probleme allein lösen« (S. 206). »Weder der Kindergarten noch die Schule in der DDR« könnten als »die Hauptursache für rechtsextreme Entwicklungen in den neuen Ländern« benannt werden,

sondern diese Hauptursache sei »das negative Grunderlebnis im vereinten Deutschland.« Und weiter: »Je mehr Generationen dies erfahren« müßten, »desto komplizierter und langwieriger« werde »die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland« werden. »Kurzschlüssige Reaktionen und einseitige Fehlerzuweisungen« seien »fehl am Platz.« Und darum formuliert Keller »vier Aufgaben«: Erstens müßten »alle demokratischen Parteien und ihre Mitglieder prüfen, worin ihr Anteil an der ungebrochenen Existenz des Rechtsextremismus liegt.« Das gesellschaftliche Klima dürfe »keinen Ansatz für rechtsextreme Ideen bieten«. Zweitens müsse sich »die deutsche Politik den jungen Leuten konkret zuwenden«, es bedürfe einer »Korrektur der Jugendpolitik durch alle demokratischen Parteien«. Drittens seien »die Ursachen für strukturelle und kulturelle Defizite« zu beseitigen; junge Leute müßten »die Chance haben, ihre emanzipatorische und widerständige Identität zu entwickeln«. Und viertens müsse »die patriarchalische Haltung der Parteien gegenüber der Jugend aufgebrochen« werden (S. 207).

Als »Dialog auf gleicher Augenhöhe« charakterisiert Christian v. Ditfurth das Buch. Für die Gleichberechtigung der Standpunkte stimmt das allemal. Was aber die Souveränität der geäußerten Ansichten anbetrifft, hat Keller einen merklichen Vorsprung. Wo sich bei ihm die Fähigkeit zur selbstkritischen Rückschau mit dem dialektischen Blick auf die Chancen und Gefahren der Entwicklung des neuen Deutschland verbindet, verharrt Eppelmann nicht nur in einer durch die schlimmen persönlichen Erfahrungen begründeten holzschnittartigen Generalkritik der DDR, sondern auch in einer ebenso holzschnittartigen Bejubelung des Heute. Auf merkwürdige Weise reproduziert er damit übrigens eine Denkungsart, die jenen eigen war, die er in der DDR einst bekämpfte.

Aber v. Ditfurth hat ja Recht: Das Buch ist erst ein Anfang. Bloß: Daß dieser Satz über ein Buch aus dem zehnten Jahr der Einheit geschrieben wurde, zeigt, wie viel und wie Gründliches da noch an Austausch nötig ist. Nicht – das sei noch einmal wiederholt – um einer »Einheit in den Köpfen« willen. Sondern zur Beförderung gegenseitigen Verstehens und

zur Ermöglichung gemeinsamen Handelns in der Demokratie und für sie. Was – wie Eppelmann und Keller bestens unter Beweis stellen – Vielfalt voraussetzt und Widerspruch.

WOLFRAM ADOLPHI

Elisabeth Dickmann,  
Eva Schöck-Quinteros (Hg.):  
Barrieren und Karrieren. Die  
Anfänge des Frauenstudiums in  
Deutschland. Dokumentationsband  
der Konferenz »100 Jahre Frauen  
in der Wissenschaft« im Februar  
1997 an der Universität Bremen,  
trafo verlag dr. wolfgang weist  
Berlin 2000, 392 S. (49,80 DM)

Bekanntlich wurden Frauen an preußischen Universitäten erst 1908 offiziell zum Studium zugelassen. Preußen bildete damit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und auch im Vergleich zu anderen Gebieten der heutigen Bundesrepublik nahezu das Schlußlicht. Dennoch hatten Frauen schon vor der Jahrhundertwende vereinzelt die Möglichkeit, als Gasthörerinnen oder aufgrund anderer Ausnahmeregelungen am Wissenschaftsbetrieb teilzunehmen.

Immerhin gab es Ende des 19. Jahrhunderts bereits so viele Frauen an den deutschen Universitäten, daß Arthur Kirchhoff – selbst Universitätsprofessor – sich zu einer Umfrage unter seinen Kollegen bemüßigt fühlte, in der die Professoren ihre Meinung zur Frage des Frauenstudiums kund tun sollten. Ergebnis dieser Umfrage war Kirchhoffs Studie mit dem Titel »Die akademische Frau«, die im Jahr 1897 für Aufsehen sorgte. Sie demonstriert zum einen die aufbrechende prinzipielle Ablehnung des Studiums von Frauen und Aberkennung ihrer Fähigkeit zu wissenschaftlichem Arbeiten, zum anderen aber auch hartnäckige Vorurteile und ein feststehendes Bild von der »Natur« des »schwachen Geschlechts«.

Die in dem Tagungsband »Barrieren und Karrieren« dokumentierte Bremer Konferenz »Frauen in der Wissenschaft« vom Februar 1997 erinnerte in ihrem Aufbau an die zu die-

sem Zeitpunkt 100-jährige Studie von Arthur Kirchhoff. So werden auch im Buch verschiedene Studienfachrichtungen hintereinander behandelt, um spezielle Entwicklungen und Grundstrukturen, Frauenbilder und daraus resultierende Schwierigkeiten in den einzelnen Fachbereichen darstellen zu können. Gleichzeitig gehen einige Beiträge weit über den Rahmen hinaus, der durch die Anlehnung an die Studie gesteckt wird beziehungsweise den man durch den Titel des Buches vermutet.

Zeitlich wird der Bogen von den Pionierinnen an den Universitäten bis in die Nachkriegszeit gespannt. Wiltrud Ulrike Drechsel beschreibt, wie Frauen vor der Jahrhundertwende zu Bittstellerinnen werden mußten, um an den Seminaren teilnehmen zu dürfen, sowie die Konfrontation mit der Erfahrung der Ausgrenzung der ersten Studentinnen (»Über Faszination und Ausgrenzung der Universität in den Anfängen des Frauenstudiums«). Christa Kersting beschäftigt sich mit der »verspäteten Disziplin« der wissenschaftlichen Pädagogik zwischen 1945 und 1955, die erst am Ende dieses Zeitraums an den meisten deutschen Universitäten institutionell vertreten war und in der vor 1970 keine Frau habilitierte (»Die Lage der Akademikerinnen in der Erziehungswissenschaft der Nachkriegszeit«).

Inhaltlich umfaßt das Spektrum sowohl stark biographisch ausgerichtete Untersuchungen des Werdegangs einzelner Studentinnen oder Wissenschaftlerinnen als auch recht junge Erkenntnisse von Forscherinnen zu den Themen Sexualität und Geschlecht, die das Objektivitätspostulat der Wissenschaft grundlegend in Frage stellen. Tekla Reimers (»Zum Problem wissenschaftlicher Objektivität: Geschlechtsunterschiede aus männlicher und weiblicher Sicht«) faßt Forschungsergebnisse zusammen, die die seit Jahrhunderten stabilen – weil angeblich objektiv richtigen – Annahmen über die Teilung der Menschheit wie der Tierwelt in ein männlich-aggressives und ein weiblich-behütendes Geschlecht Lügen strafen. Eine Erkenntnis, die nicht nur zur Dekonstruktion von Geschlechterrollen und -klischees beitragen, sondern auch zum Nachdenken darüber anregen sollte, wo überall die weitgehend männlich geprägte Wissenschaft ihre »objektiven« Ergebnisse auf falsche, subjektive Hypothesen gebaut haben könnte. Dies

sei bislang nicht geschehen, resümiert Reimers.

In erster Linie ist der Sammelband jedoch ein abwechslungsreicher, informativer Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte. Anhand der Lebensgeschichten von Wissenschaftlerinnen zweier unterschiedlicher Generationen beschreibt Theresa Wobbe (»Generation und Anerkennung: Wissenschaftlerinnen im frühen 20. Jahrhundert«) den Wandel von Wissenschaft und Geschlechterbeziehungen um 1900. Während Marianne Weber (1870-1954) über ihre Ehe mit Max Weber Eintritt in die scientific community findet, obwohl sie selbst »nur« schriftstellerisch tätig war, bleibt Mathilde Vaerting (1884-1977) trotz beachtlicher beruflicher Erfolge darin eine Außenseiterin. Ohne Habilitation wurde sie eine der beiden ersten Lehrstuhlinhaberinnen in Deutschland.

Am Beispiel der Historikerin Hedwig Hintze beschreibt Elisabeth Dickmann die Wissenschaft als Ort, der (von Frauen) erobert werden muß und von dem man auch wieder verdrängt werden kann (»Die Historikerin Hedwig Hintze (1884-1942): Kein Ort – nirgends«). Der Wissenschaftlerin Hintze wird zum einen nahegelegt, ihre Universitätskarriere und ihre eigenen Forschungen zugunsten der Pflege, vor allem aber der wissenschaftlichen Unterstützung ihres kranken Gatten – Otto Hintze war Professor für Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität – aufzugeben. Zum anderen wird die Privatdozentin und Frankreichexpertin 1933 von Friedrich Meinecke, bevor das nationalsozialistische Beamtengesetz in Kraft tritt, in »vorausgehendem Gehorsam« aus der Redaktion der renommierten Historischen Zeitschrift (HZ) entlassen, in die Meinecke selbst sie einige Jahre zuvor berufen hatte. Als Jüdin galt sie als »politisch besonders belastete Persönlichkeit«.

Hiltrud Häntzschel untersucht in ihrem Aufsatz »Die Exilierung der Wissenschaften – weiblich. Zur Dimension der Folgen und zu ihrem Stellenwert in der Emigrationsforschung« den engen Zusammenhang und das »verhängnisvolle Wechselverhältnis« zwischen dem Wissen über die erste Frauengeneration, die an deutschen Universitäten lehrte, und der Exilforschung. Was über die Wissen-

schaft als ganze im Hinblick auf die Jahre der NS-Gewaltherrschaft geschrieben steht, trifft nicht unbedingt auf die Frauen im Wissenschaftsbetrieb zu. Sowohl die Wissenschaftspolitik generell als auch die Rassenideologie und -diskriminierung bewirkten, daß vor allem Dozentinnen – unter denen überdurchschnittlich viele Jüdinnen waren – entlassen wurden oder/und ins Exil flüchten mußten. Bis heute sind dagegen nur wenige dieser Frauen in Exilhandbüchern namentlich erwähnt und über ihre Lebensgeschichten ist kaum etwas bekannt. Vor allem bei den Fragen nach beruflichem Auf- oder Abstieg im Emigrationsland sowie der Remigration nach Deutschland nach dem Krieg wird deutlich: Der Einschnitt, den die Nazi-Zeit für die Geschichte intellektueller Frauen in Deutschland bedeutet, ist im Gegensatz zur Bedeutung für die männlichen Kollegen unvergleichlich größer. Remigration findet faktisch nicht statt, jedenfalls nicht an die Hochschulen. Häntzschel faßt zusammen: »Zurückgekehrt sind einzelne Frauen auf Abstellgleise ihrer einstigen Berufe.«

REGINA STÖTZEL

**Heinz-Dieter Haustein:**  
**Messen ist Macht und Menetekel.**  
**Weisheit der Jahrtausende zu**  
**Maß und Messkunst mit einem**  
**Essay zur Geschichte und**  
**Philosophie des Messens.**  
**Libri Books on Demand 2000,**  
**175 Seiten (19,80 DM)**

»Ich bin nur ein Dichter und dichte, / Doch einmal, da kommt der Tag, / Wo ich euch alle vernichte, / Mit meinem eignen Verlag.« So schrieb Ludwig Rubiner im Jahre 1912. Dank der elektronischen Medien können sich heutzutage sogar Wissenschaftlerinnen diesen Traum erfüllen – wenn sie zugleich ganz altmodische Heimarbeiterinnen sind, nicht nur den Inhalt liefern, sondern auch die Form, also das Layout usw., und ihr Werk der Firma Libri Books on Demand zum Druck und Vertrieb übergeben. Übrigens zu sehr moderaten Preisen. Nein, ein Geschäft machen werden die derart Verlegten damit wohl nicht, aber das



Schlangestehen nach den begrenzten Fördermitteln für die nachgerade unbegrenzt wachsenden Forderungen der Verlage nach einem Druckkostenzuschuß entfällt. Auf dem Wege der Selbstausschüttung – eigene Arbeitszeit wird nicht bezahlt – können sie sogar mit einer kleinen Einnahme rechnen. Der Gewinn liegt allemal beim finanzschwachen Lesepublikum, das ansonsten mehr und mehr auf das Verramschen lesenswerter Titel warten muß.

Lesenswert ist das Büchlein von Hausteин über Maß und Meßkunst im Wandel der Jahrtausende allemal. Weisheit ist vielem des von ihm zusammengetragenen eigen, insbesondere die Weisheit des Widerspruchs. »Der Mensch ist das Maß aller Dinge«, formulierte vor zweieinhalbtausend Jahren Protagoras. Aber hatte zweitausend Jahre später Quintana, der Beichtvater von Kaiser Karl V., nicht ebenso recht? Er meinte: Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge – er ist das Gemessene. Dagegen setzte zweihundertfünfzig Jahre später Schiller sein (gegen Alexander von Humboldt und geradezu romantisch formuliertes) Verdikt: Es ist der nackte, schneidende Verstand, der die Natur, die immer unfaßlich und in allen ihren Punkten ehrwürdig und unergründlich ist, schamlos ausgemessen haben will und mit einer Frechheit, die ich nicht begreife, seine Formeln, die oft nur leere Worte und immer nur enge Begriffe sind, zu ihrem Maßstabe macht. Nicht gar so weit entfernt von dieser Sicht scheint mir die Einsteins, der 1950 zu Max von Laue meinte: Es gibt die erstaunliche Möglichkeit, daß man einen Gegenstand mathematisch beherrschen kann, ohne den Witz der Sache wirklich erfaßt zu haben.

Natürlich ist Churchills Meinung bekannt: Ich glaube nur an Statistiken, die ich selbst gefälscht habe. Aber wer kennt schon das (anonyme) Motto der im britischen Zentralamt für Statistik sitzenden »Oberfälscher«? – Jede Zahl, die interessant erscheint, ist wahrscheinlich falsch. Wobei ich mit Descartes hinzufügen möchte: Was wahrscheinlich ist, ist wahrscheinlich falsch.

Hausteins Sammlung widersprüchlicher Weisheiten und sein dazugehöriger Essay ist kein Aufruf zur Beliebigkeit. »Messen statt meinen«, zitiert er Jürgen Kuczynski, und ebenso Molières »Oh ihr Weitherzigen, die ihr

alles gelten laßt, / Kein Maß der Dinge kennt, wie seid ihr mir verhaßt.« Schön auch, welche Bedeutung er den Messenden gegenüber dem Gemessenen zumißt, diesmal in den Worten einer indischen Fabel:

Ein Mann ging zu einem Berg und sagte: »Was für ein Narr du doch bist, oh Berg: Du kennst weder deine Größe noch deine Höhe noch dein Gewicht. Ich aber weiß alles über dich.« Der Berg überlegte ein Weilchen und sagte dann: »Es stimmt, das ich all das nicht weiß; Aber ich, ich bin der Berg.«

THOMAS KUCZYNSKI

**Wolfgang Kersting:**  
**Theorien der sozialen**  
**Gerechtigkeit,**  
 J.B. Metzler Stuttgart 2000,  
 412 S. (78,00 DM)  
**Wolfgang Kersting (Hg.):**  
**Politische Philosophie**  
**des Sozialstaates,**  
 Velbrück Wissenschaft Weilerwist  
 2000, 510 S. (59,00 DM)

Politische Philosophie zeichnet sich nicht gerade durch eine besondere Nähe zu konkreten Problemen politischen Handelns aus, erschöpft sie sich doch zumeist in recht abstrakten Überlegungen zum Wesen des Staates, des Politischen oder zur Gerechtigkeit gesellschaftlicher Systeme. Es ist das erklärte Ziel von *Wolfgang Kerstings* Abhandlung über »Theorien der sozialen Gerechtigkeit«, hier Abhilfe zu schaffen; dementsprechend ist er über mehr als 400 Seiten immer wieder bemüht, bei aller Anstrengung des Begriffs doch den Bodenkontakt nicht zu verlieren. Inhaltlich geht es in dem Buch, das durch eine äußerst einfallsreiche Sprache besticht, um gegenwärtige Gerechtigkeitstheorien – ein Thema also, dem zumindest eine gewisse Nähe zur aktuellen politischen Debatte nicht abzusprechen ist, steht hier doch die Zukunft des Sozialstaates vor dem Gericht des Weisen. Und *Kersting* zögert auch nicht allzu lange mit seinem Urteilsspruch. Bereits im Vorwort stellt er dem modernen Wohlfahrtsstaat mittel-

europäischer Prägung ein über alle Maßen negatives Zeugnis aus: »Der gegebene Sozialstaat hat nicht nur die Grenzen seiner Finanzierbarkeit erreicht, er erzeugt auch immense moralische Kosten« (S. 7).

*Kersting* gewinnt seine Argumente, die ihn zu dieser neoliberalen Sozialstaatskritik führen, in Auseinandersetzung mit den wichtigsten Positionen der gegenwärtigen Gerechtigkeitstheoretischen Diskussion. Nach einer semantischen und historischen Einführung in die Gerechtigkeitsproblematik in den ersten beiden Kapiteln wendet er sich zunächst John Rawls zu, dessen bahnbrechende »Theorie der Gerechtigkeit« immer noch im Zentrum der philosophischen Debatte steht. Dementsprechend umfangreich und eloquent fällt dann auch *seine* Auseinandersetzung mit John Rawls aus.

Obleich er sich um eine nachvollziehbare Darstellung bemüht, ist eine gewisse Vertrautheit mit Rawls' Werk bei der Lektüre hilfreich, zumal *Kersting* eine Interpretation liefert, der man nicht immer folgen möchte. Dies gilt insbesondere für seinen Haupteinwand, daß Rawls' Programmatik einer umfangreichen sozialstaatlichen Umverteilung, die dieser mit dem für *Kersting* fragwürdigen Hinweis auf die Unveränderlichkeit natürlicher Vorzüge – wie gutes Aussehen, Intelligenz und körperliche Integrität – rechtfertigt, zu einer Enteignung des Körpers führen würde. Dies jedoch stünde im fundamentalen Widerspruch zu unseren grundlegenden moralischen Überzeugungen; Rawls' Rede von der moralisch willkürlichen Begabungsverteilung sei mithin »semantischer Unfug«, da die Natur »jenseits der Anwendungsgrenzen des Willkürbegriffes« (S. 122) läge. Dem ist auch kaum zu widersprechen; allein, es geht Rawls nicht, wie *Kersting* ihm fälschlich unterstellt (vgl. S. 157), um die gesellschaftliche Wiedergutmachung dieser naturbedingten Übel, sondern einzig darum, daß die gesellschaftliche Grundstruktur die benachteiligten Individuen nicht noch zusätzlich diskriminiert, etwa indem sie diese Personengruppe faktisch von wesentlichen Gütern ausschließt. Und gerade deshalb müssen Rawls zufolge liberale Grundrechte für alle gleichermaßen gelten und soziale Teilhaberechte sich an den Bedürfnissen der am schlechtesten Gestellten orientieren. Daraus

folgt aber keineswegs eine Enteignung der Begabteren.

Nachdem *Kersting* im vierten Kapitel seine Kritik egalitärer Gerechtigkeitsmodelle anhand der Theorien von Roland Dworkin, Bruce Ackerman und dem Modell eines Basis Einkommens von Van Parijs weiter vertieft hat, ohne jedoch grundlegend neue Argumente vorzubringen, wendet er sich im fünften Kapitel folgerichtig der Eigentumstheorie Robert Nozicks, einer der führenden neoliberalen Stichwortgeber, zu. Hier will *Kersting* zeigen, daß er zwar einerseits dessen Enteignungsvorwurf gegenüber egalitären Ansätzen teilt, andererseits daraus nicht notwendigerweise der von Nozick befürwortete liberale Nachwachterstaat folgen muß. Im Gegenteil, *Kersting* zeigt sich davon überzeugt, daß es gute Gründe für eine soziale Absicherung der Autonomie gibt, denn ein »kapitalistisches System der absoluten Verfügungsrechte zerstört die Selbstbestimmungs- und Autonomiefähigkeit der Eigentumslosen und wirtschaftlich Unselbstständigen« (S. 343). Diese soziale Absicherung der Autonomie sei jedoch nicht gerechtigkeitstheoretisch, sondern allein solidaritätstheoretisch zu rechtfertigen. Was sich zunächst nur nach einer philosophischen Spitzfindigkeit anhört, offenbart sich in den beiden letzten Kapiteln, in denen *Kersting* seinen »Liberalismus sans phrase« entfaltet, als gravierend. Hier skizziert er nämlich die sozialpolitischen Konsequenzen dieses »Wechsels vom Paradigma der Verteilungsgerechtigkeit zum Paradigma der Solidarität« (S. 377).

Und diese laufen auf eine verschärfte Version des Blairismus hinaus; *Kersting* möchte nämlich den gegenwärtigen Sozialstaat »einer tiefgreifenden Strukturreform« unterwerfen, »die die zementene Kompaktheit des vorfindlichen Systems durch wettbewerbsermöglichende und wettbewerbssteigernde Maßnahmen der Differenzierung, Flexibilisierung und Dezentralisierung aufbricht« (S. 392f.). Konkret bedeutet dies für ihn unter anderem die Privatisierung der Renten- und Gesundheitsversicherung, die Einführung von Studiengebühren sowie die Forcierung eines Niedriglohnssektors mit entsprechenden Zwangsmaßnahmen gegen »Arbeitsunwillige«. Allein für diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, müsse der Sozialstaat

sorgen, freilich auf einem niedrigeren finanziellen Niveau als dem des Nettolohns »für einfache Arbeit« (S. 393).

Abgesehen davon, daß *Kerstings* »solidaritätstheoretische Begründung« auch philosophisch nicht zu überzeugen vermag, provoziert seine doch recht eigentümliche Verwendung des Solidaritätsbegriffes Widerspruch. Besonders ärgerlich ist zudem, daß *Kersting* zwar wiederholt den ethischen Wert der Arbeit für die freie Entfaltung der Persönlichkeit unterstreicht, dabei aber zu vergessen scheint, daß manche Formen der Arbeit mit einem guten menschlichen Leben unvereinbar sind.

Auch der von *Kersting* herausgegebene Band *Politische Philosophie des Sozialstaats* beschäftigt sich mit philosophischen Gerechtigkeitstheorien. Gegenüber seiner Monographie zeichnet sich dieses Buch zunächst durch eine größere Pluralität der Perspektiven aus; insgesamt kommen auf gut 500 Seiten elf Autoren zu Wort. Zwar sind auch hier neoliberale Ansätze in der Überzahl – *Kersting* selbst wiederholt in drei Beiträgen seine Überzeugungen – doch finden sich darüber hinaus einige Autoren, die dem Egalitarismus, und hier vor allem der Rawlsschen Gerechtigkeitstheorie, mit deutlicher Sympathie gegenüberstehen. Hervorzuheben ist zudem der Beitrag von *Dieter Sturma*, der sich dem »sozialdemokratischen Neoaristotelismus« Armatyas Sens und Martha C. Nussbaums widmet. *Sturma* demonstriert hier in gleichermaßen anschaulicher wie knapper Weise das Potential eines sozialphilosophischen Ansatzes, der eine vielversprechende Alternative zu den bisher erwähnten Gerechtigkeitstheorien darstellt. Und zwar deshalb, weil es Sen und Nussbaum in Anknüpfung an Aristoteles' Ethik und politischer Philosophie gelingt, einen Katalog menschlicher Grundbedürfnisse zu entwickeln, der, wenn auch kulturell immer interpretierbar, trotzdem so verbindlich ist, daß aus ihm universell gültige Gerechtigkeitsmaßstäbe gewonnen werden können. Freilich ist hiermit noch nicht das letzte Wort gesprochen, steckt der Teufel doch wie so oft im Detail, und das heißt konkret, wie weit dürfen kulturalistische Interpretationen gehen und wo finden sie ihre universalistische Grenze? Ein Problem, das der Neoaristotelismus bisher

nicht zu lösen vermochte und wohl theoretisch auch nicht lösbar ist.

Der zweite Teil des Sammelbandes befaßt sich mit der aktuellen Debatte über die Zukunft des Sozialstaates. Hier werden die Probleme des modernen Wohlfahrtsstaates wesentlich kompetenter und überzeugender diskutiert, als dies *Kersting* in seiner Monographie vermochte. Im Mittelpunkt steht dabei das Spannungsverhältnis zwischen Gerechtigkeit und Effizienz, wobei sich die Autoren in freilich recht unterschiedlicher Weise bemühen, diese Spannung nicht zugunsten des einen oder anderen Pols aufzulösen. Herauszuheben sind die Artikel von *Georg Lohmann*, der sich für soziale Menschenrechte stark macht, sowie der von *Stephan Schlothfeldt*, in dem er für ein, wenn auch begrenztes, Recht auf Erwerbsarbeit eintritt. Auch wenn in diesen Beiträgen einige Fragen unbeantwortet bleiben, und insbesondere *Schlothfeldt* einem fordistischen Arbeitsethos nachzuhängen scheint, bieten sie doch eine Reihe von Anregungen für eine gleichermaßen kreative wie offensive Antwort auf die neoliberale Sozialstaatskritik.

DIRK JÖRKE

**Alain Lipietz:**  
**Die große Transformation**  
**des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf**  
**der politischen Ökologie,**  
**einsprüche 11, aus dem**  
**Französischen und mit einem**  
**Nachwort von Frieder Otto Wolf,**  
**Westfälisches Dampfboot Münster**  
**2000, 184 S. (29,80 DM)**

Auch wenn DIE GRÜNEN in der Bundesrepublik sicherlich zu den erfolgreichsten politischen Bewegungen der letzten Jahrzehnte in Europa gehören, so zeugt ihre Rolle in der aktuellen Regierungskoalition doch von einiger strategischer Einfallslosigkeit. Es verwundert daher kaum, daß die Vordenker grüner Politik heute eher im Ausland anzutreffen sind. Einer der gegenwärtig wohl bedeutendsten politisch-theoretischen Strategen der Umweltbewegung ist ohne Zweifel der For-

schungsdirektor in der staatlichen französischen Forschungsorganisation CNRS und Europaabgeordnete Alain Lipietz, dessen Schriften hierzulande bisher kaum zur Kenntnis genommen wurden. Es ist daher ein unbestreitbares Verdienst von Frieder Otto Wolf, der selbst bis 1999 für die bundesdeutschen Grünen dem Europaparlament angehörte, eines der wichtigsten neueren Bücher von Lipietz nunmehr in einer deutschen Übersetzung einem breiten Leserkreis zugänglich zu machen.

Bedeutsam ist die vorliegende Schrift vor allem auch wegen ihres fundamentalen Anspruchs, nicht nur die theoretischen Grundlagen einer »politischen Ökologie« mit offenkundig hohem didaktischen Anspruch zu erläutern, sondern insbesondere auch das Bemühen, darauf aufsetzend die strategische Rolle der »grünen« politischen Bewegung zu begründen. »Gibt es überhaupt so etwas wie ein »eigenständiges Modell«, ein *Paradigma*, der politischen Ökologie? (...) Ist die politische Ökologie dann auch dazu in der Lage, um sich herum in einem relevanten Umfang gesellschaftliche Kräfte zu versammeln, die nach neuen Antworten auf die Frage suchen, wie sie sich der Gesamtgesellschaft stellen? Meine Antwort auf beide Fragen lautet »Ja!« (S. 39).

Lipietz, der von Wolf ausdrücklich zu jener Gruppe von politischen Ökologen gezählt wird, die anknüpfend an die Marxsche Theorie eine Rezeption der internationalen ökologischen Debatte vollziehen (vgl. S. 139f.), bemüht sich zur Erklärung seiner Überzeugung von der zukünftigen Rolle einer politisch-ökologischen Bewegung zunächst um eine systematische Ableitung der theoretischen Grundlagen. Diese verortet er in einem dreieckförmigen, wechselwirkenden Beziehungsgefüge von Einzelwesen, der Tätigkeit gesellschaftlich organisierter Individuen und den damit ausgelösten Veränderungen der Umwelt (mit deren Rückwirkungen auf Mensch und Gesellschaft). Dabei ist sein Ansatzpunkt durchaus formationstheoretisch. In offensichtlicher Anlehnung an Marx, der vor allem den Zusammenhang zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen als geschichtliche Triebkraft untersuchte, und über Marx hinausgehend,

konzipiert Lipietz gesellschaftliche Entwicklung unter Einbeziehung der Wechselwirkungen zwischen menschlicher Tätigkeit und Natur. Der Zwang zu Veränderungen der gesellschaftlichen Organisation, der Wechsel von Gesellschaftsformationen, erwächst für ihn auch aus den ökologischen Konsequenzen jeweils spezifischer Produktionsweisen. Sowohl die Zunahme sozialer Spannungen als auch die damit einher gehenden Krisen der ökologisch-sozialen Verfaßtheit erzwingen demnach eine Umwälzung der gesellschaftlichen Organisationsform – »*diese Form der sozio-ökonomischen Entwicklung ist die Hauptform, welche die Evolution der menschlichen Spezies annimmt*« (S. 15). Jede Gesellschaftsform ist auf ihre Weise zunächst »nachhaltig« in dem Sinne, daß sie die Befriedigung grundlegender Lebensbedürfnisse ermöglicht. Aber sie ist es nur so lange, wie die Art und Weise der Bedürfnisbefriedigung nicht zu einer Erschütterung auch der Ökologie des jeweiligen Gesellschaftstyps führt. Es gilt daher: »Die ökologischen Krisen einer Epoche sind ... immer Krisen der in dieser Epoche herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse« (S. 25) und umgekehrt. Denn »alle modernen ökologischen Krisen sind das Ergebnis einer Fehlfunktion des sozio-ökonomischen Systems...« (S. 90). Diese ökologisch-sozialen Krisen können unterschiedlichste Formen annehmen und auch die Wirkungszusammenhänge sind vielfältig – Mangelkrisen können Verteilungskrisen hervorrufen und folglich zu politischen Kämpfen führen, aber auch Überkonsumtionskrisen können über den dadurch verursachten partiellen Mangel an Ressourcen Verteilungskrisen hervorrufen. Schließlich wären auch lokale, regionale und globale Krisen (und ihre verschiedenartigen Konsequenzen) zu unterscheiden.

Ausgehend von diesen Überlegungen entwickelt Lipietz eine weitergehende Bestimmung des »Nachhaltigkeitsbegriffs«. Für ihn hat »nachhaltig« zwei komplementäre Dimensionen – eine soziale und eine ökologische. »In der Gegenwart muß ein solches Entwicklungsmodell jedem einzelnen die Befriedigung seiner Bedürfnisse ermöglichen« (S. 21), und zwar angefangen bei den ärmsten, »mittellosesten« Gesellschaftsmitgliedern. Und zum zweiten muß ein solches Entwicklungs-

modell auf Dauer angelegt sein. »... das Konzept der ›nachhaltigen Entwicklung‹ (ist) der politisch korrekte Euphemismus für ... ›ökologische Entwicklung‹ (S. 23).

Die *politische Ökologie* wäre folglich – nach Lipietz – »zugleich eine Humanwissenschaft« (S. 27) als auch eine »Geisteshaltung« (S. 18). Sie begreift gesellschaftliche Entwicklung nicht nur in der Komplexität ihrer Zusammenhänge, sie ist auch eine soziale und politische Bewegung derer, »welche für (eine) nachhaltige Entwicklung kämpfen« (S. 24). Damit weitet sich die Thematik zum zweiten Axiom bei Lipietz. Politische Ökologie ist demnach nicht nur eine ganzheitlich orientierte sozialwissenschaftliche Disziplin, sondern vor allem eine politische (parteiliche) Kraft, die aus ›Verzweiflung‹ über das Beharrungsvermögen der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse nunmehr auf Reformen setzt. Der heraufdämmernden ökologisch-sozialen Globalkrise kann nicht länger durch Hoffnungen auf eine wie auch immer geartete ›Revolution‹ begegnet werden. »Da diese Gesellschaft uns aber in die Katastrophe führt, ergibt sich daraus für uns die Pflicht, Reformisten zu sein ...« (S. 64). Denn »ökologische Politik ist es sich schuldig, entschlossen reformistisch zu sein, d.h. entschlossen und zwar sofort, Reformen durchzusetzen« (S. 101). Wie unglaublich weit allerdings radikal-grüner Reformanspruch in der Opposition von real-grüner Reformfähigkeit in einer Regierungsbeteiligung entfernt ist, davon liefert die bundesdeutsche Wirklichkeit gerade ein Lehrstück ab.

In Anlehnung an Karl Polanyi, dessen Hauptwerk *The Great Transformation* (1944/dt. 1978) offenbar auch bei der Titelfindung Pate stand, geht es Lipietz also um eine neuerliche, dieses Mal ›ökologische‹ Transformation des Kapitalismus (mit Hilfe der Grünen), während es Polanyi bekanntlich um dessen sozialstaatliche Bändigung (mit Hilfe der Sozialdemokratie) ging. Jetzt käme es darauf an, durch das Einbauen einer »Umweltregulation« in das System, den »Fortschritt zu zähmen« (S. 62). Und dazu ist für Lipietz sogar der Rückgriff auf den Markt selbst nicht tabu – wie am Beispiel eines vorstellbaren Handels mit ›Verschmutzungsrechten‹, insbe-

sondere zwischen ›Nord‹ und ›Süd‹, exemplifiziert wird (vgl. S. 116ff.). Diese ›Idee‹ steht allerdings in einem – auch von Lipietz kaum thematisierten – Spannungsverhältnis zum (von ihm postulierten) »allerersten« Typ gesellschaftlicher Regulation: dem (›planetaren‹) ›Bürgersinn‹ (S. 69f.), der nicht nur dem klassisch-kapitalistischen Bereicherungsgebot Einhalt gebieten, sondern auch helfen soll, die Nord-Süd-Beziehungen auf eine neue, solidarische Grundlage zu stellen. Diese zweifellos noch einigermaßen vagen Überlegungen wie auch die Hoffnungen, die in diesem Zusammenhang in ein zukünftig ökologisch-regulatives Wirken der EU gesetzt werden, sind wohl unvermeidlich zunächst von Idealvorstellungen inspirierte, aber doch auch notwendige Andeutungen dessen, wie es funktionieren müßte und vielleicht auch könnte.

Den überaus klaren, sicherlich nicht unumstrittenen Darlegungen von Alain Lipietz zu den Grundpositionen einer radikal-reformistischen Ökologie fügt der Übersetzer schließlich noch einige – wesentlich weniger klare – Nachüberlegungen an, die zu allem Unglück nicht nur an einem Übermaß an Rand- und Nebenbemerkungen ›ersticken‹, sondern auch noch in einem wahren Fußnotenchaos ›verenden‹ – die zweimal mit unterschiedlichem Inhalt (!) angebotene Fußnote 204 kann nämlich die fehlenden Fußnoten 213 und 214 nicht ersetzen.

ARNDT HOPFMANN

SODI  
Solidaritätsdienst-international e.V.

**Nur 250 DM ...**

***... reichen für den dreiwöchigen Kuraufenthalt eines Tschernobyl-Kindes in nichtverstrahlten Gebieten seiner Heimat.***

**Unser Spendenkonto:  
4385 2050 00 bei der  
Berliner Bank AG  
BLZ 100 200 00**

*SODI, Grevesmühlener Straße 16,  
13059 Berlin, Tel.: 030 928 60 47*

ERHARD CROME

### Between Future and Past – a clarification

Today there is a growing doubt that the humans will ever be able to solve the crucial problems that they by themselves produced. Whereas in the past there was hope that in the course of a ›proletarian‹ revolution the way would also be paved for resolving threats caused by growing inequality, underdevelopment and environmental destruction, at present we must realize that no solution to any of these problems can be reached outside the realm of politics. Politics is responsible for opening opportunities for the creation of conditions necessary to create a future life worth living for humanity. If we are not able to force a change political paradigms in the course of human development, we will be left with the ›process of natural selection‹, whose violence will undoubtedly grow on a parallel with urgency of meeting our existential needs.

DIETMAR WITTICH

### The Development of Class and Class Structure in Modern Capitalism

The complexity of social structures in highly developed capitalist societies has increased remarkably over the past few decades. But the growth of social differentiation has been accompanied by an accentuation of social pressure. The main problem is that inequality, disadvantages and augmenting social risks are no longer treats to but a rather small segment of society. Today – with the exception of a few very rich – the majority of the society is seriously affected by their loss of security within the society. This demonstrates that, on the one hand, social stratification has not been eased during capitalist development - as has often had been predicted, that on the other hand, what we are witnessing in ›modern‹ capitalism can not be simply reduced to a ›modern‹ version of the old class society. The revolution in science and technology has produced new conditions of labor and thereby initiated the development of new social strata e.g. those closely connected with the so-called it-sector. These elements should, of course, be taken into consideration in ›modern‹ class analyses.

Klaus Kock:

### Between market and organization – labor relations in flexibilized capitalism

Working is always a subjective practice, the commodity, labor power, cannot be separated from the person who owns it. There must always be consent in some form to get workers to use their subjective capacities for the enterprise. Different solutions of this problem become apparent. The expenditure of labor power is being regulated in different ways. In Germany until recently the predominant form of regulation was closely related to the fluctuations of the individual enterprise. The essence of newer regulation forms is to dissolve firm dependent relations in favor of market dependent relations. Labor relations are being regulated by market constraints rather than by social agreements.

## Kilian Heerkloß: An Ecological-Ethic Perspective on Gene Manipulation Technology

The discussion on the utilization and further development of gene manipulation (GM) technology reflects both the high expectations and even higher fears of scientists as well as laypersons. The supporters of GM technology – usually natural scientists – tend to talk about »irrational fears« and refer to the scientific rigour of their conception of the world which, in fact, is a natural science-based conception of the world made absolute by them. They label arguments against GM technology as matters of belief and dismiss it as non-scientific. Criticising their points, the author formulates 6 questions on GM technology – ranging from its doubtful impacts on welfare to its conformity with the rules of »ars vivendi«. He concludes that it is an »ecologically motivated« ethical prerogative to consume products improving or sustaining our quality of life without producing ecologically negative long-term impacts by creating uncontrollable dangers or irreversibly exhausting resources.

## Erich Lange: Is ›Progress‹ in the Evolution of Life an Illusion?

In his book ›The Spread of Excellence from Plato to Darwin‹ Stephen Jay Gould explains the existence of higher forms of living as a consequence of a purely statistical process: Since life started with organisms of minimal organisation development was only possible in a direction of beings of the same or a higher level of organisation. This, in Gould's view, is the only reason for the existence of higher developed organisms and not a process of natural selection, which under certain circumstances favours their origin. Moreover there seems to be absolutely no reason for attributing man and related organisms a higher status. In his reply Erich Lange shows that Gould's statistical explanation is insufficient, that his explanation distorts the problems, that there are founded reasons for labeling humans and other living beings highly organized.

## Lothar Schröter: A New Age of Interventionism for the 21st Century?

In 1999 the unbelievable happens: with the NATO-aggression against Yugoslavia politics of active warfare returned to the Central European agenda, while the former super-power Russia engaged in open oppression and civil war in the Russian province of Chechnya. Lothar Schröter argues that the main reason for this is the end the so-called block-confrontation, with the USA left as the one and only super-power. But the return to warfare has also other connotations. (To which extent) is war a legal means for enforcing Human Rights, for preventing genocide or to defeating terrorism? Is the state of international affairs going back to the »ius ad bellum«, a poor state of affairs that had been overcome – it was believed - during the second half of the 20th century? If anything can be learned from Kosovo as well as from Chechnya, it must be that the so-called military solution is no solution at all. Modern armies (as well as ›rapid deployment forces‹) are structurally unable to win Guerrilla-wars. Their actions will always produce numerous innocent victims and unnecessary destruction. There is no alternative to a multilateral peace-keeping policy.

Redaktion:  
Jörg Schultz,  
Arndt Hopfmann

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren, wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V. Gründungsvorsitzende: GUNTHER KOHLMAY † und HELMUT STEINER  
Redaktion: WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.), MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE  
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)  
Internet: utopie-kreativ.de  
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de  
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin  
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL  
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF  
Druck: BärenDruck GmbH, Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin  
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)  
Einzelverkaufspreis: DM 10  
Jahresabonnement (incl. Versand): DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM

